

ARCHÄOLOGIE FÜR POLITIKER

DOMINIQUE OPPLER



Impressum

© 2013 by *LIBRUM Publishers & Editors LLC*, Hochwald (Switzerland)

Alle Rechte vorbehalten. All rights reserved.



www.LIBRUMopen.com



Archäologie für Politiker by Dominique OIppler is licensed under a Creative Commons Attribution-NonCommercial 4.0 International License.
www.creativecommons.org

ISBN-Nr: 978-3-9524038-6-0

DOI: 10.19218/3952403860

Layout, Satz: *Fanny und Lukas Oppler*

E-Publishing: *Lukas Oppler*

Umschlagsgestaltung: *Fanny Oppler*

www.librum-publishers.com

www.librumstore.com

«Je weiter man zurückblicken kann, desto weiter wird man vorausschauen.»
Winston Churchill

Vorwort

Das Projekt, Politikern in den deutschsprachigen Ländern die Archäologie und ihren Nutzen für die historische und kulturelle Identität zu erklären, besteht schon längere Zeit. Den Impuls dazu gab das von Charlotte Trümpler herausgegebene Begleitbuch zu der Ausstellung im Ruhr Museum Essen im Jahr 2010: *Archäologie und Politik - Das Grosse Spiel*. Die Publikation und die Ausstellung behandelten den Aufstieg und Niedergang imperialer Archäologie und ihre Verflechtung in die hohe Politik in der Zeit von 1860-1940.

Die archäologische Forschung hat sich seither sehr verändert und viele Politiker scheinen offenbar Sinn und Nutzen dieses wichtigen Forschungsbereiches weitgehend aus den Augen verloren zu haben. Dabei werden sich die Menschen für die Vergangenheit interessieren, solange sie besteht. Denn die Menschheit hätte sich ohne das Wissen um ihre Vergangenheit niemals in solch kurzer Zeit auf den Stand entwickeln können, den sie inzwischen erreicht hat und sie wird auch weiterhin von ihrer Vergangenheit abhängig sein. Es gehört zur Natur des Menschen, seine Vergangenheit ständig zu reflektieren und sich bewusst zu werden, dass das Heutige ein Produkt seiner Geschichte ist und seine Entwicklung davon abhängig ist und bleiben wird.

Die Menschheit hat heute teilweise einen Lebensstandard erreicht, der sich fernab von realen und natürlichen Voraussetzungen bewegt – sie lebt teilweise in einer technisierten Scheinwelt, die leicht umzustossen ist. Nur das Wissen über das Vergangene, das Wissen, wie man in der übermächtigen Natur überlebt und das Wissen über die weltweite Artengemeinschaft des Homo Sapiens wird ihn retten können.

Wenn wir im Titel dieses E-Books von Archäologie sprechen, dann schliesst dies die übrigen historischen Wissenschaften keinesfalls aus: Die Geschichtswissenschaften, die Denkmalpflege und die Heimatkunde sowie viele weitere Forschungsrichtungen sind ebenso angesprochen, denn es geht schliesslich um das gemeinsame kulturelle Erbe und dies ist bereits ein enorm weit gefasster Begriff. Weshalb wir uns dennoch auf den Begriff Archäologie fokussieren, hat damit zu tun, dass die Archäologie in der Lage ist, ohne schriftliche und mündliche Überlieferung Dinge zu entdecken, zu beweisen und jahrzehntelange Lehrmeinungen umzustossen wie kaum ein anderer Forschungszweig.

Wenn einmal etwas geschrieben steht, heisst es noch lange nicht, dass die darin enthaltene Behauptung auch den Tatsachen entspricht. Es besteht Interpretationsspielraum – schon allein dadurch, dass Zeugnisse in Wort und Schrift nicht objektiv sind, sondern immer bestimmte Intentionen verfolgen, die in der historischen Forschung zu ergründen und zu berücksichtigen sind.

Der Archäologe ist der Kriminalbeamte der Vergangenheit, der sich durch nichts blenden lässt, der sich nur an den Fakten und Indizien orientiert, die er bei seiner Arbeit vorfindet, und der hieraus seine Schlüsse zieht. Nicht selten zwingt er die Historiker dazu, ihre bisherigen Forschungsergebnisse umzuschreiben. Das Ziel der Archäologie ist es, einen Beitrag zur Kulturgeschichte des Menschen zu leisten. Sie ist der Spross der neuzeitlichen, rationalen Weltansicht und gehört in einen geisteswissenschaftlichen Zusammenhang, welcher die menschliche Existenz zu erklären versucht. (Egger Manfred, 2011, 383)

Wie andere Wissenschaften und Forschungsbereiche auch, ist Archäologie ein Fach, das fremdfinanziert werden muss. Hierfür gibt es Gesetze und internationale Abkommen. Die Lehrstühle an den Universitäten, die Landes-, Stadt- oder Kantonsarchäologien, die archäologischen Forschungsinstitute, archäologische Dienstleistungsunternehmen, Vereinigungen und Verbände, sogar der selbständig tätige Archäologe – sie alle hängen direkt oder indirekt massgeblich am Finanztropf der öffentlich-rechtlichen Hand.

Gleichzeitig kommt seit einigen Jahren die imperative Forderung auf: Wenn man schon in solch *wenig nützliche* Wissenschaften wie die Archäologie investiere, dann hätten diese ihre Ergebnisse auch in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, führt leider zu einer Dauerberieselung und einem *Kulturaktionismus* (Egger Manfred, 2011, 414), der sich in musealen *Leistungsschauen*, welche bestrebt sind, sich laufend zu übertreffen, oder in publikumsstarken Römertagen, Mittelaltermärkten, etc. manifestiert. Dabei gerät dieser Wettlauf nicht selten in die Gefahr, archäologische Forschungsergebnisse zu vulgarisieren und das tief verwurzelte Bild der *Wissenschaft des Spatens, des Archäologen als Schatzsucher*, zu bestärken. Die öffentlich wirksame Präsentation der Resultate ist nur bedingt Aufgabe der Archäologie. Hier sind Museen, Tourismusbeauftragte, Stadtbildbeauftragte, etc. gefragt und gefordert.

Die Archäologie hängt sehr von der Gunst der Politik ab, die Politiker haben jedoch nur in seltenen Fällen begriffen, welche wertvolle staats- und sozialpolitische Bedeutung archäologische Erkenntnisse haben. Wir wünschen uns, dass die Politik sich in Zukunft weniger an öffentlich wirksamen Leistungsschauen zur Idealisierung des kulturellen Erbes orientiert. Gefragt ist das Gespräch mit den Forschenden und das gemeinsame Schaffen wissenschaftlich und politisch vertretbarer Voraussetzungen, damit Archäologie zielgerichteter, systematischer und repräsentativer forschen, der Sachpolitik dienen und einen Beitrag zur Menschheitsentwicklung leisten kann.

In Zeiten wirtschaftlicher Krisen, Rezessionen und eines kontinuierlichen Sparmarathons steht Archäologie unter beträchtlichem Begründungszwang (Egger Manfred, 2011, 382), weil archäologische Fächer, und damit auch alle Geschichts- und Kulturwissenschaften, in der Perspektive mancher Politiker nicht a priori nützlich oder *gewinnbringend* sind.

Dabei ist geisteswissenschaftliche – somit auch die historisch-kulturwissenschaftliche – Forschung, jenseits jedweder profitorientierten Anwendung, heute nötiger denn je. Sie vermag Massstäbe und Orientierungshilfen bereitzustellen, derer die Gegenwart dringend bedarf. Der Naturwissenschaft, und mit ihr der Kernphysik, der Molekularbiologie und der Gentechnik, ist nur mit moralisch-ethischen Kriterien und Erkenntnissen beizukommen, die aus geisteswissenschaftlicher Reflexion resultieren. Odo Marquard nennt dies *Kompensation der Modernisierungsschäden* und seine Kernthese zur immer rasanteren elektronischen Revolution und hochdifferenzierten virtuellen Realität, *je moderner die moderne Welt wird, desto unvermeidlicher werden die Geisteswissenschaften*, lässt aufhorchen.

Die Entscheidung in Nordrhein-Westfalen, sich bis 2015 gänzlich aus der Finanzierung von Archäologie zurückzuziehen, und auch die Entwicklungen und Perspektiven in anderen Ländern und Staaten haben den Entscheid beschleunigt, in kürzester Zeit eine Schrift zu publizieren, welche die politisch relevanten Aspekte der historischen Wissenschaften zu beleuchten versucht. Unser Ziel war es, Beiträge aus dem gesamten deutschsprachigen Raum zu sammeln und wir hatten eigentlich gehofft, dass wir damit überschwemmt würden. Soweit kam es nicht und die vorliegende Beitragssammlung spiegelt daher längst nicht alle Standpunkte wider. Wir wollten dennoch jenen eine Plattform bieten die sich zu Wort gemeldet haben. Vielleicht haben archäologisch Forschende Berührungängste mit politischen Entscheidungsträgern. Vielleicht fürchtet man sich, sich in Diskussionen zu verstricken und auch noch die letzten finanziellen Zuwendungen zu verlieren. Womöglich sind es also nicht nur die Politiker, die ihre Hausaufgaben zu verrichten haben, sondern auch die Archäologen die erst lernen müssen, ihre Arbeit verständlich und nachhaltig in den politischen Kontext zu stellen. Der Diskurs ist dringender denn je für den gegenseitigen Umgang, das gegenseitige Verständnis – mit Blick auf die Zukunft.

Literatur

- Eggert Manfred (2012), Prähistorische Archäologie, Tübingen/Basel.
- Marquard Odo (1986), Apologie des Zufälligen, Stuttgart.
- Parzinger Hermann (2012), Archäologie und Politik, Eine Wissenschaft und ihr Weg zum kulturpolitischen Global Player, Münster.
- Trümpler Charlotte (2008), Das Grosse Spiel. Archäologie und Politik zur Zeit des Kolonialismus, Köln.

Im Dienste der Menschheit

Dominique Oppler

Wenn unsere Kinder vom letzten Krieg nie etwas erfahren würden, wüssten sie nichts von seinen Folgen. Generationen, die von Katastrophen nie erfahren haben, bringen sich in Gefahr. Es ist zwar eine Tatsache, dass sich Geschichte wiederholt, sie wiederholt sich aber vor allem dann, wenn geschichtliche Überlieferung fehlt oder die Geschichtsschreibung zwischen Wahrheit und Illusion nicht zu trennen weiss.

Entwicklung aus Erfahrung

Die Erforschung historischer Hintergründe hat daher eine immense und meistens unterschätzte Bedeutung. Wahre Geschichtsschreibung gibt den Erfahrungsschatz menschlichen Handelns im Guten wie auch im Bösen weiter, damit der Mensch von den Erfahrungen lernt und sich weiterentwickeln kann.

Während der 2,5-millionenjährigen Entwicklungsgeschichte der Menschheit ist vieles verloren gegangen. Die längste Zeit gab es keine schriftliche Überlieferung, weil die Schrift noch nicht erfunden war. Die Überlieferung erfolgte mündlich, wenn überhaupt, und als man begann, historische Ereignisse aufzuschreiben, waren diese lückenhaft und vermittelten oft eine subjektive Sichtweise der Geschehnisse.

Wir stehen immer wieder vor Herausforderungen, denen die Menschheit bereits in der Vergangenheit gegenüber gestanden hat. Klimatische Veränderungen, Hungersnöte, Epidemien, Migrationen, soziale Auseinandersetzungen, Kriege, Umgang mit knappen Ressourcen und vieles andere mehr. In manchen Fällen wissen wir nicht, wie die Menschheit mit diesen Herausforderungen umgegangen ist.

Warum braucht es die Archäologie?

Der Historiker forscht in den Schriftquellen. Dort, wo diese fehlen oder fehlerhaft sind, beginnt die Arbeit des Archäologen. Eine detektivische Arbeit, die im Verbund mit zahlreichen Forschungsgebieten Vergessenes, Verlorenes und Verborgenes ans Tageslicht bringt. Der Archäologe schliesst Überlieferungslücken, prüft Geschichtsschreibung kritisch nach, und bringt Geschichte in einen weltumspannenden Zusammenhang. Mehr noch: Moderne Archäologie zeigt auf, was wir aus Vergangenen lernen können, damit wir uns heute und morgen anders verhalten, damit sich die Fehler von gestern nicht wiederholen.

Erst waren es Abenteurer auf der Suche nach vergangenen Schätzen. Heute bewegen sich Archäologen im interdisziplinären Kontext der Wissenschaft. Die Forschung gilt der Menschheitsentwicklung, den Fragen nach dem Woher-wir-kommen, den Fehlern, die sich noch immer wiederholen. Es werden zwar auch Schätze gefunden, aber Archäologie hat andere Ziele: Lernen aus dem Gelebten, Bewahren der Erfahrungen für eine lebenswerte Zukunft, Aufzeigen kultureller Identitäten.

Was in heutiger Lehre und Forschung unter Archäologie verstanden wird, fusst auf einer knapp 70-jährigen wissenschaftlichen Forschungsgeschichte. Modernere Methoden wie jene der Naturwissenschaftlichen Archäologie haben sich erst in den vergangenen 30 Jahren entwickelt. Heutige Archäologie hat mit forensischer Methodik vieles gemein. Einer der Unterschiede ist, dass Archäologen sich nicht nur mit Kriminalität beschäftigen und dass das Kriminelle, welches allenfalls ans Tageslicht kommt, nicht mehr geahndet werden kann. Ein in der Steinzeit begangener Mord ist heute verjährt.

Aber die Menschen interessiert schon bedeutend länger, was sich im Boden verbirgt. Bereits die berühmte Sphinx von Gizeh, die vermutlich aus der 4. Dynastie stammt (2613–2494 v. Chr.), wurde vom Pharao *Thutmosis IV.* rund 1000 Jahre später erstmals wieder ausgegraben. Auch die Römer haben das Monument, das immer wieder vom Sand zugedeckt wurde, wiederholt freigelegt. Wenige Zeit später versank das monumentale Werk wiederum im Sand und wurde vergessen. Als Napoleon Bonaparte mit seinen Truppen Ägypten 1798 unsicher machte, fielen ihm die zahlreichen Pyramiden und Tempelruinen auf, die teilweise nur noch knapp aus dem Sand ragten. Auf seinen Befehl hin wurden zahlreiche Baudenkmäler freigelegt und dokumentiert.

Die Entdeckungen lösten in Europa eine regelrechte Ägyptomanie aus. Mit wenigen Ausnahmen und für längere Zeit glich das Durchwühlen Ägyptens und bald auch weiterer Gebiete eher einer Schatzgräberei, die mit dem heutigen Verständnis von Archäologie wenig gemein hat. Schätze waren die Hauptmotivation für ausgedehnte Grabungskampagnen wie jene von Heinrich Schliemann in Troja (1871–1873), bei der er den vermeintlichen Schatz des Priamos fand. Die Kunstschätze wurden nach Europa geschafft und füllten die staatlichen Museen und privaten Sammlungen. Auch die Monarchien Englands, Frankreichs, Deutschlands, Russlands und einige mehr wurden vom Jagdfieber nach kulturhistorischen Preziosen angesteckt. Unter den damaligen Grossmächten entbrannte ein Wettlauf nach der Vormachtstellung staatlicher Sammlungen. Die nationalistische Identität verband sich mit dem Glanz der Antike und wurde zur Schau gestellt. Das kulturelle Erbe verpflichtete und legitimierte den intellektuellen Anspruch und die Vorherrschaft eines Volkes. Ganze Tempel, wie zum Beispiel jener aus Pergamon, wurden verschifft und in Museen wieder hergerichtet. Die Folgen waren Rivalitäten, Spionage, Anschläge, kriegerische Auseinandersetzungen – romantischer Stoff für zahlreiche spätere Romane und Verfilmungen und Grundstock für die heutigen konfliktreichen Situationen mit den damaligen Kolonien. Inzwischen fordern die Herkunftsländer die Rückgabe der vielen Kunstschätze, eine endlose Diskussion ist entbrannt.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg löste sich die archäologische Forschung mehr oder weniger vom politischen Druck und von privaten Abenteurern. Neue Fragestellungen, wissenschaftlich anerkannte Arbeitsweisen und eine enge Zusammenarbeit mit weiteren Forschungsdisziplinen führten dazu, dass man nicht mehr nur den Funden alleine, sondern auch den Fundorten und den Fundzusammenhängen Bedeutung beimass.

Die archäologische Forschung hat besonders in den vergangenen 20–30 Jahren enorme Fortschritte erzielt und sich zu einer ausgesprochen interdisziplinären Wissenschaft entwickelt. Das Studium dieses Fachs ist daher anspruchsvoll und äusserst komplex geworden.

Methoden und Fragestellungen

Während sich der Paläontologe um Lebewesen vergangener Erdzeitalter kümmert, wie z. B. um fossile Reste von Ammoniten, Dinosauriern und Pflanzen, ist es der Mensch, dessen Entwicklung und die Spuren seines Handelns, die den Archäologen beschäftigen.

Das Interesse des Archäologen richtet sich in der Regel auf die im Boden schlummernden Strukturen.

Archäologie ist heute ein weitverzweigter Forschungsbereich. Die Prähistorische Archäologie und die Ur- und Frühgeschichte beschäftigen sich

mit den schriftlosen Epochen der Menschheitsgeschichte, die Klassische Archäologie mit der griechischen und römischen Zeit. Die Naturwissenschaftliche Archäologie untersucht die klimatischen Veränderungen, die Veränderung von Fauna und Flora, das Landschaftsbild, die Domestikationsgeschichte von Pflanzen und Tieren und damit auch die Geschichte der Landwirtschaft und der Ernährungsweise der Völker. Die Archäoanthropologen interessieren sich für die Gestalt, die Anpassungsfähigkeit an die sich laufend verändernden äusseren Umstände wie auch für die Krankheitsgeschichte des Menschen und schliessen dabei auf sozialen Status, Ernährungsweisen und Auswirkungen von körperlichen Belastungen.

Bis zur Industriearchäologie (und neuerdings auch Astroarchäologie) ist die Liste der archäologischen Forschungsgebiete beinahe endlos. Dabei geht die archäologische Forschung laufend auf Tuchfühlung mit verwandten Wissenschaften. Die Forschungstätigkeit erfolgt daher in der Regel interdisziplinär. Es kommt meist zur intensiven, komplexen und oft auch länderübergreifenden Zusammenarbeit mit Historikern, Ethnologen, Geologen, Geographen, Physikern, Chemikern, Ärzten, Zoologen, Biologen, Ingenieuren, Bauforschern, Forensikern und Wissenschaftlern von einigen weiteren Fachbereichen. Forschungsmethoden und wissenschaftliche Erkenntnisse werden ausgetauscht und die Forschungsverantwortung erstreckt sich über mehrere Disziplinen. Das Resultat sind Einsichten, welche nicht nur historischen Wert haben. Immer wichtiger sind vor allem jene, welche einen aktuellen Bezug zu den heutigen Fragestellungen der Menschheit herstellen. Hierzu gehören die Ernährung, das Wasser, die Umweltbelastung, klimatische Veränderungen sowie gesellschaftspolitische Themen wie Identität, Migration, Krieg und Frieden. Viele dieser Themen sind nicht neu, haben sich im Laufe der Erd- und Menschheitsgeschichte mehrfach wiederholt gestellt. Vieles gab es, das uns bisher erspart blieb. Einiges kommt auf uns zu. Zahlreiche Situationen haben Menschen lange vor uns bereits erfolgreich gemeistert, aber wir haben vergessen wie. Dabei könnte dieses Wie zahlreiche Fragen beantworten, die sich heute stellen. Das ist der Sinn der Archäologie. Doch leider hat dieser Forschungsbereich auf dem politischen Parkett nicht selten einen schweren Stand. Anders als die Industrie erwirtschaftet die Archäologie kaum finanzielle Mittel, schafft keine Arbeitsplätze aus eigener Kraft, zumindest nicht auf den ersten Blick. Die Ausnahme bilden jene Entdeckungen, die den touristischen Aspekt eines Landes massgeblich geprägt haben wie die in Ägypten, Griechenland, Italien und einige lokale Sehenswürdigkeiten mehr in der übrigen Welt.

Wenn die Archäologie reine Schatzgräberei wäre, müsste man diesen Forschungszeitungszweig vermutlich demnächst mit dem Argument schliessen: Die Museen sind voll. Doch Archäologie arbeitet längst nicht mehr für die Museen alleine. Die Bedeutung der archäologischen Forschung hat sich gänzlich verändert. Archäologie leistet der Menschheit heute und je länger je mehr einen enorm wichtigen Dienst. Das Wissen vom was gewesen ist und das Relativieren dessen, was heute vermeintlich erreicht ist, kann zu gesellschaftlichen Veränderungen beitragen. Die Archäologie hätte Antworten auf dringende Fragestellungen, wenn man sie nur forschen liesse. Es ist eine Tatsache, dass die Forschungsbudgets für archäologisch geprägte Untersuchungen die öffentlichen Gelder derzeit kaum belasten. In vielen Bereichen, massgeblich auch in den Kantonen (kantonale Archäologien sind aber noch längst nicht in allen Kantonen eingerichtet) genügen die Mittel nicht, flächendeckende, zusammenhängende Forschung zu betreiben. Weit mehr Mittel wären also für eine adäquat intensivierte Forschung notwendig. Je länger die Archäologie jedoch mit angezogener Handbremse forschen muss, desto mehr historische Indizien werden unwiederbringlich verloren gehen. Frei nach den Worten des Astronauten Neil Armstrong: Ein kleiner Verlust für einen Menschen, ein grosser für die Menschheit.

Autor:

Dominique Oppler, Hochwald (Schweiz)

Verleger & Herausgeber

Literatur

- Crownshaw Richard et al. (2010), *The future of memory*, New York.
- Hölscher Tonio, Borg Barbara (2002), *Klassische Archäologie. Grundwissen*, Stuttgart.
- Lang Franziska (1997), *Klassische Archäologie. Eine Einführung*, Stuttgart.
- Petzold Knut (2007), *Soziologische Theorien in der Archäologie. Konzepte, Probleme, Möglichkeiten*, Saarbrücke.
- Sichtermann Hellmut (1996), *Kulturgeschichte der klassischen Archäologie*, München.
- Trümpler Charlotte (2008), *Das Grosse Spiel. Archäologie und Politik zur Zeit des Kolonialismus*, Köln.

Archäologie als Faktor in Politik, Medien und Öffentlichkeit.

Das Beispiel der Kürzungen der Denkmalpflege in Nordrhein-Westfalen

Kristin Oswald

Einführung – die Kürzungspläne des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Bedeutung der Vergangenheit für die Gegenwart ist kaum zu bezweifeln. Jeder Einzelne, jede Region und jedes Land ist von seiner Geschichte geprägt. Trotzdem scheint es, als würde die historische als Teil der kulturellen Bildung in Deutschland in Zeiten von Migrationskonflikten, der Wirtschaftskrise, internationaler Kriege um Macht und Religion und des Klimawandels einen Großteils ihres Potenzials ausblenden, indem sie sich zunehmend auf die Moderne beschränkt. Bereits bei einem ersten Blick auf die Fachliteratur zum Schlagwort «historische Bildung» oder auch Geschichtsdidaktik wird dies deutlich.

Wieviel politische Brisanz es mit sich bringen kann, wenn vormoderne Geschichte und Archäologie nur noch wirtschaftlichen Interessen unterworfen werden und darüber hinaus an politischem Ansehen verlieren, zeigte das Land Nordrhein-Westfalen mit seiner Entscheidung, die Zuschüsse zur Denkmalpflege nach stetigen Kürzungen ab dem Jahr 2015 gänzlich zu streichen und damit der Vergangenheit den Kulturkampf anzusagen. Nach einer erneuten Krise bezüglich der Verschuldung des Landeshaushaltes ist NRW auf Sparkurs – so die Begründung dieser politischen Entscheidung. Dabei machen Archäologie und Denkmalpflege – in Nordrhein-Westfalen in verantwortlicher Hand des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR), des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) und der Stadtarchäologie Köln mit zusammen mehreren hundert Mitarbeitern – insgesamt nur 0,03% des Haushalts des Landes aus. Kaum genug, um die Haushaltskrise zu stoppen. Die weitreichenden Folgen für die historische und archäologische Forschung sind jedoch kaum auszumachen: Grabungen werden nur noch durch das Verursacherprinzip möglich sein, d.h. nur im Fall von baulichen Planungen muss der Bauherr oder Besitzer Gelder für die archäologische Untersuchung des Geländes zur Verfügung stellen. Forschung über den Notfall hinaus ist damit nicht mehr finanzierbar. Die vom Land als Ausgleich vorgeschlagenen Darlehen sind jedoch kaum tragfähig und zeigen, wie wenig sich die zuständigen Instanzen mit dem Thema beschäftigten, denn eine Grabung bringt keine Einnahmen, mit denen eine Rückzahlung möglich wäre. Auch für die Nachbearbeitungen von Ausgrabungen wird das Geld fehlen, für die Auswertung der Ergebnisse, für die fachliche und populärwissenschaftliche Publikation, und schließlich die Erhaltung und Ausstellung von Fundstücken und Denkmälern.

Die Entscheidung rief dementsprechend einen ungemein lauten öffentlichen Aufschrei hervor, an dem sich nicht nur Wissenschaftler beteiligten, sondern auch Medienvertreter und Bürger in großer Zahl. Dies griff die Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte (DGUF) auf und startete eine Online-Petition gegen die Kürzungen, die über 27.000 Unterschriften aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, aber auch Japan und Kanada sammelte.^[1] Warum diese bisher einmalige Entscheidung einer deutschen Landesregierung von Seiten der Medien und der Bürger keinerlei Verständnis fand und welche Schlussfolgerungen sich daraus für die Kulturpolitik(er) in Deutschland ziehen lassen, soll im Folgenden untersucht werden. Dabei spielen zwei primäre Faktoren eine Rolle:

1. Der gesellschaftliche Wandel der «Wissensgesellschaft», bei dem das Bildungsniveau des Einzelnen mit Blick auf seine Zukunftsperspektiven sowie die Auseinandersetzung mit Vergangenheit und Heimat aufgrund der zunehmenden privaten und beruflichen Mobilität und Instabilität und der Suche nach den stabilen Faktoren im Leben neue Bedeutung erlangt.
2. Der mediale und demokratische Wandel der «Wissensgesellschaft», der Hintergrundinformationen zu jedem Thema bereitstellt, eine neue Art der öffentlichen Meinungsbildung fördert und dementsprechend den Ruf nach mehr Transparenz und Teilhabe an politischen Entscheidungen mit sich bringt.

Bevor auf diese beiden Punkte in Bezug auf die politische Relevanz von Archäologie und vormoderner Geschichte für die Gesellschaft näher eingegangen wird, soll das mediale Feedback auf die Entscheidungen der Regierung Nordrhein-Westfalens und die dabei von den verschiedenen Seiten vorgebrachten Argumente untersucht werden. Dies ist notwendig, da die Medien hier als Vermittler eintraten und Defizite bei der politischen Entscheidungsfindung aufzeigten. Zugleich machten sie das Thema unter den Bürgern bekannt und spiegelten entsprechend auch deren Meinungen wider. Anschließend an die Behandlung der gesellschaftlichen Rolle historischer Wissenschaften wird deshalb auch jene der Medien speziell für die Kulturpolitik Deutschlands thematisiert. Gemeinsam mit den aus der Medialisierung und den demokratischen Erwartungen einhergehenden Veränderungen, ergibt sich so für die Kulturpolitik und die kulturelle Bildung eine neue Bedeutung, deren sich die politische Sphäre bewusst werden muss.

Das öffentliche und mediale Feedback auf die Pläne

Bereits innerhalb weniger Tage nach Bekanntwerden der Kürzungsvorhaben wurde klar, dass nicht nur die betroffenen Wissenschaftler, sondern auch die Bürger dagegen Einspruch erheben. Und sie taten dies über das Werkzeug der Meinungsverbreitung unserer Zeit: die Medien. Es brach ein regelrechter Sturm los. Sowohl die überregionalen, als auch die regionalen Zeitungen berichteten innerhalb kürzester Zeit in zumindest einem Beitrag über das Thema, Deutschlandradio, der WDR oder Planetopia vertraten Fernsehen und Radio. Auch das Social Web griff das Thema auf, in Blogs, auf Twitter und Facebook wurde eifrig geteilt und diskutiert. Allen Berichterstattungen war dabei eines gemeinsam: ihr Charakter war durchgängig negativ.

Die Argumentationslinien der Medien waren dabei vielfältig. Die Begründung der Archäologen, die Erhaltung ihrer Disziplin sei eine wissenschaftliche Notwendigkeit, war dabei jedoch nur ein Teil der Medienberichterstattung, vor allem dort, wo die Wissenschaftler selbst zu Wort kamen, wie Prof. Dr. Jürgen Kunow, Direktor der Archäologie des LVR, in der WAZ^[2], Prof. Dr. Michael Rind, Chefarchäologe des LWL, gegenüber Planetopia^[3]

[1] http://www.dguf.de/fileadmin/Pressemitteilungen/DGUF-PM_UEbergabe_NRW-Petition-Denkmalchutz_20130625.pdf

[2] <http://www.derwesten.de/region/wir-machen-keine-lustgrabungen-id7827427.html>

[3] <http://www.planetopia.de/nc/magazin/news-details/datum/2013/04/15/kein-geld-fuer-geschichte-steht-die-archaeologie-in-nrw-vor-dem-aus.html>

oder LVR-Konservatorin Dr. Andrea Pufke gegenüber dem Deutschlandfunk^[4]. Von besonderer Bedeutung für die Argumentation der Wissenschaftler war dabei, dass die Gelder schon jetzt sehr knapp bemessen und mehr als Ausgrabungen im Notfall kaum möglich sind. So betonte Kunow: «Wir machen ja keine Lustgrabungen!» Zwar können die Nachbearbeitung und Zugänglichmachung der Funde in Museen und Publikationen derzeit noch finanziert werden, dies ist aber ebenfalls keine Hobby-Aufgabe, sondern Teil der wissenschaftlichen Arbeit und der Vorschriften des Denkmalschutzgesetzes. Ohne die Landeszuschüsse jedoch wären von der Grabung bis zum Museum alle Tätigkeitsbereiche der Archäologen eingeschränkt und unzählige Funde und Befunde gingen unwiderruflich verloren.

Diesen letzten Punkt betonte auch die Berichterstattung der überregionalen Zeitungen, vor aufgrund der überproportional großen Zahl an Fundstellen, die NRW im deutschlandweiten Vergleich vorweisen kann. So schrieb die *Zeit*^[5], NRW sei ein «Hotspot der Archäologie» und die Kürzungen nach Kulturstatsminister Neumann eine «kulturpolitische Bankrotterklärung», die sich im schlimmsten Fall auch andere Länder zum Vorbild nehmen könnten. Die vermutete Begründung, die Haushaltsprobleme des Landes, wurde von der Regierung zwar nicht offiziell bestätigt, jedoch auch nicht dementiert, und ist für die Zeit wie für andere Medien keine ausreichende Erklärung. «Offenbar verzerren Sparzwänge die Wahrnehmung von Politikern», urteilt sie schließlich. Ähnlich sieht es auch die *Welt*^[6], die titelte «NRW schwingt die Abrissbirne für den Denkmalschutz». Hier wurde der Vergleich mit Baden-Württemberg gezogen, wo man das kulturelle Erbe anscheinend noch schätze und bei einer ähnlich hohen Anzahl an Denkmälern eine doppelt so hohe Förderung erteile und auch weniger politischen Druck gegenüber der Archäologie ansetze. Zudem verwies die *Welt* darauf, dass auch Sachsen und Schleswig-Holstein die Denkmalpflege drastisch kürzen wollten, dies jedoch nicht durchsetzen konnten. Grund hierfür war bereits politische Kurzsichtigkeit, denn «Denkmalschutz ist nicht ästhetische Spielerei, sondern eine politische Materie mit unkalkulierbarem Aufregungspotenzial. Der Kampf um die Erhaltung von Gebäuden und Ensembles löst regelmäßig Bevölkerungsproteste von nicht vorhersehbarer Kettenwirkung aus.» Die Entfremdung zwischen Bevölkerung und Politik wird an Themen wie diesen auch in Nordrhein-Westfalen deutlich, wo sich zeigt, dass Bereiche, die in Zeiten von Globalisierung und Migrationsproblematiken Identität und Gemeinschaft zu stiften vermögen, den Menschen sehr am Herzen liegen. «Das hat überhaupt nichts mit Fortschrittsfeindlichkeit oder Nostalgie, umso mehr aber mit Sinnsuche und Selbstbehauptung zu tun.» Außerdem verstoße es gegen die Landesverfassung, die die finanzielle Beteiligung am Denkmalschutz vorschreibt.

Hinzu kommt der wirtschaftliche Aspekt: für die Kommunen würde es einen erheblichen finanziellen Mehraufwand bedeuten, für das örtliche Handwerk schwere Einbußen. Dies betonte auch das *Deutschlandradio*^[7]. Dass der Wirtschaftsaspekt auch den Tourismusbereich betreffen wird, fügte die *Süddeutsche*^[8] dieser Argumentationslinie hinzu. Einen so verschwind geringen Teil des Haushaltes einzusparen, aber dafür wirtschaftliche Einbußen hinzunehmen, ist nach Gudrun Kopp (FDP), Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesentwicklungsminister: «ein Sündenfall an der Historie unserer Region». Dass bei der Entscheidungsfindung keine fachliche Expertise aus den entsprechenden Kreisen eingeholt wurde, machte die *FAZ*^[9] klar, denn ein vom Finanzministerium eingesetztes «Effizienzteam» ist nicht die richtige Beratungsinstanz, um über das kulturelle Erbe zu entscheiden. Stattdessen fördert man den «Denkmaldarwinismus», bei dem sich Archäologie und Denkmalpflege wirtschaftlich rentieren müssen, um bestehen bleiben zu dürfen. Dass dies die falsche Priorität sei, betonte von Seiten der Bundesregierung neben Kulturminister Neumann auch Kanzlerin Merkel^[10].

Anfang 2013 hatte die Ausstellung «Unser Denkmal» über die ehrenamtliche Beteiligung an der Denkmalpflege noch große Begeisterung im Düsseldorfer Landtag hervorgerufen und war von Landtagspräsidentin Carina Gödecke^[11] mit den Worten gelobt worden, die Denkmalpflege sei kein Luxus, den man sich in guten Zeiten gönnen und bei knapper Kasse beliebig zurückfahren oder ganz bleiben lassen könne. Trotz des hohen Interesses und der Beteiligung Fachfremder an der Archäologie, ist diese kein Hobby. Frank Siegmund, der stellvertretende Vorsitzende der deutschen Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte, erklärte dies gegenüber der *HS-Woche*^[12]: «Wer Ausgrabungen selbständig durchführt, hat mindestens fünf Jahre studiert und in der Regel noch zwei weitere Jahre Volontariat absolviert. Sieben Jahre Wissen und Erfahrung sammeln kann man nicht durch Engagement und Begeisterung ersetzen, so schön beides auch ist.» Auch im rot-grünen Koalitionsvertrag findet sich die Bemerkung: «Nordrhein-Westfalen ist reich an materiellen und immateriellen Kulturgütern. Wir wollen die Anstrengungen, sie zu erhalten, zu sichern und ihre Institutionen zu vernetzen, weiter verstärken. Denkmalpflege, Archäologie und konsequenter Erhalt und Ausbau der Archive bleiben deshalb wichtige Aufgaben.» Demnach sind nicht nur die Kürzungen selbst, sondern auch ihre Folgen für die Privatmenschen verheerend, wie auch die *FAZ* urteilte: der finanzielle Mehraufwand für die privaten Besitzer denkmalgeschützter Bauten wird schlagartig steigen, woran auch die vom Land angebotenen Darlehen nichts ändern, denn hierfür sind Sicherheiten notwendig, die die Privatmenschen wiederum nur bedingt vorweisen können. Vor allem die regionalen Zeitungen aus ganz NRW griffen diesen Aspekt auf und machten klar, dass das Erbe der Vergangenheit von Xanten^[13] über das Rheinland^[14], Essen^[15], das Siegerland^[16] und Dortmund^[17] bis nach Haltern^[18] gefährdet sei.

Darüber hinaus spielte auch der internationale Vergleich eine Rolle in den Diskussionen. Der *Spiegel*^[19] betonte, dass unter anderem in den Niederlanden und England wesentlich mehr Geld für die Denkmalpflege ausgegeben wird. Zugleich wird das kulturelle Erbe dort sehr hoch geschätzt und auch von der Bevölkerung als gesellschaftliches Gut wahrgenommen. Hinzu kommen internationale Konventionen wie das Europäische *Übereinkommen zum Schutz des archäologischen Erbes*, das 1992 in Malta beschlossen wurde und besagt, dass Kulturgüter und Zeugnisse der Vergangenheit nicht nur dem jeweiligen Land gehören, sondern ein gemeinsames Erbe sind, das entsprechend gepflegt und geschützt werden muss. Dem entspricht auch die von der

[4] <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/kulturheute/2049539/>

[5] <http://www.zeit.de/2013/15/nordrhein-westfalen-archaeologie-kosten>

[6] http://www.welt.de/print/die_welt/kultur/article114455772/NRW-schwingt-die-Abrissbirne-fuer-den-Denkmalschutz.html

[7] <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/kulturheute/2049539/>

[8] <http://www.sueddeutsche.de/wissen/keine-zuschuesse-mehr-in-nrw-das-archaeologische-kulturerbe-ist-bedroht-1.1635465>

[9] <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/nrw-haushalt-mit-folgen-hier-kommt-der-denkmaldarwinismus-12123205.html>

[10] <http://www.wn.de/NRW/Denkmaeler-Merkel-kritisiert-Sparkurs-beim-Denkmalschutz-in-NRW>

[11] <http://www.siwiarchiv.de/2013/04/cdu-fraktion-des-lwl-kritisiert-streichung-der-landes-denkmalforderung/>

[12] <http://www.hs-woche.de/index.php?id=25&doc=13827>

[13] <http://www.derwesten.de/staedte/nachrichten-aus-rheinberg-xanten-alpen-und-sonsbeck/der-weg-aus-den-roten-zahlen-id7873761.html>

[14] <http://www.wz-newsline.de/lokales/rhein-kreis-neuss/kein-geld-mehr-fuers-kulturerbe-1.1319144#commentsForm-481422>

[15] <http://www.derwesten.de/staedte/essen/denkmalpflege-droht-der-verfall-id8138278.html>

[16] <http://www.derwesten.de/staedte/nachrichten-aus-siegen-kreuztal-netphen-hilchenbach-und-freudenberg/wer-will-dann-noch-sein-haus-als-denkmal-erhalten-aimp-id8005229.html?ciuc=true>

[17] <http://www.ruhrnachrichten.de/nachrichten/kultur/kudo/Land-NRW-streicht-Zuschuesse-Denkmaeler-auf-der-Kippe;art1541,2005580>

[18] <http://www.halternerzeitung.de/lokales/haltern/Landesregierung-plant-Kuerzungen-Halterner-Archaeologen-blicken-besorgt-in-die-Zukunft;art900,1953442>

[19] <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/nrw-streicht-finanzierung-von-archaeologie-und-denkmalpflege-a-891307.html>

UNESCO festgelegte Resolution zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt. In diesem Kontext macht der Beschluss der nordrhein-westfälischen Landesregierung NRW zum «archäologischen Entwicklungsland». Dem stimmte auch der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte gegenüber der Mindener Rundschau^[20] zu: «Die Archäologie Nordrhein-Westfalens macht nicht an den Landesgrenzen halt. Genauso, wie wir von Italien die Fürsorge für unser Welt-Erbe Pompeji erwarten, so haben auch unsere europäischen Nachbarn berechnete Erwartungen an uns.» Es verwundert nicht, dass sich auch vier ehemalige Richter mit einem offenen Brief^[21] an der Debatte beteiligten und die gesetzlichen Verpflichtungen des Landes im Bereich der Denkmalpflege betonten.

Insgesamt wird deutlich, dass die Pläne der Regierung Nordrhein-Westfalens für Wissenschaftler, Politiker und Engagierte kaum begreiflich sind. Dieselbe Meinung findet sich auch von Seiten der Bürger in den Kommentarlisten der DGUF-Petition und der Medienberichte. Wer dem entgegensprach, wurde sofort mit heftigen Gegenreaktionen übertönt. Mit diesem Feedback hatte offensichtlich auch die Landesregierung nicht gerechnet. Die Sparpläne wurden zwar nicht offiziell widerrufen, aber es möchte sie auch niemand mehr offiziell befürworten. Dies gilt u.a. für Daniela Schneckenburger^[22], die Sprecherin für Bauen und Wohnen der Regierung von Nordrhein-Westfalen, die bestätigte, dass es aufgrund der Haushaltskonsolidierung Einsparungen geben soll, die vor allem die Bodendenkmalpflege und die Besitzer privater Baudenkmäler treffen werden. Für den Haushalt von 2014 wurde Ende September endgültig festgelegt und der Umstieg auf Darlehen nochmals von der Regierung hervorgehoben, die Streichungen für 2015 seien jedoch noch nicht beschlossen. Auch Andreas Bialas^[23], der kulturpolitischer Sprecher der SPD in NRW, sprach beschönigend von finanziellen Umschichtungen anstatt Zuschüssen.

Auf der Suche nach den Ursachen für die Kritik I – die Vergangenheit und wir

Während die Medienvertreter und zu Wort gekommenen Vertreter von Bürgern und Experten sich vieler Aspekte der Bedeutung des kulturellen Erbes bereits bewusst sind, scheint für die Seite der Politik noch Erklärungsbedarf notwendig. Das kulturelle Erbe eines Landes ist Teil seiner Identität und seines Wissensschatzes und Grundlage der Werte, Verhaltens- und Kommunikationsweisen einer Gesellschaft, an denen jeder Bürger teilhaben sollte. Dies bedeutet nicht nur, am künstlerischen Geschehen zumindest passiv teilzunehmen, sondern an allen Lebens- und Handlungsvollzügen, um kulturell und damit identitär Teil einer Gesellschaft zu sein. Damit sind kulturelle und historische Bildung ein unabdingbarer Bestandteil der Allgemeinbildung und eng mit der politischen Bildung verknüpft, da jede Staatsform und jede Kultur als Gesamtheit der Errungenschaften einer Gemeinschaft auf historischen Gegebenheiten beruht.

Identität basiert prinzipiell auf Abgrenzung von einem «anderem», einem Gegenpol, gegenüber dem die eigenen Werte und die eigene Vergangenheit auf alle Mitglieder der eigenen Gruppe als Gemeinschaft übertragen werden, um sich von diesem anderen zu unterscheiden.^[24] Diese Abgrenzungstendenzen können Positives wie Negatives, Inklusion und Exklusion, mit sich bringen, sind jedoch keinesfalls unabänderbar, sondern basieren auf Erziehung, Bildung und Toleranz. Jeder Einzelne und auch jeder Staat ist von multiplen Identitäten geprägt, in Deutschland liegt eine besondere Schwierigkeit jedoch in der historischen starken Regionalität begründet. So wird innerhalb Deutschlands primär die Gemeinschaften von Städten, Regionen, Bundesländern oder Kulturgruppen betont. Hierbei konstituiert sich ein übergreifendes Gemeinschaftsgefühl der Bürger vor allem im Kontext mit «den Anderen», mit denen auf nationaler Ebene primär Menschen mit Migrationshintergrund gemeint sind. Zugleich definieren auch sie sich u.U. innerhalb der Kulturgruppen von «den Deutschen».^[25] Dies ist eine gefährliche Voraussetzung für *Inklusions- und Exklusionstendenzen*. Während in der Vergangenheit ein stark abgrenzendes, wenig reflektiertes, ethnisch orientiertes Nationalgefühl oder ein zwar reflektiertes, demokratisches, aber wenig interkulturell orientiertes Nationalgefühl vorherrschend waren, geht die aktuelle gesellschaftliche Tendenz in Richtung eines *postnationalen Kollektivbewusstseins* mit höherstehenden moralischen und demokratischen Idealen und häufigeren Kritikäußerungen bei Verstößen gegen diese Ideale.^[26] Da eine nationale Identität auch auf dem Nationalstaat, also der kulturellen Identität, basiert, ist es gerade das postnationale Kollektivbewusstsein, das mit entsprechenden Elementen historischer Bildung und unter Berufung auf neue Identitätsmuster und angepasst an neue Gegebenheiten, Abhilfe gegen Vorurteile schaffen kann. Um diesen vorzubeugen, tut es Not, auf eine gemeinsame kulturelle Identität unter dem Schlagwort *cultural citizenship* aufzubauen. Die über reine Ausgrabungen hinausgehenden Forschungen von Geschichte und Archäologie können hierbei für zahlreiche Probleme Lösungsvorschläge, Positiv- und Negativbeispiele aus allen Epochen aufzeigen.^[27] Zugleich beinhaltet ein aktuelles Geschehen immer auch Interpretationen, die häufig nur durch einen Historiker oder Archäologen aufgezeigt und erklärt werden können, um den Ursachen in ihrer Komplexität gerecht zu werden. Im Grunde hat jedes historische Thema einen Aktualitätsbezug, der die Ursachen und Entwicklungen von modernen Gegebenheiten erklären und vielfach auch muss. Dies gilt für den Bereich der Ideen-, Militär- oder Religionsgeschichte ebenso wie für die Evolution von Mensch und Gesellschaft, die primär von Archäologen in ihrer Gesamtheit über die letzten Jahrzehntausende erforscht wird.

Zugleich sorgt die mediale Aufbereitung häufig dafür, dass die wissenschaftliche Methodik dieser Disziplinen simplifiziert vermittelt und deswegen als weniger anspruchsvoll verstanden wird, als dies zum Beispiel bei den Naturwissenschaften der Fall ist. Deren Spezialthemen bedürfen stärkerer Aufklärungsarbeit und scheinen umfassendere und auch gefährlichere Wandlungen nach sich ziehen zu können, als geisteswissenschaftliche Erkenntnisse. Zudem scheint ihr wirtschaftlicher Impact bedeutsamer als das *Verständnis für die Komplexität der Welt*, dass die Geisteswissenschaften zu vermitteln vermögen. Obwohl sich Laien und Experten aneinander annähern, sind gerade die professionellen Geisteswissenschaften mit ihrem häufig interdisziplinären theoretischen Hintergrund auch gesellschaftliche Sinnstifter, die nicht einer Konkurrenz um Aufmerksamkeit und Ressourcen unterliegen dürfen. Ähnlich, wie die als präzise Wissenschaften bezeichneten Fachgebiete, ist auch die Erforschung der Vergangenheit und der Erinnerung eine Orientierung für den Fortschritt unserer Zeit und dafür Möglichkeiten und Gefahren im Vorhinein abschätzen zu können.^[28] Damit sind historische Wissenschaften eine politische Argumentationsgrundlage, auf die nicht verzichtet werden kann.

Beispielhaft sollen die derzeit akuten politischen Themen der Migration sowie internationaler Kriege um Macht und Religion aufgegriffen und

[20] <http://www.mindener-rundschau.de/index.php/2013/05/09/17278-minden-lubbecke-nrw-kampf-gegen-kurzungen-von-archaologie-und-baudenkmalpflege-in-nordrhein-westfalen-findet-breite-zustimmung>. Vgl. auch Klein, Kulturpolitik, 75-76, zum EU-Vertrag von Maastricht Artikel 128 Teil IX.

[21] <http://www.ksta.de/kultur/kuerzungen--vernichtende-entwicklung--fuer-denkmale,15189520,22320874.html>

[22] <http://gruene-fraktion-nrw.de/aktuell/publikationen/fachnewsletter/nldetail/nachricht/denkmalerschutz.html>

[23] <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/kulturheute/2157585/>

[24] Siehe Assmann, Das kulturelle Gedächtnis. Hobsbawm, Ranger, The Invention of Tradition.

[25] Beyme, Kulturpolitik und nationale Identität, 75.

[26] Ebd., 65-66.

[27] Röder, «Schon Höhlenmänner bevorzugten Blondinen», 89-91.

[28] Arendes, Zwischen Erinnerungslast und Erinnerungslust, 183.

vormoderne historische Orientierungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. *Kriege um Macht und Religion* gab es in allen Zeiten, jedoch konnte keines der Großreiche der Weltgeschichte überleben, weil sie es meist nicht vermochten, sich gesellschaftlichen, religiösen und kulturellen Veränderungen anzupassen. Dies gilt für das Römische Reich ebenso, wie für die mesopotamischen oder islamischen Großreiche. Der durch Krieg und Zwang erreichte Gebiets- und Machtzuwachs erwies sich für sie alle als Untergang, der nicht in der Lage war, den Eigenarten der Vielzahl an darunter vereinten Kulturen gerecht zu werden. Zugleich konnte diese durch Zwangsmaßnahmen auch nicht angemessen verwaltet oder ausreichend vereinheitlicht werden, um jeglichen internen Widerstand aufzuheben. Kulturelle oder religiöse Differenzen mussten, sofern sie nicht machtpolitisch begründet waren, jedoch nicht immer kriegerisch gelöst werden. Gerade in Staatsformen mit vielen religiösen Gruppen, wie den hellenistischen oder dem Römischen Reich, waren es religiöse *Toleranz* sowie spiritueller und philosophischer Austausch, die zu Weiterentwicklungen, neuen Ideen und intensivem Miteinander führten und dazu, dass diese Staatsgebilde im Vergleich eine längere innere Stabilität, Frieden und wirtschaftlichen Wohlstand mit sich brachten. Erst das Ende von Toleranz und Austausch leitete stets auch das Ende eines Staates ein.

Auch das Thema *Migration* lässt sich historisch vielfach nachvollziehen. Aus historischer Sicht nahmen Menschen, die ihr Umfeld verließen, immer auch ihre Kultur, ihre Traditionen oder ihre Sprache mit sich und suchten sich in ihrer neuen Umgebung Gleichgesinnte. Für die Bewahrung der eigenen Identität und die Verbundenheit zur Herkunft ist dies von großer Bedeutung, aber auch für die Neuorientierung und Anpassung. Interkulturalität ist in diesem Kontext aus historischen und auch archäologischen Quellen bekannt. So sind wir aus den Zeiten Roms und der Spätantike über viele Stämme informiert, die auf der Suche nach besseren wirtschaftlichen Möglichkeiten ihre Heimat verließen. Ihre materiellen Hinterlassenschaften sind in den Regionen, aus denen sie stammten, fassbar. Aber auch z.T. hunderte Kilometer entfernt finden sie sich wieder. Zugleich aber wurden sie weiterentwickelt, es entstanden Mischformen mit den einheimischen, die meist auch technischen Austausch und innovative Ideen zeigen und demzufolge vor allem durch ein friedliches Miteinander geprägt sind. Mit Identitätsverlust musste dies jedoch nicht einhergehen. Nicht umsonst nutzt demnach auch die EU die gemeinsame Geschichte und die kulturellen Hinterlassenschaften Europas, um daran die Idee der *European Identity* zu verdeutlichen.

So sind die Kelten, Römer und Germanen als Völker Europas werden auch heute in Filmen, Zeitschriften, Ausstellungen und Schulbüchern genutzt, um Identitäten innerhalb europäischer Staaten oder der EU (metaphorisch für das Römische Reich) zu schaffen und sind damit in den Köpfen der Menschen verankert. Ihre nachbarschaftlichen Beziehungen verliefen lange Zeit friedlich und waren durch vielfältigen Austausch charakterisiert. Die Germanen als benachbarte Stammesgruppen stehen sowohl für eine bewusst gepflegte regionale Identität als auch zugleich für ein geeintes Deutschland, das trotz zahlreicher Untergruppen und –kulturen eine Einheit gegenüber den europäischen Nachbarn darstellt. Aus den historischen Quellen sind sie wohl bekannt, ihr Bild ist jedoch als wild und barbarisch verzerrt. Erst durch die archäologische Erforschung war es möglich, diese ehemaligen Bewohner des deutschen Raumes zu fassen, ihr Leben, ihre Sitten, ihre Religion und ihre intensiven Beziehungen nachzuvollziehen. Zugleich waren auch die Germanen zwar nicht Teil des Römischen Reiches, wohl aber von der römisch beeinflussten Welt, wie es heute noch für zahlreiche Staaten außerhalb der EU gilt. Für die germanischen Stämme war es dabei einerseits von Bedeutung, ihre Identität und ihre Sitten beizubehalten, zugleich aber die Vorteile der römischen Technik, des Handels und Ideenaustausches für sich nutzen zu können. Dies zeigen zahlreiche römische Fundstücke in weit vom Limes entfernten Gebieten. Zwischen Römern und Germanen als zwei in ihren Grundprinzipien weit voneinander entfernten Kulturen, wie es heute z.B. Europa und die arabische Welt sind, gab es demnach nicht nur kriegerische Auseinandersetzungen. Vielmehr waren diese in hunderten Jahren des Kontaktes eher die Ausnahmesituation. Stattdessen akzeptierte man die gegenseitige Andersartigkeit und nutzte sie zum Vorteil. Innerhalb und außerhalb der Grenzen des Römischen Reiches fungierte Rom so als Friedensbringer und Kulturbotschafter für über 50 Millionen Menschen mit unterschiedlichsten Sprachen, Gesellschaftsformen und Organisationsstrukturen, denen es zahlreiche kulturelle Freiheiten bot.^[29]

Zugleich bieten gerade das Römische oder die stark auf ethnische Klassen ausgerichteten hellenistischen oder islamischen Reich und die vielfältigen, darin und darum lebenden Kulturen auch Negativbeispiele für Intoleranz und Konflikte innerhalb der Gruppen, für den Versuch, interkulturelle und interreligiöse Konflikte mit Gewalt auszumerzen und die damit einhergehenden Folgen. In der vormodernen Geschichte lassen sich demnach sowohl in den historisch fassbaren staatlichen Gebilden, aber auch in jenen Kulturen, die primär durch archäologische Forschungen bekannt sind, zahlreiche Lehrbeispiele für moderne Probleme fassen.

Historische Hintergründe wie diese sind in ihrer Interpretation und bildungspolitischen Nutzbarkeit jedoch von den jeweiligen gesellschaftlichen Selbstentwürfen abhängig, denn es «ist nicht lange her, dass der Bezug zur Antike nicht über Varus, sondern über Arminius – beziehungsweise «Hermann, den Cherusker» – hergestellt wurde.»^[30] Zur archäologischen und historischen Forschung muss es aus diesem Grund auch gehören, die *Forschungsgeschichte* wissenschaftlich zu untersuchen und seine eigenen Herangehensweisen daran zu reflektieren. Seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts spielen solche reflektierenden und übergreifenden historischen Ansätze eine Rolle, um Nationalismus, Weltkriege und Völkermord künftig zu vermeiden. Entsprechende wissenschaftliche Untersuchungen sind hierfür von zentraler Bedeutung, ohne eine Basis an historischen Funden und Quellen jedoch nicht durchführbar. Für die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Identität und Vergangenheit sind Museen und Gedenkstätten als besondere Lernorte nicht zu unterschätzen. Ihnen kommt eine große Bedeutung zu, weil durch die direkte Auseinandersetzung mit den Objekten und Hinterlassenschaften der Vergangenheit Zugänge zu schwierigen und komplexen Themen geschaffen, die Realität hinter der häufig abstrakt erscheinenden Geschichte verdeutlicht und Schlussfolgerungen vom kleinen (Objekt) zum großen (Geschehen) ermöglicht werden. Zudem bleiben komplexe Sachverhalte durch die museale Anschaulichkeit länger im Gedächtnis und machen verschiedene Sichtweisen und die Bedingtheit von Ereignis und Wirkung sichtbar. Der soziale und politische Blickwinkel auf historische und in der Konsequenz auch auf aktuelle Gegebenheiten werden somit verändert und der Dialog sowie die Offenheit für andere Kulturen und Lebensweisen gefördert.^[31] Gerade historischen Museen spielen dabei eine besondere Rolle, da sie wie «keine andere Disziplin [...] ein derart detailliertes Bild einer zeitlich [...] entfernten Kultur [liefern]. Ein Bild, das gerade in seiner Detailfülle dazu anregt, eigene zeitgenössische Lebensformen in Beziehung zu diesem Fremden, diesem Anderen zu setzen, sei es im Alltag des sozialen Nahbereichs, sei es in Fragen nach der politischen Steuerung einer Gesellschaft, sei es in der Konfrontation mit elementaren Gefühlen von Liebe, Freude oder Trauer. Die Wahrnehmung von Unterschieden wie Ähnlichkeiten ist das beste Instrument, die zeitliche Verhaftung wie die Grenzen eigener «Modernität» zu reflektieren.»^[32] Ohne entsprechende wissenschaftliche Forschungen vermögen die Museen jedoch weder, ihre Vitrinen mit neuen Objekten, noch ihre Ausstellungen mit neuen Erkenntnissen über die Wurzeln unserer Identität zu füllen. Hierfür ist es jedoch nicht ausreichend, die entsprechenden Objekte auszugraben. Ihre Bewahrung und Restaurierung, Aufarbeitung und Einordnung in den historischen Kontext sind dafür ebenso grundlegend und gehören zu den Arbeitsschritten archäologischer Wissenschaft.

Auch *aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen* wie die erneute Betonung des Individuums gegenüber der Gemeinschaft, die in den letzten Jahren wie-

[29] Rüpke, *Alttertumswissenschaften*, 121.

[30] Ebd., 120.

[31] Fritzsche, *Museum*, 310-319.

[32] Rüpke, *Alttertumswissenschaften*, 118-119.

der stärker fassbar geworden ist, werden von Kulturwissenschaften wie der Archäologie aufgegriffen, ihre Ursachen untersucht und Parallelen aus der Vergangenheit herangezogen, um die dahinterstehenden Prozesse im Heute besser verstehen zu können.^[33] Solche übergreifenden Facetten von Geschichte und ihre Bedeutung für die persönliche Entwicklung der Bürger hin zu Toleranz, Offenheit und Verständnis können durch übergreifende Themenfelder, wie Erfahrung mit Fremdsein in weltgeschichtlicher Perspektive, die islamische Welt und die christliche Welt in Mittelalter und Neuzeit oder Menschenrechte in historischer Perspektive, betont werden. Sie alle eignen sich für Fremdverstehen, interkulturelles Lernen, Multiperspektivität und das Einbringen von Gegenwartsbezügen. Politische Konflikte können anhand historischer und archäologischer Beispiele Lösungs- oder Orientierungsmöglichkeiten finden, die nur durch stetige archäologische Forschungen möglich werden. Die gesellschaftliche Aufgabe historischer Wissenschaften ist demnach moralisch und steht weit über dem reinen Erkenntnisgewinn. Auch wenn kein historisches Ereignis mit denselben Ursachen oder Umständen zweimal vorkommen kann, ist die Geschichte doch ein Lehrbuch des Menschen, dessen Bedürfnisse sich in den letzten Jahrtausenden kaum geändert haben. Besonders der Umgang mit den Mitmenschen ist für jede Handlung das zentrale Thema. Identität als Modewort der Forschung spielte schon immer und spielt heute anscheinend mehr denn je eine Rolle. Ursache dafür sind die Globalisierung, der Trend zur Einzigartigkeit anstatt Anpassbarkeit, Wohnortwechsel und berufliche Unsicherheit oder auch die Änderung der Geschlechterrollen. Es verwundert, dass gerade Nordrhein-Westfalen die Bedeutung übergreifender historischer Aspekte für den schulischen Kontext in neuen Lehrplänen für den Geschichtsunterricht der Sekundarstufe II erkennt, darüber hinaus deren wissenschaftliche Erforschung und Weiterentwicklung jedoch nicht mehr für förderungswürdig hält.

Im Kontext von *Globalisierung* und beruflichen wie privaten Unstetigkeiten gewinnt ein Begriff wieder Bedeutung: Heimat. Mit der zunehmenden Wurzellosigkeit der Gesellschaft, der Suche nach einem Zuhause zwischen verschiedenen Arbeitgebern, Arbeitsorten und wechselnden Beziehungen wird Heimat zur Utopie, zu einer Hoffnung auf Geborgenheit, Wohlfühlen und Ankommen. Heimat beinhaltet demzufolge auch Gewohntes, Althergebrachtes, Tradition.^[34] Und spätestens an diesem Punkt werden für die Gesellschaft des frühen 21. Jahrhunderts Geschichte und Archäologie wieder zentral. Sie vermögen auf der einen Seite durch Moral und Ratschläge zu unterstützen, auf der anderen Seite prägen sie die direkte Umwelt, den Raum, die Stadt, das Land, die Natur. Die Archäologie vermag es, die Welt der Kelten oder Germanen, Franken, Sachsen oder Thüringer wieder ans Licht zu bringen, zeigt ihre Lebenswelt auf, ihre Traditionen und Religionen. Aus den archäologischen Fundstücken lassen sich kulturelle Vielfalt, Austausch und Handel, aber auch Möglichkeiten ablesen, wie man die eigene Identität und Tradition in Zeiten schneller Veränderungen bewahren kann. «Sie [die Geschichtswissenschaft] hat die Kompetenz für jenen kollektiven Umgang mit «Erinnerung» und «Gedächtnis» übernommen, der gerade in Zeiten des beschleunigten Wandels, der Auflösung von Tradition und Selbstverständlichkeiten, ein unverzichtbares, geradezu anthropologisches Bedürfnis der Menschen zu sein scheint.»^[35] Die wissenschaftlichen Erkenntnisse lassen sich aufarbeiten und ausstellen, sie werden zum Greifen nahe. Sie stammen aus dem Boden der eigenen Region und vermögen dem Betrachter immer neue Facetten aufzuzeigen, je nachdem, in welchem Kontext man sie präsentiert. Ausgrabungen und Denkmalpflege lehren auch, wie sich die Landschaft und die Orte entwickelten, in denen wir leben, warum sie aussehen, wie sie aussehen. Historische Bauten in den Innenstädten neben modernen Glasbauten und verträumte Schlossruinen laden zum Verweilen ein. Die historischen Hinterlassenschaften sind die Kulisse unseres Lebens, die Orte unserer Urlaube, die Ziele unserer Ausflüge aus dem Alltag und man möchte sie nicht missen. Zugleich sind sie Symbol für Vergänglichkeit – und werden es zunehmend werden, wenn Nordrhein-Westfalen seine Pläne tatsächlich durchsetzt. Die Voraussetzung für die Erhaltung der Bauten und die Erforschung der Vergangenheit ist die mit Kompetenz, aber vor allem Sorgfalt durchgeführte archäologische Arbeit, die über reine Notgrabungen weit hinaus geht und auch gesellschaftliche Aspekte wie den demografischen Wandel oder die Landflucht berücksichtigt. Diese bringen räumliche Veränderungen mit sich sowie die Verschiebung von Wohn- und Wirtschaftsräumen, die archäologischer Begleitung und fachlicher Beratung im Bereich der kulturräumlichen Entwicklung bedürfen. Die Archäologie muss dafür auch künftig Partner des Landes und der Kreise sein, um innovative Lösungen für Platz- und Bevölkerungsfragen zu entwickeln. Doch ohne die entsprechende Wertschätzung und finanzielle Unterstützung sind die Erforschung der Facetten unserer Vergangenheit und deren Erhaltung sowie die Zukunftsträchtigkeit der Raumnutzung nicht mehr möglich.

Über den wissenschaftlichen Aspekt hinaus, sind Archäologie und Geschichte auch von wirtschaftlicher Bedeutung. Aufgrund des steigenden Publikumsinteresses gewinnt dieser Themenhorizont des *Histotainment* zunehmend mediale Aufmerksamkeit – sei es in Zeitungen, in populärwissenschaftlicher Literatur oder als Impuls für die boomende Sparte der historischen Romane, als Vorbild für Science Fiction und Fantasy im Fernsehen oder für Reenactment-Mittelaltermärkte, -Römertage und -Renaissancefeste. Neben der Suche nach Wurzeln und Identität ist der Grund hierfür auch darin zu suchen, dass die klassische humanistische Bildung immer weniger gelehrt wird, wodurch die Vorgeschichte und die mit ihr verbundenen Kulturen eine neue Exotik erfahren und stets den Reiz des Abenteuers mit sich zu bringen scheinen. Die Archäologie gehört durch Indiana Jones, Robert Langdon und Lara Croft zur Popkultur unserer Zeit. Die weit entfernten Welten der Römer und Germanen, der Urmenschen oder auch der großen Reiche des Mittelalters stellen einen Reiz dar, der jenem von Star Trek oder Herr der Ringe ähnelt, jedoch durch seine Wissenschaftlichkeit wirklichkeitsnäher und vor allem auch materiell greifbar ist. Dabei steht keinesfalls der naturwissenschaftliche Aspekt der modernen archäologischen Forschung im Vordergrund, sondern gerade die Archäologie als eine erkenntnisbringende und objektive Geistes- und Kulturwissenschaft.^[36] Zum derzeitigen historischen Interesse tritt, ebenfalls durch die Kombination aus Exotik und vergangener Realität, ein Aspekt, der in den letzten 10 Jahren einen großen Aufschwung erfahren hat: die antike *Mystik*. Da in Europa das Christentum mit seiner Anpassungsfähigkeit auch seine Anhänger verliert, entdecken die Menschen auf der Suche nach neuem ethischen Rückhalt zunehmend die Vergangenheit für sich. Geister- und Mysterienreligionen, Hexerei, Magie und die New-Age-Bewegungen haben ebenfalls durch Bücher, Fernsehsender und spirituelle Beratungen eine wirtschaftliche Bedeutung bekommen und sind stets sehr interessiert an neuen archäologischen und historischen Erkenntnissen. Auch dieser Aspekt der Rezeption der Vorgeschichte ist wiederum der Suche nach Fixpunkten im Leben zuzuordnen.

Schließlich ist der Bereich des *Tourismus* zu nennen. Kultur macht einen entscheidenden Teil der Attraktivität eines Reiseziels – und auch eines Wohnortes – aus. Museumsbesuche, historische Innenstädte, Schlösser, Burgen und Römerstädte werden nach wie vor sehr stark von Touristen frequentiert. Für Deutschland als das Land der Dichter und Denker und NRW mit seinem reichen historischen Erbe stellt dies einen nicht zu unterschätzenden Faktor dar. Kürzungen der Denkmalpflege wirken sich auch darauf aus und sind auch in diesem Fall über den ideellen Wert hinaus auch aus ökonomischer Sicht zu berücksichtigen. Dies gilt sowohl für den Tourismus selbst, als auch für die Voraussetzungen dafür, also die wissenschaftlichen Forschungen und die Instandsetzung und Erhaltung von Gebäuden und Fundobjekten durch Handwerker, Restauratoren und private Besitzer. Hinzu kommt seit einigen Jahren der sogenannte Grabungstourismus, bei dem die Menschen eine Abwechslung vom Alltag in der direkten Auseinanderset-

[33] Arendes, Zwischen Erinnerungslast und Erinnerungslust, 181-182. Klein, Kulturpolitik, 215-216. Röder, «Schon Höhlenmänner bevorzugten Blondinen», 79-80.

[34] Klein, Kulturpolitik, 195-196.

[35] Nolte, Geschichtswissenschaft, 100.

[36] Ebd., 199-203.

zung mit dem historischen Erbe suchen. Diese erfahren sie durch körperliche Arbeit auf einer Ausgrabung, aber auch durch die dahinterstehende wissenschaftliche Methodik, durch die sich die Bedeutung eines Fundes oder Befundes erst erschließt. Mit den eigenen Händen ein Skelett freizulegen, macht die Vergänglichkeit der Dinge auf eine neue Art bewusst und zwingt einen jeden, sich retrospektiv mit dem eigenen Leben und dem Auseinandersetzen, was man seinen Nachfahren hinterlassen möchte.

Für all dies ist eine hinreichend geförderte archäologische und historische Kulturwissenschaft auf regionaler und nationaler Basis notwendig, die nicht nur baubegleitende Notgrabungen durchführt, sondern in der Lage ist, ihre Ergebnisse auszuwerten, gesellschaftliche Schlüsse daraus zu ziehen und zu präsentieren. Demnach kann «schon bei Museen und Denkmälern [...] kaum gespart werden. Der Verfall der Denkmäler durch Umweltverschmutzung schafft Größenordnungen, die noch kaum abzuschätzen sind, wenn in einigen Jahrzehnten kein Stein am Kölner Dom mehr original sein wird»^[37], werden kulturpolitisch bedeutsame archäologisch Erkenntnisse in Nordrhein-Westfalen kaum mehr zu erlangen, da die rechtsstaatlichen Regelungen zur Denkmalpflege jetzt schon eher eine Behinderungen von deren protektiver Funktion sind und über Leben und Tod eines Denkmals entscheiden können.^[38]

Aus gesellschaftlich-kultureller Hinsicht lässt sich insgesamt also sagen, dass Geschichte und Archäologie «je von neuem das Wissen über die eigene Sprache, Geschichte, Literatur und Kunst [bewahren, erweitern und vermitteln]; über die Bedingungen und Möglichkeiten des Zusammenlebens und Zusammenwirkens von Menschen in einer Gesellschaft (Recht, Ökonomie, Soziologie); über die Selbstvergewisserung und die Beantwortung der Sinn- und Identitätsfrage der Menschen (Philosophie, Theologie, Psychologie). Sie sind damit Grundlage für das Verständnis der Welt, in der man lebt; für die Erkenntnis von Problemen und Herausforderungen im Zusammenleben der Menschen und deren fortschreitende Gestaltung, Veränderung oder Bewahrung; für das Verstehen von anderen Menschen und Völkern wie auch seiner selbst; für die Vermittlung von Wissen, Reflexion und daraus hervorgehende Urteilskraft in die nachfolgende heranwachsende Generation und die Kommunikationsprozesse der Gesellschaft.»^[39] Damit befördern sie individuelle und gemeinschaftliche, interkulturelle und realistische, flexible Zukunftsvorstellungen, ein politisches Grundverständnis und die Fähigkeit, politische Themen einschätzen und Entscheidungen kritisch hinterfragen zu können.^[40] Über den wirtschaftlichen Aspekt hinaus, sind diese Wissenschaften aus diesem Grund nicht an quantifizierbaren Effizienzkriterien zu bemessen. «Die unbedachte Übertragung von Reformkriterien, die für die (angewandte) Natur- und Technikwissenschaft angemessen sein mögen, kann schnell ein Beitrag dazu werden, die Geisteswissenschaften und ihre Arbeit zu desorientieren und zu zerstören»^[41], wie die Entscheidungen des Landes NRW derzeit zeigen. Den Wert dieser Wissenschaften macht die kritische gesellschaftliche Anwendbarkeit und Reflexionsfähigkeit aus. Denn gerade sie nehmen Tendenzen und Notwendigkeiten des Zeitgeistes in ihre Arbeit auf und reflektieren diese wissenschaftlich. Forschungsschwerpunkte wie transkulturelle und transnationale Geschichte, Religions- und Ideengeschichte entwickelten sich erst in den letzten Jahren und können nützliche politische und individuelle Hilfestellung bieten. Es scheint jedoch, dass die Politikmacher lieber auf die direkt, nämlich technisch und monetarisch, greifbare Anwendbarkeit und Nützlichkeit der Naturwissenschaften vertrauen.^[42] «Die Erwartung [anscheinend auch der Regierung von NRW, A.d.A.], dass erst die Unterfinanzierung von Wissenschaft einen angemessenen Reflexionsdruck auf die betroffenen Wissenschaftler(innen) erzeugt, dient im übrigen nicht qualitativer Verbesserung der Wissenschaft, sondern der Kostensenkung und ist insofern ein vor allem von fiskalischen Gegebenheiten abhängiger Prozess.»^[43] Auch wenn die Altertumswissenschaften, die Geschichtswissenschaften oder die Archäologie nur als Hilfswissenschaften für die angewandte Politologie, Religions- oder die Rechtswissenschaften betrachtet werden würden, müssten sie auf gleiche Weise weiterentwickelt werden wie diese.^[44] Dass gerade historische Wissenschaften in vielen Debatten und auch in der Politikberatung eine nicht unerhebliche Rolle spielen und somit auch wegen ihrer Fähigkeit, politische Entscheidungen zu legitimieren oder anzuzweifeln, ein starkes mediales Feedback bekommen, wird im nächsten Abschnitt zu thematisieren sein.

Auf der Suche nach den Ursachen für die Kritik II – Mediatisierung, «Wutbürger» und ein neues Verlangen nach politischer Beteiligung

Seit Aristoteles versteht man unter der Öffentlichkeit einen herrschaftsfreien Raum zwischen Staat und Gesellschaft, dessen Basis Information und Kommunikation sind.^[45] Dies ist heute primär das Tätigkeitsfeld der Medien. Die «*Mediatisierung*» der Gesellschaft bezeichnet dabei eine sich verändernde Kommunikationsstruktur, die eine Expansion und Kommerzialisierung der Medienangebote sowie die Beschleunigung des Kommunikationstempos durch neue Informations- und Kommunikationstechniken beinhaltet. Damit einher geht die zunehmende Beeinflussung der Kommunikation durch die medialen Zeithorizonte, Selektionsregeln und Kommunikationsweisen. Dies betrifft nicht nur den privaten Sektor, sondern auch Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Die Medien bestimmen die Handlungsweisen, Kommunikation und Themenauswahl derjenigen, die in der politischen Öffentlichkeit erfolgreich sein wollen. Da Politik für die Bürger heute zumeist nur noch aus zweiter Hand erfahrbar ist, ist es die Aufgabe der Medien, ihre zunehmende Komplexität zu erklären und als ethische Kontrollinstanz der Gesellschaft zu fungieren.^[46] Das bedeutet jedoch nicht, dass die Bürger keinen Einfluss mehr haben wollen oder nicht interessiert sind, sondern nur, dass die politischen Themenfelder so vielfältig und anspruchsvoll geworden sind, dass sie verstärkter Kommunikation bedürfen. Die durch die Medien vermittelten politischen Informationen und Lösungsvorschläge sind die Grundlage für die Entscheidungen und Meinungen der Bürger, sie überprüfen und legitimieren in deren Auftrag die politische Entscheidungsfindung und damit einhergehend politische Entscheidungsbefugnisse.^[47] Die durch die Medien informierte Öffentlichkeit geht jedoch mit der beidseitigen Aufnahme, Verarbeitung und Vermittlung politischer Themen zwischen Bürgern und Politikern einher.^[48] Die Medien spiegeln nicht nur politische Entscheidungen wider, sie sind kein Propagandamittel, sondern bemessen auch deren Gültigkeit im demokratischen Sinne sowie die entscheidungsim-

[37] Beyme, Kulturpolitik und nationale Identität, 26.

[38] Ebd., 119.

[39] Böckenförde, Die Bedeutung der Geisteswissenschaften im politischen Leben, 48.

[40] Ebd., 49.

[41] Ebd., 50.

[42] Nolte, Geschichtswissenschaft, 100. Rüpke, Altertumswissenschaften, 119.

[43] Ebd., 118.

[44] Rüpke, Altertumswissenschaften, 121.

[45] Michniewicz, Bürgerjournalismus in der digitalen Öffentlichkeit, 5.

[46] Mai, Macht und Gegenmacht, 127. Koch-Baumgarten, Voltmer, Policy matters, 313. Pfertsch, Perc, Die Medien als Akteure und Instrumente im politischen Prozess, 45.

[47] Pfertsch, Perc, Die Medien als Akteure und Instrumente im politischen Prozess, 35-36.

[48] Michniewicz, Bürgerjournalismus in der digitalen Öffentlichkeit, 32.

nente Rücksichtnahme auf verschiedene Argumente und dabei vor allem auf die öffentliche Meinung. Die über die Medien ausgetragene Kommunikation zwischen der Politik und den Bürgern ist daher von *Responsivität* abhängig. Dafür sind Transparenz, Validierung und Orientierung beider Seiten notwendig.^[49]

In den letzten Jahren wurde hier eine Entwicklung deutlich, bei der trotz steigenden Interesses an politischen Themen die Wahlbeteiligungen sinken und die Bürger zunehmend Kritik äußern, wenn vor für die Öffentlichkeit wichtigen politischen Entscheidungen keine Validierung von deren Meinungen stattfindet. Diese hohen Moralvorstellungen sind ebenfalls Teil des postnationalen Kollektivbewusstseins und der Grund für ein Ohnmachtsgefühl und sinkendes Vertrauen in den Vollzug der Demokratie.^[50] Natürlich ist es nicht die Aufgabe einzelner Bürger, politische Entscheidungen zu treffen, da sie dafür zumeist weder ausreichend ausgebildet oder in ihrer Meinung repräsentativ sind noch demokratische Entscheidungsbefugnis innehaben. Gleiches gilt für politische Berater, Experten und Enquetekommissionen. Sie sind neben den Bürgern ebenfalls nur Vertreter einzelner, innerhalb der Vielzahl der in einer Demokratie herrschenden Meinungen. Zugunsten der Legitimität sind die Argumente aller Interessensvertreter in Entscheidungsfindungsprozesse einzubeziehen. Hierfür muss die Kommunikation in Form von Deliberationen oder Anhörungen als neokorporatistische Verhandlungen gefördert werden, da sie in einer Zunahme der Vertreter gesellschaftlicher Gruppen und der ihrer Informationen, der Vermeidung von Lobbyismus und damit der Legitimität und Korrektheit politischer Entscheidungen resultiert. Wenn dann das, was als öffentliche Meinung wahrgenommen wird, Einfluss hat, ist die Akzeptanz auch von Seiten derer, die ggf. davon abweichen, trotzdem relativ groß.^[51]

Zu der Bildung der öffentlichen Meinung tragen die Medien einen entscheidenden Teil bei, da sie die Informationen sammeln, aufbereiten und verbreiten. Für eine *ausgeglichene Darstellung* müssen dabei die entscheidenden Hintergrundfaktoren aller betroffenen Seiten miteinbezogen, strukturiert und vermittelt werden, um die Demokratie im Kontext der Bildung öffentlicher Meinung zu gewährleisten. Für die Politik ist die Kommunikation mit den Medien demzufolge von Bedeutung, um über diese als Mittler die Öffentlichkeit über Pläne zu informieren und Entscheidungen zu begründen. Zugleich muss es auch einen Einfluss medialer Berichterstattung auf politische Entscheidungsfindungen geben, da die Medien das Meinungsbild breiter Teile der Bevölkerung in Bezug auf politisch relevante Themen widerspiegeln. Als besonders aussagekräftig gelten hierbei die großen, bundesweiten Zeitungen und Fernsehsender, in Bezug auf die Politik der Länder aber auch regionale Nachrichtenblätter, Sender und Radiostationen. Hinzu kommen in den letzten Jahren verstärkt auch Informationen im Internet, die durch Blogger oder Twitterer verbreitet werden. Das Internet ist entgegen der Äußerung von Angela Merkel für breite Teile der Bevölkerung längst kein Neuland mehr. Im Gegenteil, es ist neben den klassischen Medien zu einer Hauptinformationsquelle geworden, die zu jeglichen Themen ein Vielfaches an Informationen zu den verschiedenen Aspekten und Sichtweisen von interessierten Laien, Experten und Medienmachern bereitstellt. Hier bietet sich zudem für die Politikmacher die Möglichkeit der Information, Kommunikation und Partizipation und damit der Schaffung von *Transparenz*. Gerade für sie muss damit einhergehen, die Rechtmäßigkeit und die entscheidenden Argumente einer politischer Entscheidungsfindung zu vermitteln. In der sich durch das Internet verändernden Öffentlichkeit, der Wissensgesellschaft, die sich sehr stark über die Zugänglichkeit zu Informationen definiert, tritt ehrliche, glaubwürdige Informationsteilnahme in den Vordergrund. Entsprechend muss die Kommunikation auf Augenhöhe geschehen und ist dann eine Möglichkeit, das Interesse und Vertrauen der Menschen in ihre politischen Vertreter zu steigern. Aus dem Fehlen einer solchen Kommunikation zieht die Öffentlichkeit entsprechende Schlussfolgerungen, die sich wiederum durch das Internet schnell und einfach organisieren und exponentiell vervielfältigen lassen. Die mediale Kommunikation der Politik mit der Öffentlichkeit sollte also keine Aneinanderreihung von Statements sein, sondern eine Diskussion, bei der auf die Argumente des anderen eingegangen wird, ohne sie prinzipiell von sich zu weisen.^[52]

Auch mit dem Internet bleibt es die Aufgabe der Medien, den Legitimationsprozess, die Machtverteilung und Entscheidungsfindung innerhalb der Politik zu kontrollieren, auf Defizite hinzuweisen und ggf. durch den Aufbau von politischem und moralischem Druck eine Veränderung zu erzielen. Für die Demokratie und die Meinung der Bürger in Bezug auf Themenpräferenzen und das Wahlverhalten spielen sie demnach eine entscheidende Rolle. Die Politik benötigt die Unterstützung der Bürger nicht nur im kommunalen oder nationalen Wahljahr, sondern muss sich stets beweisen und durch öffentlich legitimierte Entscheidungen Vertrauen schaffen.^[53] Hierfür ist mediale Aufmerksamkeit ein nützliches Werkzeug. Konkurrierende Parteien, Verbände und private Interessensgruppen nutzen das mediale Agenda-Setting und ihre Interpretation eines Themas, um sich der Unterstützung von Seiten der Öffentlichkeit zu versichern und hieraus politische Folgen und Wertmaßstäbe abzuleiten.^[54]

Es ist davon auszugehen, dass Themen, die nicht aus der Politik aufgegriffen, sondern durch die Medienberichterstattung zu einem politischen Diskussionspunkt werden, ebenfalls Stellungnahmen erfordern. Die Medien werden in der Zwischenzeit als vierte Gewalt der Demokratie bezeichnet und von Stimmungen in der Öffentlichkeit beeinflusst. Zugleich findet aber auch eine mediale Selektion von Ereignissen, Fakten und Problemen statt, die aus der gesellschaftlichen Aufgabe der Medien hervorgeht.^[55] Besonders ausgeprägt ist dies im Fall eines *Medienskandals*. Dieser analysiert das moralische Selbstverständnis einer Gesellschaft und reflektiert dessen Zustand im Kontext von Macht und Politik. Medienskandale stellen demnach die Erneuerung moralischer Werte in den Mittelpunkt, indem sie die Differenz von Held und Antiheld betonen. Die moralischen Prinzipien, auf die dabei Bezug genommen wird, sind zwar nicht festgeschrieben, aber gesellschaftlich vereinbart. Das heißt, dass diese Handlungsmuster nicht rechtlich strafbar, wohl aber mit Rechtlichkeit allein auch nicht zu begründen sind, sondern soziale Übereinkommen darstellen, die die Grundlage des Funktionierens der Gesellschaft an sich bilden. Aus diesem Grund werden die moralischen Werte hoch geschätzt, ein Verstoß gefährdet das System und kann soziale Folgen mit sich bringen. Ausgangspunkt eines Medienskandals ist aus diesem Grund stets ein Schlüsselereignis in Form einer moralischen Verwerflichkeit. Dabei fokussieren zahlreiche Medien zeitgleich dasselbe Thema und generieren auf diese Weise sehr schnell viel Aufmerksamkeit. Im politischen Kontext problematisiert der Skandal vor allem die der Öffentlichkeit sonst verschlossenen Bereiche, mit denen der moderne Staat gegen das Gebot der Transparenz verstößt. Dabei kommen Sprecher der juristischen, politischen, religiösen, öffentlichen und privaten Sphäre zu Wort, um die Auswirkungen des Skandalösen auf alle Ebenen zu verdeutlichen. Sie schaffen damit einen Handlungsdruck an das politische System, eine Erwartungshaltung, bei der die öffentlich legitimierbaren Handlungsoptionen begrenzt werden. Dies führt zu einer öffentlichen Meinungsfindung im Hinblick auf den Auslöser und zu einer gesellschaftlichen Sanktionierung, die Vertrauens- und damit Machtentzug bedeutet. Auch wenn der Skandal sehr schnell verläuft, dauert die Rehabilitierung des Antihelden mitunter sehr lange. Eine solche Form der medialen Berichterstattung ist in ihren Grundstrukturen immer ein Spie-

[49] Pfertsch, Perc, Die Medien als Akteure und Instrumente im politischen Prozess, 37.

[50] Klein, Kulturpolitik, 215-216.

[51] Daele, Neidhardt, «Regierung durch Diskussion», 9-50.

[52] Daele, Neidhardt, «Regierung durch Diskussion», 9-50.

[53] Mai, Macht und Gegenmacht, 123-145. Pfertsch, Perc, Die Medien als Akteure und Instrumente im politischen Prozess, 34, 37. Röder, «Schon Höhlenmänner bevorzugten Blondinen», 86.

[54] Pfertsch, Perc, Die Medien als Akteure und Instrumente im politischen Prozess, 38. Koch-Baumgarten, Voltmer, Policy matters, 302.

[55] Koch-Baumgarten, Voltmer, Policy matters, 299-302. Michniewicz, Bürgerjournalismus in der digitalen Öffentlichkeit, 48.

gel jener Themen, moralischen Vorstellungen und Traditionen, die eine aktuelle gesellschaftliche Rolle spielen.^[56] Aus diesem Grund sollten in den Medien diskutierte Sachverhalte politische Aufmerksamkeit hervorrufen, zugunsten der Transparenz die öffentliche Meinung bei der Entscheidungsfindung miteinbezogen und diese Entscheidungen erneut über die Medien begründet werden, um sich des Wohlwollens der Bürger zu versichern. Ein großes Problem bei diesem Aspekt der Mediatisierung sind die unterschiedlichen Zeitfenster von Politik und Medien. Die langdauernden politischen Prozesse stehen der medialen Schnelllebigkeit gegenüber. Das bedeutet, dass mediale Themen zwar einerseits ebenso schnell wieder von der Agenda der Politik wie der Medien selbst verschwinden können, ohne, dass dies weitgreifende Folgen hätte. Andererseits aber erwarten sie auch schnelle politische Reaktionen, die, auch wenn sie aufgrund des politischen Zeitfensters nur symbolisch sein können, eine dauerhafte Meinungsbildung bei den Bürgern hervorrufen können.^[57] Aus diesem Grund sind Ehrlichkeit und Flexibilität und die Darstellung der Komplexität politischer Prozesse gefragt.

Innenpolitische Themen wie *Kulturpolitik* scheinen die Menschen stets besonders stark zu betreffen. Dies liegt daran, dass politische Entscheidungen heute nur noch selten aktive Auswirkungen auf den Alltag mit sich bringen. Wenn sich die Lebensweise und -qualität der Menschen aufgrund politischer Entscheidungen ändert, dann zumeist auf der regionalen Ebene, auf der sich auch die Kulturpolitik in Deutschland bewegt. Dort vermag Politik starke Reaktionen von Seiten der Bevölkerung hervorzurufen.^[58] Gerade Kultur wird als ein sicherer und zunehmend wichtigerer Aspekt des Lebens verstanden, über dessen Werte und Inhalte Politik nicht entscheiden darf. Stattdessen ist es ihre Aufgabe, für die Pflege und Entwicklung dieses Aspektes durch finanzielle Förderung zu sorgen. Gerade der Bereich der Kultur, der häufig Innovationen und gesellschaftliche Veränderungen aufgreift, darf dabei nicht mit althergebrachten, rein rationalen, politisch motivierten Ansichten behandelt werden, da der Wert von Kultur, wie bereits gezeigt, nicht wirtschaftlich aufgerechnet werden kann. Kulturpolitik ist keine reine Kunstpolitik und beinhaltet nicht nur künstlerisch-ästhetische Kriterien, sondern darüber hinaus alle Mittel und Medien, die in einer Gesellschaft zur Sozialisation ihrer Mitglieder beitragen. Dazu gehören die tradierten Werte als Handlungsorientierungen, die kulturellen Muster des Alltagslebens und die Weltsicht im weitesten Sinn, also die Symbolsprache und die Institutionen, die dieses Wissen vermitteln und bewahren. Kultur setzt sich mit den elementaren Aspekten einer Gesellschaft auseinander, die zu einem Großteil von den historischen und archäologischen Wissenschaften erfüllt werden. Sie bedürfen der Pflege und Förderung der Kulturpolitik, da eine Gesellschaft nur mit ihnen überhaupt bestehen kann. Aus diesem Grund ist es die Aufgabe der Landesregierungen, Ausgaben für Kunst und Wissenschaft erstrangig zu fördern und zu schützen und erst zweitrangig ihren Haushaltsmitteln in einem Maße anzupassen, das die Grundaufgabe nicht gefährdet.

Gerade Nordrhein-Westfalen hat diesen Aspekt der Politik in seine Landesverfassung aufgenommen. Maßstab dafür dürfen jedoch nicht rein wirtschaftliche Kriterien sein, die diesem schwierigen Aufgabenbereich nicht allein gerecht werden können, sondern moralische und fachspezifische Facetten, wie sie die Gremien der Kulturregionen in NRW mit ihren Fachkompetenzen einschätzen können und deren besondere Aufgaben die Ausweitung des musealen Angebotes und der Schutz des Kulturgutes sein sollen. Hierfür arbeitet NRW derzeit, als Vorreiter in Deutschland, an einem «Gesetz zur Förderung der Kultur, Kunst und der Kulturellen Bildung in Nordrhein-Westfalen», kurz Kulturfördergesetz. Dieses soll nicht nur die finanzielle Grundlage des Kulturbereiches sichern, sondern dessen Bedeutung verdeutlichen, will jedoch keine festen Inhalte vorgeben. Erste Eckpunkte wurden bereits festgelegt.^[59] Diese beinhalten auch die Verankerung kultureller Bildung als «geistige Lebensgrundlage der Menschen und ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Kultur initiiert und fördert die freie Entfaltung der Persönlichkeit des Einzelnen, wirkt als identitätsstiftender und integrierender Faktor einer Gesellschaft, die sich angesichts des gesellschaftlichen – insbesondere demographischen – Wandels, neuer technischer Entwicklungen und einer heterogenen, durch Migration beeinflussten Bevölkerung weiterentwickelt, und hat zudem Einfluss auf andere Politikfelder, wie z.B. die Wirtschaft, den Tourismus oder die Bildung. [...] Zur Kulturförderung gehören auch die Erhaltung des kulturellen Erbes, d.h. insbesondere die Pflege der vorhandenen Substanz an kulturellen Werken und Zeugnissen. Museen, Bibliotheken und Archive sollen bei ihren Aufgaben der Archivierung, Restaurierung, Forschung und Vermittlung unterstützt werden, um das Geschichtsbewusstsein zu stärken, das kulturelle Gedächtnis lebendig zu halten und die Erinnerungskultur zu pflegen.» Die Bedeutung der Erforschung der Vergangenheit für die Gegenwart ist demnach der Landesregierung Nordrhein-Westfalens nicht unbekannt, ihre unterschiedlichen Facetten sollen durch «zeitgemäße Kooperationsmodelle und Organisationsformen» zukunftsfruchtig gemacht werden, die «gerade auch in ökonomisch schwierigen Zeiten tragfähig und stabil sind.» Ob unter Zukunftsfähigkeit die Zusammenschumpfung bewährter Arbeitsweisen und wissenschaftlicher Institutionen zu verstehen ist, die ihrer Verpflichtung gemäß dem Denkmalschutzgesetz dann nicht einmal im Mindestmaß nachkommen können, scheint zweifelhaft.

Auch mit einem Kulturfördergesetz als Teil der Kulturpolitik gilt es, den kulturellen Trägerpluralismus zwischen Staat und Gesellschaft nicht zugunsten des Schwächeren, der Kommunen und Privatpersonen, auszulegen und die entsprechende moralische und finanzielle Verantwortung abzugeben. Dies trifft umso mehr zu, wenn es um kulturpolitische Aufgaben geht, die, abgesehen von der Topographie, keinen speziellen Bezug zu einer Kommune haben, wie es für die Bodendenkmalpflege der vor- und frühgeschichtlichen Epochen gilt, die aufgrund ihres hohen Alters nur selten historisch und kulturell einer spezifischen modernen Gemeinde zuzuordnen sind. Im gesamtdeutschen Vergleich lagen die Kulturausgaben Nordrhein-Westfalens in den letzten Jahren im unteren Bereich, während der Anteil der Gemeinden daran bereits am größten ist und nun noch weiter erhöht werden soll. In der Rechnung nur wenig beachtet wurde zudem, dass der wissenschaftliche Teil der Kultur vielfach im öffentlichen Dienst angesiedelt ist und mit tariflich geregelten, regelmäßig steigenden Personalkosten bei gleichbleibender Zahl von Angestellten einhergeht. Hinzu kommt die Inflation, durch die auch die Kosten für Sachmittel zunehmend steigen. Eine gleichbleibende Qualität der Arbeit kann schon bei gleichbleibenden Geldern demnach nicht garantiert werden. Dies erschwert die im Kulturbereich notwendige Flexibilität erheblich. Sie muss in einem engen Verhältnis zu gesellschaftlichen Wandlungen und Bedürfnissen stehen und geistige Emanzipation, Meinungsbildung, Gemeinschaft und Identität fördern. Basis hierfür sind die Sicherheit der Tradition und das Bild des zur Geschichte des Menschen gehörenden Wandels, das Archäologie und Geschichtswissenschaft zeichnen können, sowie deren Fähigkeit, scheinbar fremd gewordene Lebenswelten wieder vertraut zu machen. Die durch Pluralität gekennzeichnete Postmoderne bedarf flexibler Orientierungsmöglichkeiten und ruft zunehmend nach Teilhabe und Freiheit. Der in der Kulturpolitik praktizierte Strukturkonservatismus, die Weiterführung des Althergebrachten und der Ruf nach Effizienzsteigerung können dem nicht abhelfen. Die freie, staatlich geförderte Entwicklung von Wissenschaft und Kunst garantieren stattdessen einen Wertekonsens, auf dem staatliches Handeln und die Meinung der Bürger beruhen und der auch der Politik Reputation einzubringen vermag.

Im Fall der geplanten Kürzungen der Denkmalpflege in Nordrhein-Westfalen als Teil der Kulturpolitik ist der Begriff des Medienskandals mit allen zugehörigen Auswirkungen somit durchaus angebracht. Die moralische Verwerflichkeit war hierbei die gedankliche Loslösung der Landesregierung von der Bedeutung des kulturellen Erbes des Landes als Aspekt der kulturellen und politischen Bildung, der Landschaftsentwicklung und Wirtschaft in

[56] Burkhardt, Medienskandale. Koch-Baumgarten, Voltmer, Policy matters, 303-304, 312.

[57] Pfertsch, Perc, Die Medien als Akteure und Instrumente im politischen Prozess, 43. Koch-Baumgarten, Voltmer, Policy matters, 303-305.

[58] Die folgenden Informationen zu den kulturpolitischen Gegebenheiten in Deutschland folgen Klein, Kulturpolitik.

[59] <http://dreifuerrwuppertal.de/wp-content/uploads/2013/04/AKM-Bericht-Eckpunkte-Kultur%C3%B6rdergesetz.pdf>

NRW. Der Skandal entwickelte sich aus einem schleichenden, langfristigen Wandel – den zunehmenden Kürzungen der letzten Jahre –, der in einer plötzlichen Strukturkrise – der Streichung der Gelder auf Null – mündete. Bis dahin weitgehend akzeptierte divergierende Interessen zwischen den Wissenschaftlern, Bürgern und der Landesregierung wurden so immanent, dass der Konflikt offen ausbrach und von Seiten der Wissenschaft keinen Kompromiss mehr zuließ, da es nunmehr um die direkte Gefährdung der archäologischen Forschung in Nordrhein-Westfalen und ungerechtfertigte Verteilung der Verantwortung für diesen kulturellen Faktor ging. Die Wissenschaftler mobilisierten die Medien, um ihre Anliegen zu kommunizieren und öffentlichen Druck als einzig mögliche Machtressource gegen ein scheinbar übermächtiges und unbeeinflussbares Gegenüber aufzubauen. In dem sich schnell entfaltenden Medienfeedback wurde die Regierung zum moralischen Antihelden. Zu Wort kamen dabei in den großen Zeitungen und Fernsehberichten die Wissenschaftler, aber auch Richter als Vertreter der Justiz, Bundeskulturminister Neumann und Kanzlerin Merkel als politische Akteure sowie zahlreiche Privatpersonen, die als Inhaber von denkmalgeschützten Gebäuden oder Arbeitnehmer im Wissenschafts-, Tourismus- oder Handwerksbereich persönlich betroffen waren. Im Verlauf des Skandals wurde deutlich, dass die Grenzen legitimierbarer und öffentlich vermittelbarer politischer Entscheidungen sich verschoben hatten und nicht mehr nur durch wirtschaftliche Interessen vertretbar sind, wenn Kultur und Bildung dauerhaft und in großem Maße darunter leiden. Stattdessen wird zunehmend Wert auf die Berücksichtigung der Meinung und die Teilhabe der Bürger gelegt, die Durchsetzungsfähigkeit der politischen Akteure ist den aktuellen gesellschaftlichen Wandlungen stark unterworfen. Dies macht u.a. die Vielzahl an politischen Petitionen im Internet deutlich. Längst nicht alle davon können so eine breite mediale Begleitung verzeichnen, wie die Kürzungen in Nordrhein-Westfalen, was wiederum den moralischen Wert dieses Themas für die Bürger aufzeigt. Gerade Skandale in sonst eher randständigen Feldern wie der Kulturpolitik können zudem auch zu neuen gesellschaftlichen Wertmaßstäben und Deutungsmustern und damit zu einer gänzlichen Neuformierung politischer Legitimation führen. Dass gerade das Web 2.0 als Möglichkeit des Zuhörens und der Meinungsforschung hierbei von Seiten der politischen Entscheidungsträger noch unterschätzt wird, zeigt die geringe Aufmerksamkeit, die die Idee der aktiven politischen Online-Partizipation in Deutschland noch immer bekommt. Die ersten Schritte auf dem Weg zu einer solchen gehen wiederum von Seiten der Bürger aus, die über Online-Petitionen, Blogs oder soziale Netzwerke ihre Meinungen kundtun.

Die Aufgabe der Medien beinhaltet es auch, die Seite des Antihelden darzustellen, um die Öffentlichkeit so breitgefächert wie möglich zu informieren und auf dieser Basis zu einer Meinungsbildung anzuregen. Entsprechende Stellungnahmen und Erklärungen von Seiten der Landesregierung Nordrhein-Westfalens sowie Offenheit für Diskussionen wären hierfür notwendig gewesen. NRW zeigte sich trotz der öffentlichen Entrüstung auch im Wahljahr 2013 dafür nicht bereit. Während der medialen Hochphase des Skandals im März und trotz des raschen Wachstums der zugehörigen Online-Petition von März bis Juni auf über 27.000 Unterschriften, gab es auch nur wenige offizielle Stellungnahmen zum Thema. Wenn aber, wie im vorliegenden Fall, nur eine Seite öffentlich kommuniziert, ist es dem Publikum nicht möglich, alle Argumente gründlich abzuwägen. Die Meinungsbildung kann dann nur entsprechend den Argumenten einer Seite ausfallen und das erst recht, wenn das Thema nicht durch journalistische Enthüllungen, sondern von außen in die Medien eingebracht wurde. Wenn sich zudem nicht nur die Betroffenen und die Medienvertreter selbst, sondern auch Bürger und Experten verschiedener Fachrichtungen äußern, das Vertrauen in die Politik jedoch primär von der medialen Darstellung abhängig ist, muss es politisches Anliegen sein, entsprechend zu argumentieren. Sowohl bei der Übergabe der Petition als auch bei der Verabschiedung des Haushaltes für 2014 wurde hingegen von Seiten der Landtagssprecher noch einmal darauf hingewiesen, dass die Umstellung auf Darlehen geplant sei und dass man sich durch schlichten öffentlichen und politischen legitimatorischen Druck keineswegs umstimmen ließe. Bezug wurde dabei wohl auf die Äußerungen von Kulturstatsminister Neumann und Kanzlerin Merkel genommen, die beide Mitglieder der CDU sind und damit direkte Gegner der rot-grünen Landesregierung im Wahljahr. Anstatt der Bedeutung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit als einem Gut des Volkes, standen anscheinend wirtschaftliche Interessen und der Kampf um politische Macht im Zentrum dieser politischen Entscheidung. Auf dem Weg zur Postdemokratie^[60] tritt die Meinung der Bürger gegenüber jener ausgewählter Experten der Wirtschaft scheinbar in den Hintergrund. Die immer häufigeren Medienskandale um den Wutbürger und sein Aufbegehren gegen politische Dominanz – das wiederum durch die demokratischen Aspekte des Web 2.0 neuen Zulauf erfährt – machen jedoch deutlich, dass diese Form der politischen Macht kritisiert und als den moralischen Prinzipien der Demokratie entgegenstehend betrachtet wird. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat die Entscheidung über die Kürzung eines wesentlichen Teils der Kultur- und Bildungslandschaft ohne fachliche Beratung getroffen und dafür ein stark negatives Feedback bekommen, welches bei den Verantwortlichen anscheinend primär auf Unverständnis und Ignoranz traf. Sie rief damit eine Mobilisierung auf den Plan, die in ihrer demokratischen Ausrichtung einen Widerstand gegen die derzeitige Tendenz zur Postdemokratie darstellt.

Archäologie als Faktor

Die angekündigten Kürzungen der Gelder für die Denkmalpflege in Nordrhein-Westfalen rief nicht nur von Seiten der Wissenschaft, sondern auch der Bevölkerung und der Medien als ihrer Stimme einen wahren Medienskandal auf den Plan, der Zeitungen, Fernsehen, Radio und Internet involvierte. Die Zielgruppe der Medienberichterstattung war zuvorderst die Öffentlichkeit, wie die vorgebrachten Argumente verdeutlichen. Es wurde aufgezeigt, dass für Archäologie und Geschichte der Mensch – der Moderne und der Vergangenheit – stets im Mittelpunkt steht, seine Probleme, sein Alltag, seine Gefühle und Hoffnungen, sodass es nicht verwunderlich ist, dass eine kulturpolitische Kampfansage gegen diese Gesellschaftswissenschaften als ein Vorgehen gegen die Gesellschaft und die Identität des eigenen Landes verstanden wurde. Mit der Selbstfinanzierung von Forschung durch selbst erwirtschaftete Einkünfte als Bemessungsgrundlage für deren Wert werden der Wissenschaftslandschaft Deutschlands jedoch viele Voraussetzungen für die gesellschaftliche Orientierung genommen – und auch darüber hinaus. Die Forschung selbst wird darunter leiden, es wird kaum noch möglich sein, den fachlichen Nachwuchs auszubilden oder Grabungen durchzuführen. Die Geschichte ist kein in Stein gemeißeltes Gedächtnis, aus dem jeder zu jeder Zeit dasselbe lernen kann. Häufig muss gerade die Archäologie die Sprache dieses Gedächtnisses noch entschlüsseln. Auch werden die Kürzungen das Aussehen des Landes verändern. Kultur und Geschichte sind wichtig für die Standortattraktivität, für das Verständnis kultureller Eigenarten, für die Entwicklung Deutschlands. Zudem haben die historischen Wissenschaften Anteil an Wirtschaft und Tourismus. Doch auch diese finanziellen Argumente waren für die Entscheidungsfindung der nordrhein-westfälischen Landesregierung scheinbar nicht gewichtig genug oder wurden nicht bedacht, denn wenn in den Bemessungsspielraum des Politiksystems jede Person oder Gruppe nur so lange eingewoben wird, wie sie im «Medium» der Macht kommuniziert und alles übrige nicht wahrgenommen wird, scheinen die Verantwortung für die kulturelle Bildung und deren gesellschaftlicher Wert nur diesem Rauschen anzugehören. Eine gegenteilige Botschaft lieferte zum einen die Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte mit ihrer Online-Petition, zum anderen äußerten sich auch Vertreter der bundesdeutschen Regierung und anderer Länder und warnten davor, dass das Ansehen Nordrhein-Westfalens und Deutschlands als Kulturnation unter einer solchen rein wirtschaftlichen Entscheidung leiden wird. «Es stellt sich die Frage, ob ein Land, das sich in Technologie und Medizin zur Weltspitze zählt, nicht langfristig seine Position und sein Ansehen aufs Spiel setzt, wenn es in den Geistes- und Sozialwissenschaften international kaum mehr präsent ist. [...] Staatlich finanzierte Kultur- oder Tourismuswerbung allein genügt nicht,

[60] Crouch, Postdemokratie.

um das Ansehen eines Landes auf internationaler Ebene zu fördern. [...] Es dürfte im Übrigen auch fraglich sein, ob eine hochstehende Wissenschafts- und Forschungskultur insgesamt auf Dauer nachhaltig erhalten werden kann, wenn ein wesentlicher Teil, d.h. die Geistes- und Sozialwissenschaften, vernachlässigt wird. [...] Man hat heute vielleicht allzu sehr vergessen, dass sich die modernen Staatswesen dank der kritischen Kompetenz der – übrigens immer international vernetzten – Gesellschaftswissenschaften durchzusetzen vermochten. Mit der Relegation der Geistes- und Sozialwissenschaften auf eine untergeordnete Dienstleistungsebene wird letztlich das moderne Staatsverständnis sabotiert.»^[61]

Doch trotz des großen Feedbacks hat sich die Regierung Nordrhein-Westfalens erst mit der Verabschiedung des Haushaltes im September gegenüber der DGUF – und wohlgemerkt nicht gegenüber der Öffentlichkeit – zu Wort gemeldet. Bei der Übergabe der Petition Anfang Juli erinnerte die DGUF Landtagspräsidentin Carina Gödecke und Michael Groschek, den zuständigen Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, daran, dass Kulturgüter der Menschheit gehören und dass das Land eine Verantwortung trägt, die weit über die Landesgrenzen hinausgeht. Frau Gödecke wies diese Sichtweise zurück - die Landespolitik müsse sich zunächst um NRW kümmern. Die genannten wirtschaftlichen Aspekte – Standort, Kulturlandschaft, Tourismus – betreffen dabei jedoch primär Nordrhein-Westfalen und erst in zweiter Hinsicht die Bundesrepublik. Wie der Haushalt zeigt, blieb es bei dieser Meinung, an den Kürzungen wurde festgehalten, obwohl die genannten wirtschaftlichen Aspekte primär Nordrhein-Westfalen selbst betreffen.

Gerade Entscheidungen bezüglich der Erhaltung und Bedeutung von Denkmälern riefen in den letzten Jahren immer wieder den Ärger der Bevölkerung, die sogenannten Wutbürger auf den Plan. Stuttgart 21 und die Waldschlösschenbrücke in Dresden sind zwei Beispiele, die nun um die medial wieder stark kommentierten Kürzungen der Denkmalpflege in Nordrhein-Westfalen ergänzt werden. Den Menschen sind die Bauten und Erkenntnisse um ihre Vergangenheit von Bedeutung. Sie legen Wert auf Kultur und Bildung als festen Bestandteil ihres Lebens, der dieses und den Alltag zu verschönern und um Erkenntnisse zu bereichern vermag. Daneben tritt der auch durch die Neuen Medien zunehmend bedeutendere Aspekt der Teilhabe an politischen Entscheidungen in den Mittelpunkt, vor allem, wenn er das direkte Lebensumfeld betrifft. Für die Regional- und Landespolitik sind über rein wirtschaftliche Gründe hinausgehende Entscheidungen demnach von großer Wichtigkeit, um sich des Wohlwollens der Bürger zu versichern.

Autorin:

Kristin Oswald M.A.

Widmet sich dem Wissenschaftsmarketing ; in der Online-Redaktion von Kulturmanagement Network tätig.

Promoviert über mediale Kommunikation in der Antike.

Literatur

- Arendes Cord (2007), Zwischen Erinnerungslast und Erinnerungslust. Die geschichtspolitische Selektionsfunktion der Medien in zeitgeschichtlichen Debatten, in Koch-Baumgarten, Sigrid/Mez, Lutz (Hrsg.), Medien und Policy. Neue Machtkonstellationen in ausgewählten Politikfeldern. Frankfurt a. M. 177-196.
- Assmann Jan (1997), Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München.
- von Beyme Klaus (1998), Kulturpolitik und nationale Identität. Studien zur Kulturpolitik zwischen staatlicher Steuerung und gesellschaftlicher Autonomie, Opladen/Wiesbaden.
- Böckenförde Ernst-Wolfgang (2003), Die Bedeutung der Geisteswissenschaften im politischen Leben, in Florian Keisinger (Hrsg.), Wozu Geisteswissenschaften? Kontroverse Argumente für eine überfällige deutsche Debatte, Frankfurt. 48-51, 48.
- Burkhardt Steffen (2006), Medienskandale. Zur moralischen Sprengkraft öffentlicher Diskurse, Köln.
- Crouch Colin (2008), Postdemokratie, Bonn. <http://www.bpb.de/apuz/33562/postdemokratie>.
- von Daele Wolfgang, Neidhardt Friedrich (1996), «Regierung durch Diskussion» – Über Versuche, mit Argumenten Politik zu machen, in: Wolfgang von Daele/Friedrich Neidhardt (Hrsg.), Kommunikation und Entscheidung. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren, Berlin. 9–50.
- Fritzsche Marc (1992), Museum, in: Anja Besand, Wolfgang Sander (Hrsg.), Handbuch Medien in der politischen Bildung, Schwalbach. 310-319.
- Hobsbawm Eric, Ranger Terence (1992), The Invention of Tradition, Cambridge.
- Klein Armin (2009), Kulturpolitik. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Koch-Baumgarten Sigrid, Voltmer Katrin (2009), Policy matters. Medien im politischen Entscheidungsprozess in unterschiedlichen Politikfeldern, in F. Marcinkowski & B. Pfetsch (Hrsg.), Politik in der Mediendemokratie (= Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 42), Wiesbaden. 299-319.
- Kübli Beatrice (2007), Wissenschaft als Hilfsdienst der Wirtschaft? Interview mit Prof. Dr. Hans-Ulrich Jost, SAGW 4. 33-36.
- Mai Manfred (2008), Macht und Gegenmacht. Zum Verhältnis politischer und medialer Macht, in: Michael Jäckel, Manfred Mai (Hg.), Medienmacht und Gesellschaft. Zum Wandel öffentlicher Kommunikation, Frankfurt am Main. 123-145.
- Michniewicz Marta (2010), Bürgerjournalismus in der digitalen Öffentlichkeit: Die politische Rolle von Blogs in der gegenwärtigen Zeit, Hamburg.
- Nolte Paul (2003), Geschichtswissenschaft, in: Florian Keisinger (Hrsg.), Wozu Geisteswissenschaften? Kontroverse Argumente für eine überfällige deutsche Debatte, Frankfurt. 96-108.
- Pfetsch Barbara, Perc Dejan (2004), Die Medien als Akteure und Instrumente im politischen Prozess – Mediatisierung und Inszenierung von Politik. In: Peter Massing (Hg.), Mediendemokratie, Schwalbach. 34-49.
- Röder Brigitte (2010), «Schon Höhlenmänner bevorzugten Blondinen». Gesellschaftliche und politische Funktionen der Urgeschichte im Spiegel von Medientexten, in: Hans-Joachim Gehrke, Miriam Senecheau (Hg.), Geschichte, Archäologie, Öffentlichkeit. Für einen neuen Dialog zwischen Wissenschaft und Medien. Standpunkte auf Forschung und Praxis, Bielefeld. 79-102.
- Rüpke Jörg (2003), Altertumswissenschaften, in: Florian Keisinger (Hrsg.), Wozu Geisteswissenschaften? Kontroverse Argumente für eine überfällige deutsche Debatte, Frankfurt. 117-123.

[61] Interview mit Prof. Dr. Hans-Ulrich Jost, SAGW 4, 2007, 33-36.

Politik und Wirtschaftlichkeit versus Denkmalpflege ?

Dr. Andrea Hampel

Die Stadtarchäologie in Frankfurt am Main

Die Stadt Frankfurt am Main gehört zu den größten Städten Deutschlands. Mit rund 700 000 Einwohnern erstreckt sich das Stadtgebiet auf rund 250 qkm Fläche und ist damit im Vergleich mit anderen Großstädten bemerkenswert klein. Gleichwohl hat Frankfurt das höchste pro Kopf Bauvolumen in der gesamten Bundesrepublik. Jedes Jahr werden über 2500 Bauanträge im Baugenehmigungsverfahren gestellt, dazu kommen Hunderte von Straßen- und Kanalbauarbeiten.

Ein städtisches Denkmalamt mit insgesamt 14 Mitarbeitern wacht über den Schutz und die Pflege von Kulturdenkmalen gemäß Hess. Denkmalschutzgesetz. Anders als die für Alle sichtbaren Kulturdenkmale der Bau-, Garten- und Kunstdenkmalpflege, sind die archäologischen Denkmäler deutlich weniger im öffentlichen Bewusstsein verankert. Vielfach herrscht die Meinung vor, dass in Mitteleuropa – Ausnahme Griechenland – keine oder zumindest keine nennenswerten archäologischen Denkmäler vorhanden sind. Damit geht die Vorstellung einher, dass demnach auch keine oder keine nennenswerten Kulturdenkmäler zerstört werden können.

Weiterhin werden in der Regel mit der Archäologischen Denkmalpflege und der Archäologie im Allgemeinen langwierige und kleinteilige Massnahmen verbunden. Diese Auffassung wird geprägt durch die zahlreichen archäologischen Themen in den Medien, allen voran die diversen Fernsehsendungen. Für den interessierten Zuschauer ist natürlich nicht erkennbar, dass hier in der Regel keine Ausgrabungen einer archäologischen Denkmalpflege präsentiert werden sondern Forschungsgrabungen unter völlig anderen Rahmenbedingungen.

Die Stadt Frankfurt hat sich bereits 1991 durch die Bildung eines unabhängigen Denkmalamtes, vorher ein Referat, zum Schutz ihrer Kulturdenkmale bekannt. Von den 14 Mitarbeitern sind 5 für Bodendenkmäler zuständig. Es handelt sich um eine Wissenschaftlerin, eine Grafikerin, 2 Grabungstechniker sowie einen Restaurator/Grabungstechniker.

Gleichwohl es im Hessischen Denkmalschutzgesetz Aufgabe der Fachbehörde ist, Ausgrabungen durchzuführen, stellt die Stadt Frankfurt einen eigenen Grabungsetat zur Verfügung. Dieser kann freihändig vergeben werden, dadurch können kurze Eingriffszeiten möglich gemacht werden.

Durch die Zuordnung zu den bauenden Ämtern wird die Denkmalpflege auch für alle Antragsteller sichtbar von einer als freiwillig eingeschätzten Kultureinrichtung entkoppelt und ist gleichzeitig fest im Bewusstsein der politischen Vertreter – etwa im Planungsausschuss, aber auch beim zuständigen Dezernenten verankert. Durch die Stellungnahmen im Baugenehmigungsverfahren werden die formulierten Bedingungen rechtlich sicher gestellt und haben aufschiebende Wirkung - ein bedeutendes Werkzeug zur Durchsetzung der denkmalpflegerischen Belange. Große Bedeutung kommt auch den Stellungnahmen im Rahmen der Bauleitplanung zu, da sich hiermit frühzeitig alle Beteiligten, d.h. private Bauherrschaften, aber auch städtische Planungen auf eventuelle denkmalschutzrechtliche Maßnahmen einstellen können.

Hessen ist in seinen Städten und Gemeinden nur sechsmal mit archäologischem Fachpersonal vertreten, 30 weitere Untere Denkmalschutzbehörden werden nicht durch Fachpersonal vor Ort betreut.

Welcher Verlust an Kulturdenkmälern dadurch entsteht, kann anhand der Frankfurter Zahlen ermessen werden: im Jahr 2012 sind bei 2718 eingereichten Bauanträgen in 191 Fällen archäologische Denkmäler betroffen gewesen.

Die Bausummen haben für diese Projekte insgesamt über 160 Mio. Euro betragen. Dadurch wird deutlich, dass die Verpflichtung einer Bauherrschaft zur gesetzlichen Voruntersuchung zu ihren Lasten keineswegs den Etat über Gebühr belastet, zumal die Maßnahme in der Regel das Abschieben des Mutterbodens beinhaltet und damit ohnehin für die Antragsteller verpflichtend, bauseits geplant und notwendig ist.

Die Voruntersuchungen und die gegebenenfalls anschließende Ausgrabung trägt das Denkmalamt und hat in keinem Fall zu einer Bauverzögerung geführt.

Gleichzeitig sind die archäologischen Mitarbeiter gehalten eine wissenschaftliche, aber zügige Abwicklung zu gewährleisten. Selbstverständlich muss die Untere Denkmalschutzbehörde in der Archivierung für alle Fundstellen sowohl den Charakter, die genaue Lage, die Ausdehnung, Qualität und Datierung erfassen, Aktualität ist Pflicht.

Eine gut organisierte Bodendenkmalpflege, die geräuschlos und ohne nennenswerte Belastung für die Bauherrschaften arbeitet, widerspricht jedoch der allgemein kolportierten Meinung zur Arbeit der Archäologischen Denkmalpflege und wird überraschenderweise auch von Seiten der Betroffenen entsprechend formuliert, die es eigentlich besser wissen sollten. Gerade überregional arbeitende Investoren und Architekten berichten häufig von unkoordiniertem und langwierigem Handeln der Ausgräber.

Warum ist das so ?

Ein Grund liegt sicher in der fehlenden Ausstattung der Unteren Denkmalschutzbehörden, aber Bauherrschaften und Auftraggeber sind nicht immer erfahrene „Baulöwen“, gerade Einzelbaumaßnahmen sind häufig für die Bauherrschaften ein einmaliges Erlebnis. Um die Baukosten möglichst gering zu halten, werden kaum erfahrene Bauleiter eingesetzt und der billigste Anbieter macht das Rennen. Daraus resultiert häufig ein holpriger Bauablauf, Zeitverschiebungen und Versäumnisse in der Genehmigungsvorlage. In der Regel werden, aus nachvollziehbaren Gründen, bauseits zu verantwortende Versäumnisse kaum verbal weitergegeben. In fast allen Fällen werden die „langwierigen“ archäologischen Untersuchungen ins Feld geführt, wenn Erklärungen für längere Bauzeiten gesucht werden. Dies ist auch subjektiv dem Zuhörer einleuchtend, schließlich hat er einen durch den Einsatz von Zahnarztbesteck geprägten Fernsehbericht vor Augen.

Die zuständigen Behörden haben kaum die Möglichkeit dem entgegen zu treten, zwar ist das Gegenteil anhand des Grabungstagebuchs leicht belegbar, wird aber als Schutzbehauptung der Behörden interpretiert.

In der Praxis haben diesbezüglich auch Aufklärungskampagnen nichts gefruchtet, da sie als „Schönfärberei“ abgetan wurden – schließlich weiß man es ja besser.

Auf Seiten der Ausgräber ist fest zu halten, dass die Ausbildung zum Archäologen in der Regel an der Praxis der Denkmalpflege vorbei geht. Während des Studiums wird den Studenten zwar ein fundiertes archäologisches Wissen vermittelt, die praktische Umsetzung jedoch nur im Rahmen von Forschungsgrabungen oder schlimmstenfalls gar nicht. Die neuen Studienordnungen mit einem eher verschulden Programm und andersartigen Studiengängen und -abschlüssen haben die Situation in dieser Hinsicht weiterhin verschlechtert. Kaum ein studentischer Praktikant, der schon einmal ein

Denkmalschutzgesetz gelesen hat.

Die sichere Handhabung eines Landesgesetzes ist aber unabdingbare Voraussetzung für eine funktionierende Bodendenkmalpflege und der erste Schritt zu einer gesetzeskonformen, einheitlichen Handhabung mit dem Ziel, die Möglichkeiten des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege auszuschöpfen. Jede Ausgrabung ist nur die zweitbeste Variante gegenüber dem unberührten Erhalt. Allerdings ist im Gesetz ausdrücklich und völlig zu Recht der Abwägungsprozess gegebenenfalls widerstreitender Interessen verlangt.

Nicht umsonst kennt die archäologische Denkmalpflege nur die „Notbergung“, eine unumgängliche Ausgrabungsmaßnahme nach gängigen wissenschaftlichen Methoden, aber ohne freie Platz- oder Terminwahl.

Archäologische Denkmalpflege ist grundsätzlich in ihrem Tun fremdbestimmt. Es werden Kulturdenkmäler via Voruntersuchung geprüft, die von einer Zerstörung bedroht sind. In der Mehrzahl der Fälle muss dieser Zerstörung im gesetzlich festgelegten Abwägungsprozess stattgegeben werden. Dieser Abwägungsprozess lässt den Behörden jedoch keine Auswahl weder bei der Flächengröße noch der Zeitstellung des Denkmals und wenig Gestaltungsmöglichkeit bei Zeitdauer und Beginn der Ausgrabung.

Planung und Organisation sind ebenso wie geschultes und erfahrenes Personal unabdingbar.

Bei Allem ist nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass Ausgraben nur ein Teil der Arbeit ist. Da es sich bei einer archäologischen Ausgrabung ebenfalls um eine Zerstörung, wenn auch um eine kontrollierte Zerstörung von Kulturdenkmälern handelt, ist einmal größte Sorgfalt geboten, gleichzeitig ist jeder Ausgräber verpflichtet, seine Ergebnisse schriftlich nieder zu legen. Dabei kann es sich bei der Fülle der Maßnahmen meist nur um einen Vorbericht handeln, der jedoch alle Befunde und Funde sowie ein wissenschaftliches Ergebnis beinhalten muss. Tonnenweise liegt Fundmaterial in den Archiven, geborgen bei Notbergungen und ohne abschließenden wissenschaftlichen Bearbeiter! Diese Bearbeitung ist in aller Regel auch nicht in Sicht, Abschlussarbeiten zum Bachelor z.B. bieten aufgrund ihres geringen Umfangs kaum die Möglichkeit zur Aufarbeitung; Dissertationen bevorzugen häufig aktuelle Forschungsgrabungen. Um Forschungsgelder über Drittmittel zu akquirieren, sind in der Regel überregionale Fragestellungen aussichtsreich, die nur in ausgewählten Einzelfällen auch Grabungsergebnisse einer archäologischen Denkmalpflege beinhalten.

Während sich die präventive Information der Bauherrschaften nicht bewährt hat, stellt die Öffentlichkeitsarbeit einen entscheidenden Baustein für die dauerhafte Sicherung archäologischer Arbeit dar.

Gerade weil Archäologie in den letzten Jahren einen deutlich höheren Stellenwert und eine bessere Präsenz in den Medien hat, ist es wichtig auf die heimische Archäologie zu verweisen.

Dabei geht es nicht um die Werbung für Verständnis denkmalpflegerischen Handelns. Natürlich ist es angenehm für alle Beteiligten und es entsteht eine freundliche Arbeitsatmosphäre, wenn die Betroffenen interessiert oder gar begeistert sind. Die Verpflichtung zur Einhaltung der denkmalschutzrechtlichen Maßnahmen muss aber als Selbstverständlichkeit, d.h. unter Umständen auch als ungeliebte Pflicht, vielleicht sogar ohne jegliche Akzeptanz der Betroffenen, verankert sein.

Diese Notwendigkeit und das öffentliche Interesse müssen im politischen Raum ausdrücklich betont und ohne jeglichen Zweifel vertreten werden, eine dauerhafte Unterstützung mit dem deutlichen Bekenntnis zum Erhalt der Denkmäler ist notwendig. Im Gegenzug kann die öffentliche Präsentation von Grabungsergebnissen die weitgefächerte und umfassende Qualität von politischen Entscheidungen, d.h. als eine Politik, die allen Vorgaben Rechnung trägt, deutlich machen und befördern.

In Frankfurt am Main ist die archäologische Denkmalpflege mit ihren Ausgrabungsergebnissen seit Jahrzehnten fester Bestandteil nicht nur im Baugenehmigungsverfahren sondern auch in den Köpfen der Politiker, egal welcher Parteizugehörigkeit. Es ist für unsere Arbeit von besonderer Bedeutung im Rahmen von Ortsterminen archäologische Grabungsergebnisse oder archäologische Publikationen auf politischer Ebene zu präsentieren.

Damit geht aber auch ein Vertrauensverhältnis einher, dass die notwendigen Rahmenbedingungen erhalten bleiben. Dies heißt einerseits eine Erhaltung der Personal- und Ausgrabungsmittel, aber auch flexible Reaktion auf große, teure und renommierte Bauvorhaben mit entsprechendem Einsatz. Gleichzeitig werden mit den festen Mitarbeitern dauerhaft Ansprechpartner für eine frühzeitige Planungssicherheit geboten. Dies führt in der Praxis zu einer zügigen Abwicklung der archäologischen Maßnahmen, einer rechtzeitigen Organisation der Bauherrschaften und zu rechtsverbindlichen Genehmigungen – kurz: es spart Zeit und Geld, ein hohes Gut im Baugeschäft.

Frankfurt am Main mit seinem enormen Bauaufkommen kann als Beispiel einer Kommune gelten, die ihre wirtschaftliche Attraktivität keinesfalls durch eine funktionierende Denkmalpflege verliert, dies gilt sowohl für die Boden- als auch für die Baudenkmalpflege. Es wird der Beweis erbracht, dass archäologische Denkmalpflege kein Hemmschuh für eine moderne und wirtschaftliche Stadtentwicklung ist. Voraussetzung ist ohne Frage ein politischer Wille zum Denkmalschutz, die Städte und Gemeinden haben auch Vorbildfunktion. So wie sie mit städtischen Baumaßnahmen agieren, soll und muss es auch ein privater Bauherr tun. Fest angestelltes Fachpersonal ist eine Grundvoraussetzung.

Zu teuer ?

In Frankfurt sind 5 Personen von rund 10.000 Mitarbeitern also 0,05 % in der Bodendenkmalpflege tätig und es gibt einen Grabungsetat von rund 150 000 Euro bei einem städtischen Etat von über 3 Milliarden Euro. Prozentual angepasst an die Gegebenheiten in anderen Städten und Kommunen sollte dieser Einsatz zu Schutz und Pflege von archäologischen Denkmälern, also zum Schutz unserer Geschichte, überall möglich sein.

Autorin:

Dr. Andrea Hampel

Leiterin Denkmalamt der Stadt Frankfurt am Main; Leiterin Archäologische Denkmalpflege, Frankfurt am Main (Deutschland)

Literatur

- Denkmalamt Frankfurt (Hrsg.) (2012), Denkmalschutz und Denkmalpflege in Frankfurt am Main, Beiträge zum Denkmalschutz in Frankfurt am Main 18.
- Hampel Andrea (2009), Archäologie in Frankfurt am Main 2002 – 2006. Beiträge zum Denkmalschutz in Frankfurt am Main 15.
- Hampel Andrea (2009), Archäologie in Frankfurt am Main 2007 – 2011. Beiträge zum Denkmalschutz in Frankfurt am Main 18 (im Druck).

Relikte der Schwerindustrie - ein unbequemes Erbe...

Dr. Detlef Hopp

In den letzten Jahren konnte die Stadtarchäologie Essen den Beweis erbringen, dass die Archäologie in der Lage ist, grundlegende neue Erkenntnisse auch in die Forschung des 19./20. Jahrhunderts einzubringen. Seien es in Vergessenheit geratene Relikte industrieller Anlagen, nicht mehr bekannte Luftschutzeinrichtungen oder Hinterlassenschaften aus der Zeit des 2. Weltkrieges (Hopp 2011).

Dieser Zugewinn an Erkenntnissen wird der Archäologie aber eher für die weiter zurückliegenden Epochen zugestanden und dies umso mehr, je weniger schriftliche Zeugnisse als Quellen für die Forschung erhalten geblieben sind.

Eher traditionell sind die weiteren Felder einer Stadtarchäologie, welche beispielsweise auch in Essen in den letzten Jahren viele bemerkenswerte Mosaiksteine erbrachten, die allmählich „Forschungslücken“ zu schließen helfen: Da in Essen durch die Industrialisierung, die Kriegszerstörungen, den folgenden Wiederaufbau und durch den Strukturwandel sehr viel archäologische Substanz zerstört wurde, gingen auch zahllose Spuren in dieser, an Archäologie einst so reichen Stadt, unbeobachtet verloren. Noch immer fehlen in Essen beispielsweise jungsteinzeitliche Siedlungsplätze, wie sie in den Nachbarstädten Bochum und Dortmund bereits ausgegraben wurden. Aus Essen sind bisher nur „magere“ Siedlungsspuren dieser Epoche bekannt. Die in den letzten Jahren dokumentierten Siedlungsspuren und die bei archäologischen Aktivitäten in der Innenstadt und im Essener Süden entdeckten Objekte aus der Bronze – und der Eisenzeit sowie der römischen Kaiserzeit lassen vermuten, dass auf Essener Stadtgebiet bereits zu dieser Zeit ein relativ dichtes Netz an Gehöften und Ansiedlungen mit den dazu gehörenden Begräbnisplätzen existierte. Aber auch hier steht die Forschung noch in den Anfängen. Als weiterer Schwerpunkt der Arbeit der Archäologie in Essen ist neben dem 19./20. Jahrhundert das Mittelalter mit einigen bedeutenden Ausgrabungen - so an der Abtei in Werden (2010/11) - zu nennen.

Insgesamt wäre es wünschenswert, dass auch die universitäre Forschung, jenseits der Grenzen eines Landschaftsverbandes, das Ruhrgebiet als Forschungsthema neu entdecken würde.

Besonders aber die industriellen Hinterlassenschaften der Schwerindustrie im Boden - wie sie für Essen am Beispiel von Krupp für Essen gezeigt werden können - spielen an der Ruhr eine große Rolle. Gerade beim Umgang mit den Zeugnissen der Schwerindustrie, die vielerorts immer noch unbeobachtet zu verschwinden drohen, trägt das Ruhrgebiet eine ganz besondere Verantwortung. In diesem durch die rasante Industrialisierung geprägten Raum fanden viele technische Entwicklungen statt, deren Spuren aber aufgrund des Strukturwandels immer mehr „verschwinden“.

Die Essener Stadtarchäologie hat früh versucht - auch aus fachlicher Sicht – einen Umgang mit diesem unbequemen Erbe zu finden. Dass dabei die häufig anzutreffende Kontamination der Böden ganz besondere Vorgehensweisen erfordert, fand von Anfang an mit Berücksichtigung.

Das große öffentliche Interesse, das sich u.a. in der Berichterstattung der Tagespresse zu diesem Thema, zwei bisher durchgeführten wissenschaftlichen Kolloquien dazu (Hopp 2004.2; Przybilla/Grünkemeier 2009) oder beispielsweise mit den hohen Besucherzahlen bei Ausstellungen zu Themen des 19./20. Jahrhunderts wie 2011/12 die Ausstellung „200 Jahre Krupp. Ein Mythos wird besichtigt.“ im Ruhr Museum belegen lässt, zeigt die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges.

Schon 2001 wurden in Essen erstmals industriearchäologische Relikte durch die Stadtarchäologie auf dem Gelände der ehemaligen Krupp-Werke dokumentiert: Friedrich Krupp (1787-1826) gründete 1811 in Essen-Altenessen die Firma *Friedrich Krupp zur Verfertigung des Englischen Gussstahls und aller daraus resultierenden Fabrikate*. Im Winter 1819/20 verlegte er die Fabrik an die Altendorfer Straße, westlich der Essener Innenstadt. Nach dem schwierigen Beginn nahm das Werk unter seinem Sohn Alfred (1812-1887) einen rasanten Aufschwung, so dass gut 100 Jahre später die Gussstahlfabrik eine Fläche von circa 500 Hektar einnahm. Im 2. Weltkrieg wurde sie stark beschädigt mit der Folge, dass das über viele Jahrzehnte genutzte Industrieareal an der Altendorfer Straße über einen langen Zeitraum in großen Teilen brach lag.

Bei der Erfassung der Befunde auf dem alten Werksgelände stießen die Archäologen anfangs sehr schnell an die Grenzen ihrer Möglichkeiten (Hopp/Khil 2004: 96-97). Auf dem Areal der ehemaligen Gussstahlfabrik wurden auch Großbaumaßnahmen, wenn möglich, immer dann durch die Stadtarchäologie begleitet, wenn Bodeneingriffe in Werksteilen stattfanden, die im Kernbereich des Werkes lagen, also besonders alt waren, oder zu Arealen zählten, in denen technische Prozesse und Verfahren erstmals angewandt oder weiterentwickelt worden waren.

Es zeigte sich dabei vor allem, dass mit einer herkömmlichen archäologischen Aufnahme die Befunde nicht den Bauprozessen angemessen und vor allem zügig genug erfasst werden konnten. So wurden mit der Unterstützung des Landschaftsverbandes Rheinland, dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, der Stadt Essen, dem ThyssenKrupp-Konzern, dem Historischen Archiv Krupp und von Geodäten der Hochschulen Bochum und Mainz Vorgehensweisen (u.a. *Laserscanning, Photogrammetrie, Orthophotos*) entwickelt, die bei guten Bedingungen industriearchäologische Befunde sogar während des laufenden Bauprozesses erfassen lassen (Boochs 2011; Hopp, 2004.2; Hopp/Mesenburg/Przybilla 2003, Przybilla/Grünkemeier 2009).

In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung zu wissen, dass zumindest im näheren Umfeld, im Ruhrgebiet, zur gleichen Zeit Relikte, insbesondere des 19. Jahrhunderts und jüngerer Zeit, praktisch völlig unbeobachtet verloren gingen (Hopp, 2004.2; Hopp 2009; Hopp 2011). Erst in jüngerer Zeit werden gezielter frühindustrielle und andere Zeugnisse des 19./20. Jahrhunderts gesucht und diese auch ausgegraben (vgl. hierzu u.a.: Albrecht 2009; Obladen-Kauder 2008.1; Obladen-Kauder 2008.2; Przybilla/Grünkemeier 2009. Hier auch weitere Berichte). Inzwischen wurden beispielsweise Teile der seit 2006 durch das Rheinische Amt für Bodendenkmalpflege und das Rheinische Industriemuseum untersuchten St. Antony-Hütte für die Bevölkerung zugänglich gemacht (Obladen-Kauder 2008.2).

Bei einer Beschäftigung mit dem Themenfeld *Archäologie der Schwerindustrie* wird schnell offensichtlich, von welcher Bedeutung archäologische Beobachtungen angesichts der Quellenlage gerade für Werke sein können, deren Anfänge in die erste Hälfte der 19. Jahrhunderts bzw. noch weiter in die Vergangenheit zurückreichen: Dies gilt umso mehr, wenn derart wohl geordnete Bestände, wie sie beispielsweise im Historischen Archiv Krupp zur Verfügung stehen, nicht greifbar sind (Stremmel 2005). Tatsächlich liefert dann die Archäologie einen sehr wichtigen Zugang zu neuen Erkenntnissen.

Hierzu bietet bekanntlich auch das Denkmalschutzgesetz (hier: DSchG NW) durch die Unterschutzstellung von ausgewählten Arealen auch die Möglichkeit, archäologische Untersuchungen bei anstehenden Bodeneingriffen durchzuführen (Vollmer-König 2009).

Für die Zukunft ist zu erwarten, dass die *Archäologie der Schwerindustrie* bei Anwendung moderner Dokumentationsmethoden und bei der Bergung und Sicherung industriearchäologisch bedeutsamer Relikte, nicht nur in der Ergänzung der Geschichte ausgewählter Werksbereiche, der Ergänzung der Technikgeschichte, sowie bei der Wissensvermittlung einen wertvollen Beitrag leisten wird.

Doch bedarf es auch noch einer langen Entwicklung, bis es zu einer tatsächlich ineinandergreifenden Dokumentation von Befunden – abgesehen

von einer planmäßigen Ausgrabung - durch ausgebildete Industriearchäologen und Geodäten auf Großbaustellen kommen kann.

Autor:

Dr. Detlef Hopp

Stadtarchäologe Stadt Essen, Institut für Denkmalschutz und Denkmalpflege, Essen (Deutschland).

Literatur

- Albrecht Helmut (2009), Forschung und Lehre im Bereich der Industriearchäologie an der TU Bergakademie Freiberg, in Przybilla/Grünkemeier. 3-10
- Boochs Frank (2011), Konzeptioneller Ansatz eines räumlichen Informationssystems für die Industriearchäologie – Ergebnisse eines BMBF-Forschungsprojektes, Aachen.
- Hopp Detlef (Hrsg.) (2004/1), Angeschnitten, Essen.
- Hopp Detlef (Hrsg.) (2004/2), Denkmäler 3D, VDV Schriftenreihe 23, Wiesbaden.
- Hopp Detlef (2008), Krupp: Ein Stahlgigant als Bodenurkunde, in Archäologie in Deutschland 3, Stuttgart. 30-31.
- Hopp Detlef (2009), Industriearchäologische Relikte der Krupp'schen Gussstahlfabrik in Essen, in Industrie-Kultur 1, Essen. 20.
- Hopp Detlef (Hrsg.) (2011), Industrie. Archäologie. Essen. Industriearchäologie in Essen, Essen.
- Hopp Detlef, Khil Bianca (2004), „Der Martinofen ist wie das Schwein in der Landwirtschaft: Er frisst alles“, in Hopp 2004.1, Essen. 96-97.
- Hopp Detlef, Mesenburg Peter, Przybilla Hans Jürgen (2003), Archäologie und Vermessung, Düsseldorf.
- Hopp Detlef, Przybilla Hans Jürgen (2004), Das Kolloquium Denkmäler 3D in Essen, Archäologie im Rheinland 2003, Stuttgart. 225-226.
- Hopp Detlef, Przybilla Hans Jürgen (2008), Auch „Für russische Arbeiter“, Archäologie im Rheinland 2007, Stuttgart. 184-185.
- Obladen-Kauder Julia (2008/1), Geächtet oder geachtet: Industrie vor der Haustüre, Archäologie in Deutschland 3. 18-19.
- Obladen-Kauder Julia (2008/2), Wo im Ruhrgebiet alles begann, Archäologie in Deutschland 3. 20-21.
- Przybilla Hans Jürgen, Grünkemeier Antje (Hrsg.) (2009), Denkmäler3de – Industriearchäologie, Aachen.
- Stremmel Ralf (2005), 100 Jahre Historisches Archiv Krupp, München/Berlin.
- Vollmer-König Martin (2009), Frühe Industrieobjekte und andere praemoderne Anlagen aus bodendenkmalpflegerischer Sicht, in Przybilla Hans Jürgen, Grünkemeier Antje 2009. 97 – 106.

Kommunale Archäologie und Kommunale Politik – Kurze Skizze der Erfahrungen einer Beziehung

Dr. Fred Mahler

Die Beziehung zwischen Politik und Bodendenkmalpflege bildet im Rahmen kommunaler Archäologie sicherlich nicht einfach die Gegebenheiten der Kulturpolitik auf Landesebene in einem verkleinerten Maßstab ab. Dies ist allein schon der Tatsache geschuldet, dass der Dienstherr des Kommunalen Archäologen in seiner Funktion nur mittelbar die Vorgaben des Denkmalschutzgesetzes umsetzt, und sozusagen räumlich und inhaltlich weiter entfernt von der Gesetzgebung steht, als die einem Ministerium unterstellte Landesbehörde.

Gleichzeitig ist es quasi in der Umkehr der Gegebenheiten ein Kennzeichen der kommunalen denkmalpflegerischen Ebene, dass die Archäologie hier nicht nur räumlich von großer Nähe zu den politischen Entscheidungsträgern geprägt wird, und dass Sie negatives wie positives Feedback der Öffentlichkeit häufig sehr direkt erfährt. Politische Entscheidungen in Bezug auf Ausstattung, Personal und in Haushaltsfragen betreffen die Archäologie oft ohne größere zeitliche Verzögerungen, worauf hinsichtlich Planung und Aufgabenstellung, aber auch mit Blick auf die öffentliche Selbstdarstellung reagiert werden muss, bisweilen freilich zu Lasten des denkmalpflegerischen Tagesgeschäftes.

An dieser Stelle sollen die spezifischen Erfahrungen innerhalb der Stadt- und Kreisarchäologie Uelzen als eine der erfreulich zahlreichen Niedersächsischen Kommunalarchäologien skizziert werden, inwieweit es sich dabei um beispielhafte oder auf andere Verhältnisse übertragbare Erfahrungen handelt, mag bewusst offen bleiben. Einen Überblick zu den sehr individuellen Entwicklungsgeschichten kommunaler Archäologien in Niedersachsen insgesamt hat im Jahre 2005 H.-W. Heine zusammengestellt, was die Bedeutung dieser Institutionen auch aus dem Blickwinkel der Landesarchäologie unterstreicht (HEINE 2005).

Nach zögerlichen Anfängen in den 1960er Jahren hat sich seit den 1980er Jahren in Niedersachsen eine ganze Reihe kommunaler archäologischer Dienststellen etablieren können, deren Status lange Zeit rechtlich nicht definiert war. Praktisch hatten sie hingegen sehr bald einen ganz erheblichen Anteil an der Bodendenkmalpflege im Lande. Der Status der Kommunalarchäologie gegenüber der Landesarchäologie war gleichfalls undeutlich. Einzelne Landesarchäologen sahen diese Einrichtungen zunächst mit Skepsis, fürchteten mangelnde Qualität und „wissenschaftlichen Partikularismus“. Diese „innerarchäologischen“ Konkurrenzen haben in dieser Zeit den Stand der Archäologie im Umgang mit der lokalen Politik bisweilen einigermassen erschwert, da sich kommunale Entscheidungsträger hinsichtlich der Position und Bedeutung „ihrer“ Archäologie vor Ort verunsichert fühlten. Noch 1998 geriet der Verfasser anlässlich eines Vortrages vor den Kulturdezernenten der Städtetage Niedersachsens und Sachsen-Anhalts in die Schusslinie eines Landesarchäologen, der einen vermeintlichen wissenschaftlichen Partikularismus kommunaler Archäologien konstatierte und damit interessanterweise heftigen Widerspruch der kommunalen Vertreter evozierte.

Die unklare Situation von Kommunalarchäologien in Niedersachsen hat sich insofern seit der Novellierung des Denkmalschutzgesetzes im Jahr 2010 geändert, als nunmehr nur diejenigen Kommunen ohne Einvernehmensherstellung mit der Landesbehörde Stellung zu Bauanträgen nehmen können, die über eine ausgebildete archäologische Fachkraft verfügen. Zunehmend werden dabei aus Politik und Verwaltung Vorteile etwa im Sinne der Prozessbeschleunigung erkannt, die sich aus der verwaltungstechnischen Zuordnung der Kommunalarchäologie ergibt, aber auch aus deren fundierter Kenntnis der lokalen Gegebenheiten. Was unverändert geblieben ist, das ist die Tatsache, dass es sich dabei nach wie vor um eine freiwillige Aufgabe der Kommunen handelt. Dieser Status ist, wie zu zeigen sein wird, vielfach ein Kernproblem für die Existenz der Kommunalarchäologien. Stadt und Landkreis Uelzen verfügten bis 2011 über zwei unabhängige archäologische Dienststellen, seither wird die Kreisarchäologie in Personalunion mit der Stadtarchäologie betreut.

Beide Dienststellen entstanden erstens durch sehr konkrete äußere Veranlassung und zweitens durch das teilweise ganz persönliche Engagement von Kommunalpolitikern. Von wesentlicher Bedeutung war dabei auch die wichtige Rolle der Region Uelzens innerhalb der archäologischen Forschungsgeschichte. Gelang es in der ersten Hälfte der 1970er Jahre eine Kreisarchäologie, zunächst angeregt durch eine intensive Landesaufnahme, dann in unmittelbarer Folge der Grabungsmaßnahmen am Elbe-Seiten-Kanal, einzurichten, so folgte die Stadtarchäologie Uelzen im Jahre 1987 im Zuge der anlaufenden Uelzener Innenstadtsanierung (LÖBERT 2005, MAHLER 2005).

Besonders im zweiten Fall ist diese Etablierung im ersten Anlauf konkret auf das ganz persönliche historische und Archäologische Interesse von einzelnen Politikern eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen gewesen. Aus unterschiedlichen Fraktionen stammend, wurde von ihnen Vermittlungsarbeit über die Parteigrenzen hinaus geleistet, so dass schließlich alle Ratsfraktionen einstimmig für die Einrichtung einer Planstelle stimmten. Natürlich ist diese Konstellation ein Schwachpunkt in sich selbst: Das Ausscheiden einzelner Kommunalpolitiker kann die Akzeptanz der Archäologie unter Umständen entscheidend verändern. Hier stehen Parteipolitiker eindeutig in der Pflicht, erreichte Ziele zu erhalten, zu fördern und zu unterstützen, auch wenn sie nicht im Rahmen ihres unmittelbaren privaten Interessengebietes liegen, wie dies in anderen Bereichen kommunaler Entscheidungen durchaus gängig ist. Eine Forderung an die Politik wäre hier durchaus diejenige, der Bodendenkmalpflege langfristige Planungssicherheit zu schaffen und sie nicht auf dünnem Eis wirken zu lassen, was zudem einer qualitätvollen Arbeit bereits mittelfristig überaus abträglich ist.

Eine erhebliche „Schwachstelle“ in der Positionierung kommunaler Archäologie ist, wie eingangs angeschnitten, die Freiwilligkeit dieser Aufgabe. Damit steht die Archäologie praktisch zwangsläufig sehr schnell im Brennpunkt von Haushaltsdebatten oder dient als Dispositionsmasse bei der Formulierung von Sparmaßnahmen, denn nur im Bereich freiwilliger Leistungen haben die finanziell stark belasteten Kommunen realistische Spielräume, wobei hier zugleich auch die wenigen individuellen Gestaltungsmöglichkeiten kommunaler Selbstverwaltung auf der Kippe stehen.

Für Archäologinnen und Archäologen vor Ort bedeutet dies vor allem die ständige Vermittlung ihrer Tätigkeit gegenüber der Politik und der Bevölkerung, gerade durch letztere gerät dabei Archäologie leicht zu einem Gegenstand von Diskussionen auf Leserbriefniveau, in der Bürger probate Lösungen für den Umgang mit „ihren Steuergeldern“ formulieren. Dies wiederum setzt Kommunalpolitiker aller Parteien unter Druck und bringt die Archäologie unter einen latenten ihre Kräfte bindenden und verschleißenden Selbstrechtfertigungszwang.

Die permanente Vermittlung in diesem Zusammenhang, die Werbearbeit in Sachen Archäologie, die freilich auch im Grunde auch ein selbstverständliches Anliegen sein sollte, kann dabei je nach personeller Ausstattung Energien binden, die den eigentlichen Kernaufgaben verloren gehen. Hier wiederum werden dann leicht politische und Bürgerstimmen laut, die danach fragen, was denn nun Archäologen eigentlich arbeiten. Der Politiker wird naturgemäß in dieser Diskussion Bürgerstimmen als Wählerstimmen wahrnehmen.

Ein Weg, diesen *circulus vitiosus* zu durchbrechen ist dabei bis zu einem gewissen Grade eine offensive Öffentlichkeitsarbeit. Es hat sich dabei als richtiger Weg erwiesen, seitens der Archäologie auf die Kommunalpolitiker zuzugehen, die gerade in der jüngeren Generation häufig keine persönliche Beziehung zur Archäologie besitzen, was den Inhalten der schulischen Lehrpläne mit ihrer Überbetonung naturwissenschaftlicher Fächer geschuldet

sein mag. Historische Disziplinen sind allein ihrer Stundenzahl nach zu Randerscheinungen einer „umfassenden Bildung“ geworden, was die letztlich auf die effiziente Ausbildung unter ökonomischen Aspekten gerichteten PISA-Studien eher verschlimmert haben. Auf der Landesebene steht Archäologie damit in engerer Verbindung mit den allgemeinen Tendenzen der Bildungspolitik als dieses gemeinhin wahrgenommen wird.

Jedenfalls ist nicht zu erwarten, dass Politiker sich von sich aus für die Archäologie begeistern, ungeachtet einer mit „Terra-X“ und „Sphinx“ gefüllten Medienlandschaft. In der Praxis hat es sich in der kommunalen Arbeit als ein guter Weg erwiesen einen direkten Kontakt zur Materie herbeizuführen, z. B. Im Rahmen von Grabungsführungen für die Ratsfraktionen und dabei bewusst den Focus auf Sinn und Probleme der Bodendenkmalpflege insgesamt zu richten. Dabei konnten Gespräche oftmals weitaus mehr erreichen als Hochglanzbroschüren, die sich in der Masse von Präsentationen auf den Schreibtischen der Entscheidungsträger verlieren. Als sehr wirkungsvolles Vermittlungsinstrument hat sich die manchmal belächelte Vortragstätigkeit kommunaler Archäologinnen und Archäologen erwiesen, die ein Publikum von den Landfrauen über Sportvereine, Kirchengemeinden, Historischen Vereinen bis hin zu Touristikern umfassen kann: sehr häufig werden hier aber auch kommunale Entscheidungsträger erreicht und Gespräche können außerhalb der Sachzwänge politischen Tagesgeschäfts entwickeln, die im günstigsten Fall die Ansätze eines persönlichen Interesses von Politikern weiter entwickeln.

Glücksfälle können dabei durchaus eintreten, so war es in Uelzen möglich, dass ein Landtagsabgeordneter des heimischen Wahlkreises Kontakt zum Kultusminister des Landes Niedersachsen herstellte, der als überaus interessierter Grabungsbesucher späterhin die lokale Archäologie auf einer Reihe unterschiedlicher Ebenen unterstützte. Diese Glücksfälle sind freilich keine Größe, mit der die Archäologie kalkulieren könnte.

Der Vorteil, den eine kommunale „Archäologie am Brennpunkt“ besitzt ist, also zweifellos die Tatsache, dass die lokalen Politiker „nicht aus der Welt sind“, sie sind vielmehr zumeist in Person bekannt und gehören in den sozialen Kontext der Kommune, der auch der Bodendenkmalpfleger angehört (MAHLER 1999). Die Möglichkeit des Gesprächs außerhalb von Regularien und engen Termingrenzen ist dabei sicher leichter, als auf einer Landesebene. Wird man von der Politik hier sachliche Offenheit und auch Zugänglichkeit erwarten wollen, so muss von Archäologinnen und Archäologen durchaus Fingerspitzengefühl, Diplomatie und eine realistische Sichtweise der Möglichkeiten ihrer Kommune gefordert werden, der puristische Sachwalter des Denkmalschutzgesetzes mit zwar sinnvollen, aber nicht machbaren Forderungen würde hier auf einem verlorenen Posten stehen.

Der Grat zur inhaltlichen Selbstaufgabe ist dabei freilich schmal und muss im Auge behalten werden, doch zeigt es sich, dass gerade die Politik auf Weisungen aus dem Elfenbeinturm ungern reagiert.

Da die kommunalen Politiker in gleicher Weise auch für ihre Wähler schneller und direkter erreichbar sind, als der Landespolitiker, da Unmut und Lob aber auch Fragen und Ideen auf kurzen Wegen transportiert werden, ist es für kommunalen Archäologinnen und Archäologen nach den Erfahrungen vor Ort wichtig, ein Bestandteil dieser Kommunikationseinheit zu sein und aktiv an ihr teilzunehmen.

Auch seitens der Politik darf eine permanente Kommunikationsbereitschaft erwartet werden, dies wäre ihr Beitrag dafür, Archäologie nicht als eine Einrichtung zu betreiben, die abhängig von einem rein situativen Interesse ist. Können Kommunalpolitiker für die Anliegen des Erhalts kulturellen Erbes gewonnen werden, so sind sie, wie es das oben gezeigte Beispiel belegt, äußerst wichtige Multiplikatoren, etwa gegenüber den Landtagsabgeordneten ihrer Parteien. Der Stand der Archäologie ist hier im Grunde günstig: in den Kommunen wird Archäologie durchaus als Teil der eigenen Identität vor Ort wahrgenommen, die Vertreter der Landesarchäologie hingegen sind auch Interessierten zumeist nicht einmal namentlich bekannt. Hier steht nun allerdings auch der Kommunalarchäologie in besonderer Verantwortung als Vertreter seines Fachs und seiner Aufgabe vor Ort, die von der Landesarchäologie nicht getrennt gesehen werden darf. Als eine Voraussetzung für eine verlässliche Positionierung gegenüber der lokalen Politik muss man wohl die parteipolitische Ungebundenheit sehen, die im Sinne einer selbstverständlichen Neutralitätspflicht zu verstehen ist. Für die Anliegen der Archäologie erweist es sich als verheerend, wenn Parteien die Bodendenkmalpflege quasi als Schöpfung des politischen Gegners verstehen. Zugleich ist es aber auf kommunaler Ebene unumgänglich wirkender Bestandteil der „Politik“ zu sein, und zwar in dem Sinne, dass auch die Archäologie sehr wohl sehen kann, wie sie sich in die lokale Entwicklung einzubringen vermag. Im konkreten Fall ist dieses etwa dadurch geschehen, dass die Archäologie sich selbstverständlich an Projekten der touristischen Entwicklung beteiligt hat (CLAUß, MAHLER 1994).

Kommunale Politiker sind natürlich unabhängig von ihren Aufgaben auch einfach Bürger ihrer Kommune, mit dem üblichen Spektrum kultureller Interesse und damit auch Rezipienten der Öffentlichkeitsarbeit der Archäologie. Vor diesem Hintergrund war es zumeist möglich, die Archäologie auch als Bestandteil des kulturellen Lebens der Kommune zu vermitteln. Kommunalpolitiker sind damit natürlich deutlich öfter Zuhörer, Leser oder Ausstellungsbesucher vor Ort als der Landespolitiker. Es bleibt im räumlich überschaubaren Rahmen der Kommunen oft nicht aus, dass die begrenzten Mittel Archäologie und Kultureinrichtungen sich in Konkurrenz wiederfinden, zugleich ist der Besucher des festlichen Konzertes nicht zwingend auch ein Besucher der aktuellen archäologischen Ausgrabung, was die Situation nicht vereinfacht: Kultur wird von einer Reihe von Entscheidungsträgern nach ihrem Repräsentationswert wahrgenommen, wobei Theater, Konzerte und bildende Kunst als durchaus wertig begriffen werden, Archäologie hingegen wird nicht zwingend als Kulturbestandteil oder -wissenschaft begriffen. Oftmals Unfreiwillig werden damit Archäologinnen und Archäologen sowohl zum Gegenstand als auch zu Akteuren kommunaler Kulturpolitik in deren vielschichtigen Entwicklungen sie sich dann wiederfinden. Auch hier kann, etwa in politisch besetzten Gremien wie z. B. Kulturausschüssen, nicht vorausgesetzt werden, dass ein grundsätzliches Interesse an Archäologie als solches besteht, geschweige denn dass irgendwelche Grundkenntnisse der Materie verbreitet sind. Man mag das kritisieren, vielleicht beklagen, oder als eine Herausforderung verstehen, seine Anliegen deutlich und überzeugend zu kommunizieren.

Die Beziehung zwischen Archäologie und Politik zeigt sich auf kommunaler Ebene dabei nämlich vor allem als ein direkter Kommunikationsprozess. Vorurteile und Desinteresse sind im direkten Austausch jedoch besser aufzubrechen als mit mittelbaren Instrumenten, eine Erfolgsgarantie gibt es dabei nicht.

Das persönliche Interesse und die Einsicht in Sinn und Notwendigkeit der Bodendenkmalpflege einzelner Entscheidungsträger spielt auf kommunaler Ebene oft eine entscheidende Rolle. Der Stand der Stadtarchäologie Uelzen etwa war von Anbeginn an dadurch relativ gut abgesichert, dass die gewählten Bürgermeister (und zugleich Verwaltungschefs) sich deutlich hinter die Anliegen der Bodendenkmalpflege stellten, was fraglos auch hätte völlig anders ausfallen können. Die Politik entwickelt gleichwohl, abhängig von Stimmungen des potentieller Wählerschaft, unterschiedliche Erwartungshaltungen an die Archäologie, die über den reinen denkmalpflegerischen Auftrag zumeist hinaus gehen. Archäologie kann sich dabei durchaus intensiv am Kulturleben der Kommune beteiligen, muss sich aber dort verweigern, wo sie sich nur noch als Unterhaltungsfaktor rechtfertigen lässt. In diesem Sinne ist Archäologie zwar gezwungen mit dem politischen Zeitgeist kompatibel zu sein, sollte sich diesem jedoch nicht unterwerfen, was es wiederum notwendig macht, die Kernaufgaben der Bodendenkmalpflege gerade der Politik gegenüber überzeugend zu vertreten.

Die Bürger der Kommunen, die den Bodendenkmalpfleger häufig als Person kennen, sind als Wähler natürlich einerseits der wesentliche Bestandteil des kommunalpolitischen Geschehens, entwickeln andererseits aber auch ihrerseits, oftmals ungenau formulierte eigene Erwartungshaltungen. Gerade archäologisch Interessierte können dabei Erwartungen dahingehend entwickeln, dass die Archäologie ständig für „spannende Unterhaltung“ abrufbar ist. Die Politik kann hier vermitteln, indem sie die Kernaufgaben der Bodendenkmalpflege mit trägt und unterstützt und damit qualitätssichernd wirkt. Qualitätvolle archäologische Arbeit kann als Imagefaktor einer Kommune auf hohem Niveau wahrgenommen werden, was ein weitge-

hend unterschätztes Potential darstellt.

Erwartungshaltungen und der Versuch sie um jeden Preis zu erfüllen verschleifen Energien. Hier ist auch die Archäologie gehalten ihrerseits Erwartungshaltungen gegenüber der Politik zu überprüfen. Es kann, wie eingangs angedeutet, nicht erwartet werden, dass Politiker sich per se für Archäologie interessieren, es kann aber die Auseinandersetzung mit Fragen der Denkmalpflege im Rahmen der Aufgaben von Politikern ebenso verlangt werden, wie das Einholen fachlicher Informationen im Vorfeld von Entscheidungen, die die Bodendenkmalpflege vor Ort betreffen.

Kommunen sind überschaubare politische Einheiten, im regionalen Sinne ist hier der Begriff der Identität auch im Alltag und in Traditionen oft wesentlich präsenter als auf ein ganzes Flächenland wie Niedersachsen bezogen. Die Kommunikation zwischen Archäologie und Politik sollte sich hier besonders intensiv mit den vielfältigen Aspekten des Begriffs „kulturelles Erbe“ auseinandersetzen. Dieses lässt sich zwar wegsparen, hinterlässt dann aber eine Situation der Beliebigkeit ohne Konturen oder gar Alleinstellungsmerkmale, was die Attraktivität der Region auch im wirtschaftlichen Sinne nicht eben erhöht. Wenn gerade unter dem Aspekt der räumlichen und organisatorischen Nähe zwischen Archäologie und Politik im kommunalen Raum die Rede ist, so darf dahinter keine vollkommen ideale Konstellation vermutet werden. Grundsätzlich können hier auch Gefahren liegen. Eine davon ist zum Beispiel der mögliche Interessenkonflikt zwischen Kommunalpolitik, Verwaltung und Archäologie im Falle von Bauvorhaben oder Investitionen die zu Lasten des kulturellen Erbes gehen könnten. Hier gibt es keine probate Verhaltensregel für die Aufstellung der Archäologie, die einerseits den Ansprüchen der Denkmalgesetzgebung genügen muss, andererseits auch von den Entscheidungsträgern abhängig ist, gegen eben deren Entscheidungen womöglich Einspruch erhoben werden muss. Es ist nie ausgeschlossen, dass hier Politiker, wenn auch unausgesprochen, ein „Wohlverhalten“ der Archäologie erwarten. Auch Erwartungen an den Unterhaltungswert der Archäologie werden gerade aus den Reihen kulturpolitisch engagierter Kommunalpolitiker an Archäologinnen und Archäologen herangetragen, dies kann einen äußerst unsicheren Spagat zwischen Erwartung und fachlichem Anspruch nach sich ziehen, ganz ähnlich wie die Prämisse der magischen „Besucherzahl“ in den Museen nicht immer auch eine entsprechende inhaltliche Qualität mit sich bringt. Eine ständige Präsenz für Schulen, Museen und Öffentlichkeit ohne angemessene Ausstattung zehrt an den Kräften fachlicher Kernaufgaben. Dies sollte auch an die Adressen der Politiker so vermittelt werden, ohne dass Kompromisse dabei ausgeschlossen wären. Kommunalpolitik ist Politik an der Basis der demokratischen Kultur, sie betrifft Bürger zumeist unmittelbar, sie ermöglicht, fördert und fordert direkte Diskussionen. Demokratische Kultur darf fordern, dass Archäologie sich diskursiven Auseinandersetzungen stellt, auch wenn man sehr wohl fragen darf, warum eine Wissenschaft als solche ständig ihre pure Existenz rechtfertigen soll. Wenn sich aber die Archäologie der öffentlichen Auseinandersetzung stellt, darf sehr wohl erwartet werden, dass die Politik sich ihrerseits der Verantwortung gegenüber dem kulturellen Erbe stellt, und sich ihrer nicht entzieht, indem sie sich vermeintlich sicher hinter Sachzwängen und oftmals nur scheinbar unumgänglichen Sparzwängen verschanzte.

Autor:

Dr. Fred Mahler M.A.,

Stadt Uelzen - Stadtarchäologie Landkreis Uelzen - Kreisarchäologie, Uelzen (Deutschland)

Literatur

- Clauß Jürgen, Mahler Fred (1994), Archäologische Denkmäler und Funde als touristisches Kapital: einige Vorschläge zur Nutzung eines reichen Schatzes in Stadt und Kreis Uelzen, in Heimatkalender für Stadt und Kreis Uelzen, Uelzen. 107-112.
- Heine Hans-Wilhelm (2005), Beiträge zur Kommunalarchäologie in Niedersachsen. Geschichte, Entwicklung, Ausblicke. Nachrichten aus Niedersachsens Urgeschichte Band 74, Stuttgart. 3-84.
- Löbert Horst (2005), Archäologie im Landkreis Uelzen, in Beiträge zur Kommunalarchäologie in Niedersachsen. Geschichte, Entwicklung, Ausblicke. Nachrichten aus Niedersachsens Urgeschichte Band 74, Stuttgart 2005. 72-76.
- Mahler Fred (1999), Archäologie am Brennpunkt. Kommunale Archäologie in Niedersachsen, in Archäologie in Niedersachsen 1999, Oldenburg. 152-153.
- Mahler Fred (2005), Stadtarchäologie Uelzen: Entwicklung, Geschichte und Ausblick, in Beiträge zur Kommunalarchäologie in Niedersachsen. Geschichte, Entwicklung, Ausblicke. Nachrichten aus Niedersachsens Urgeschichte Band 74, Stuttgart. 77-79.

Römisches Ruffenhofen: Kleine Kommunen investieren in die Vergangenheit

Dr. Matthias Pausch

Die Archäologie wird regelmäßig in der Bevölkerung und Politik nur negativ, zum Beispiel als reiner Kostenfaktor, gesehen. Umwelthemen ist es längst gelungen, eine Lobby zu schaffen, die dem Bereich Archäologie und Denkmalpflege nach wie vor fehlt. Der Ruf der archäologischen Themen ist wesentlich schlechter, da Menschen scheinbar nicht unmittelbar davon betroffen sind. Dennoch wurde in finanziell guten Zeiten, insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren viel in die Vergangenheitsvermittlung investiert. Längst wurden die Träger von den Folgekosten eingeholt und sind vorsichtiger geworden.

Daher ist es umso erfreulicher, dass sich in finanziell wesentlich schwierigeren Zeiten drei kleine Landgemeinden in Mittelfranken – Geroltingen, Weiltingen und Wittelshofen – mit zusammen nur 3700 Einwohnern seit dem Jahr 2001 dazu entschlossen haben, in das römische Erbe zu investieren. Die Gemeinden gründeten im Jahr 2001 einstimmig mit über 40 Gemeinderatsmitgliedern den Zweckverband Römerkastell Ruffenhofen, um das Bodendenkmal Römerkastell und Vicus (Lagerdorf) von Ruffenhofen, an das die Gemarkungen aller drei Gemeinden grenzen, für die Zukunft zu sichern und als Archäologischen Park zu präsentieren.

Die Geburt des Römerparks Ruffenhofen

Das Limeskastell von Ruffenhofen bestand etwa von 100 bis 260 n. Chr. und wurde seit der Antike nie überbaut. Seit dem Jahr 2005 gehört es zum Welterbe „Grenzen des Römischen Reiches“. Ausgrabungen haben hier nur in sehr geringem Umfang stattgefunden. Seit den 1970er Jahren wurde es durch Luftbildarchäologie sowie seit 1998 durch geophysikalische Prospektion näher erforscht. Damit sind die meisten Erkenntnisse zu dieser wichtigen Anlage, in der bis zu 2000 Soldaten und Zivilisten gelebt haben dürften, noch recht jung. Die ersten Hinweise wurden der Bevölkerung im Jahr 2000 vorgestellt. Die Feststellung, dass von dem Denkmal noch verhältnismäßig viel im Boden erhalten ist, dass es aber durch die intensive landwirtschaftliche Nutzung auf dem sanft hügeligen Gelände durch Erosion und immer tieferes Pflügen in der Existenz massiv bedroht ist, war ein wichtiger Aspekt im Vorfeld der späteren Maßnahmen zum Schutz und zur Visualisierung des Erbes.

Dazu kam als weiterer Punkt das Teilraumgutachten der Landesplanung in Bayern „Ansbach/Hesselberg“ aus dem Jahr 1999, in dem als eine wichtige Zukunftsperspektive für die Region Hesselberg zwischen Fränkischem Seenland und Romantischer Straße der Tourismus angesehen wurde. Als ein denkbare touristisches Highlight wurde bereits damals das Gelände rund um das Reiterkastell ausgemacht. Im Jahr 2001 wurde der Arbeitskreis Limes/Ruffenhofen gegründet, in dem interessierte Bürger ebenso wie Kommunalpolitiker und Archäologen gemeinsam Zukunftsperspektiven und Möglichkeiten für das römische Ruffenhofen entwickelten. Maßgeblich war dabei, einen wichtigen Teil der einst besiedelten Flächen, aus der landwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen, in Dauergrünland umzuwandeln und für die Besucher zu erschließen.

Hier griff die dritte entscheidende Chance, dass über das Amt für Ländliche Entwicklung in Mittelfranken im Bereich eines Flurneuordnungsverfahrens in den Nachbargemarkungen Aufkirchen und Irsingen (Gemeinde Geroltingen) durch Beiziehung der Flächen im Kastell- und Vicusareal 36 Hektar Ackerland aus der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung genommen werden konnten. Die meisten Alteigentümer erhielten dafür Tauschland. Außerdem wurde ein Preis von damals 2,50 DM pro Quadratmeter sowie ein Aufpreis in selber Höhe für die Befunde im Boden als Entschädigung für die Landwirte bezahlt. So konnten bis April 2003 von über 20 Grundbesitzern die Flächen erworben werden.

Nach der Umwandlung in Dauergrünland erfolgte am 1. August 2003 im Beisein zahlreicher Politiker die offizielle Übergabe der Flächen durch das Amt für Ländliche Entwicklung an den Zweckverband. In ihren Grußworten sicherten u. a. der Bundestagsabgeordnete Josef Göppel, der Landtagsabgeordnete Gerhard Wägemann und der Bezirkstagsvizepräsident Alexander Küßwetter weitere Unterstützung für den Zweckverband zu. Alle haben seither das Projekt tatkräftig durch ihre Mitarbeit, insbesondere bei der Beschaffung von Fördergeldern unterstützt, und waren auch maßgeblich daran beteiligt, dass entsprechende finanzielle Mittel für den Bau des LIMESEUM Ruffenhofen zur Verfügung gestellt worden sind.

Bereits vor der offiziellen Flächenübergabe fand am 22. Oktober 2002 ein Expertenhearing statt, bei dem sechs Vertreter von Archäologischen Parks die Entwicklung bei ihnen darstellten und dem Publikum, insbesondere Vertretern des Arbeitskreises, des Zweckverbands sowie aus Archäologie und Politik Rede und Antwort standen. Es wurde also von Anfang an gemeinsam durch Archäologie (für den fachlichen Teil) und Politik (für den finanziellen Background) dafür gesorgt, dass die Maßnahmen in Ruffenhofen nachhaltig und zielgerichtet verwirklicht werden konnten.

Nach der Umsetzung erster Maßnahmen, wie der Pflanzung einer Hecke im Bereich der Kastellmauer, der Ansaat der Kastellgräben und weiterer Strukturierungen sowie dem Aufstellen erster Hinweisschilder, wurde an einem Gesamtplan für die Entwicklung in den folgenden Jahren gearbeitet. Diese Überlegungen flossen in einen Vorhabens- und Erschließungsplan ein, der von der Stadt Wassertrüdingen entwickelt wurde. Im Stadtbauamt von Dinkelsbühl entstanden erste konkrete Pläne für den Bau eines Museums an der unmittelbaren Römerparkfläche. Bereits seit Oktober 2004 gab es im Rathaus von Weiltingen ein kleines temporäres Museum – ebenfalls eine Arbeitskreisidee, die zeitnah umgesetzt werden konnte. Die nicht direkt im Zweckverband beteiligten Städte Dinkelsbühl und Wassertrüdingen unterstützten diesen in seinen Bestrebungen, da auch sie sich Chancen für den Tourismus erhofften.

Dabei ging es immer darum, zwischen den wichtigen Limesstädten Aalen und Weißenburg in Ergänzung zu den bestehenden Einrichtungen etwas Neues zu schaffen. Das altbekannte Thema „Limes“ sollte in Ruffenhofen auf andere Art und Weise präsentiert und mit Leben erfüllt werden. Vorrangig war dabei, das Denkmal zu schonen und keine zu großen Folgekosten zu verursachen. Durch Bepflanzung römischer Strukturen, Aufschüttungen, Beschilderung und andere reversible Maßnahmen ist es so gelungen, auf mittlerweile 40 ha Fläche eine neue, immer zugängliche Freizeiteinrichtung für Besucher von nah und fern zu schaffen. Die umliegende Bevölkerung nutzt sie auch als Naherholungsgebiet. Der im LIMESEUM zum Leben erweckte Soldat December führt seit Herbst 2012 Besucher mit Hilfe der App „LIMESEUM Ruffenhofen“ auch an ausgewählte Standorte im Archäologischen Park.

Auf dem Weg zum LIMESEUM

Im Januar 2006 konnte zur finanziellen Unterstützung der Zweckverbandsgemeinden der Förderverein Römerpark Ruffenhofen e.V. gegründet werden. Neben Einzelpersonen und Familien sind verschiedene örtliche Firmen, aber auch zahlreiche Kommunen, die einen Jahresbeitrag von 300,00 € beisteuern, vertreten. Bei den fast 20 Mitgliedskommunen im Förderverein sind einige dabei, die von der Anlage über 20 Kilometer entfernt liegen. Sie bringen sich dennoch hier ein, nicht zuletzt da sie in der kommunalen Allianz der Entwicklungsgesellschaft Region Hesselberg zusammengeschlossen sind, die ebenfalls von Anfang an, insbesondere über LEADER-Fördermittel der Europäischen Union, den Römerpark Ruffenhofen begleitet hat. Vertreter von Archäologie und Politik waren seither regelmäßig bei Präsentationen und Feierlichkeiten aus unterschiedlichen Anlässen – z. B. Eröffnung des Museums in Weiltingen im Jahr 2004, Erster Spatenstich Bauabschnitt I im Jahr 2008, Buchpräsentation „Römisches Ruffenhofen“ im Jahr 2009 oder Eröffnung des LIMESEUM Ruffenhofen im Oktober 2012 – beisammen. Diesen jährlich teils mehreren Terminen mag es auch zu verdanken sein, dass die Zusammenarbeit von Archäologie und Politik in Ruffenhofen so erfreulich positiv erfolgt ist, da am Rande dieser Termine immer sehr gut gemeinsame Gespräche möglich waren.

Seit dem Jahr 2005 bemühten sich die Zweckverbandsgemeinden unterstützt von Politik und Archäologie, das Museum direkt an den Römerpark Ruffenhofen in einen Neubau im Außenbereich zu verlagern. Dieses Vorhaben war bezüglich der Betriebs- und Baukosten anfangs nur relativ schwierig zu kalkulieren. Nach verschiedenen Vorgesprächen und Kalkulationen reichte die Gemeinde Gerolfingen als Mitglied des Zweckverbands und Grundstückseigentümer der künftigen Baufläche einen Antrag beim Bundesbauministerium für das Investitionsprogramm Nationale Welterbestätten zur Förderung des Vorhabens „Neubau LIMESEUM“ ein. Nachdem Mitte Juli 2009 die Absage bekannt wurde, organisierte der Landtagsabgeordnete mit dem zuständigen Bundestagsabgeordneten ein Treffen, bei dem wieder Politik und Archäologie versammelt waren, um Chancen und Möglichkeiten für einen Neubau zu erörtern. Als entscheidende Ergebnisse dieses Treffens signalisierten Bezirk Mittelfranken und Landkreis Ansbach, bei den Betriebskosten ein Defizit in Höhe von jeweils bis zu 40.000,00€ jährlich zu bezahlen und damit die finanzschwachen Zweckverbandsgemeinden zu unterstützen. Eine endgültige Zusage erfolgte wenige Wochen später nach Entscheidung dieser beiden kommunalen Gebietskörperschaften. Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege und die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen schlugen vor, eine Studie zu beauftragen, bei der untersucht werden sollte, inwieweit das Museum in mehreren Modulen gebaut und entwickelt werden kann. Gleichzeitig förderten sie diese Studie finanziell und personell maßgeblich, letzteres besonders durch Prof. Dr. C. Sebastian Sommer und Dr. Michael Henker mit ihren Mitarbeitern. Das dafür beauftragte Architekturbüro entwickelte in Absprache mit dem Archäologen vor Ort, der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen und dem bereits seit dem Jahr 2004 bestehenden wissenschaftlichen Beirat Ruffenhofen mit weiteren Archäologen ein Raumprogramm und damit verbunden eine Zuordnung zu unterschiedlichen Modulen. Dabei zeigte sich jedoch, dass für einen sinnvollen Museumsbetrieb nahezu alle vorgesehenen Räumlichkeiten von Anfang an benötigt würden und höchstens ein verhältnismäßig kleiner zweiter Bauabschnitt zur Ergänzung angeschlossen werden könnte. Das Raumprogramm floss in einen konkreten Architekturentwurf ein mit allen erforderlichen Räumlichkeiten sowie dem für den unmittelbar angrenzenden Archäologischen Park erforderlichen Betriebshof.

Für das Jahr 2010 wurde das Investitionsprogramm Nationale Welterbestätten nochmals aufgelegt. Die Gemeinde Gerolfingen reichte einen erneuten Förderantrag in Höhe von 75% der Baukosten mit einem Anteil von 2,456 Millionen Euro beim Bund ein. 15% sollten über den Freistaat Bayern über verschiedene Förderprogramme fließen, die restlichen 10% Eigenanteil in Höhe von immer noch über 300.000,00 € sollten die drei Zweckverbandsgemeinden zu gleichen Teilen schultern. Damit war die Förderung in Höhe von 90% zwar erfreulich gut, jedoch als kommunaler Eigenanteil für eine Gemeinde wie Gerolfingen mit etwa 1000 Einwohnern entstanden immer noch Kosten in Höhe von etwa 100,00 € pro Einwohner. Hochgerechnet auf eine Kommune wie München mit über 1,4 Millionen Einwohnern würde dies einen kommunalen Eigenanteil in Höhe von 140 Millionen für ein archäologisches Projekt bedeuten. Bürgerbegehren und Einsprüche bei vergleichbaren Großprojekten hätten entweder eine massive Verzögerung oder eine Verhinderung eines solchen Projektes bedeutet. Setzt man dies entsprechend in Relation, so ist das Bauvorhaben LIMESEUM mit tatsächlichen Baukosten von über 3,8 Millionen Euro zwar verhältnismäßig niedrig, aber für die drei Trägergemeinden dennoch ein finanzieller Kraftakt. Obwohl sie sich dieser Sache sehr bewusst waren, entschieden die Gemeinden – nach der Zusage durch den Bund und einem im Dezember 2010 noch abgeschlossenen Architektenwettbewerb – Ende Januar 2011 in einer gemeinsamen Gemeinderatssitzung aller drei Kommunen wiederum einstimmig, das LIMESEUM zu bauen und den Betrieb gemeinsam zu finanzieren und zu gewährleisten. Den Räten war bei dieser Entscheidung sehr wohl bewusst, dass trotz aller Mittelzusagen bezüglich Bau und Betrieb der kommunale Eigenanteil deutlich steigen könnte. Dennoch setzten sie auf diese für die zukünftige Entwicklung am Römerpark Ruffenhofen maßgebliche Entscheidung.

Der Bau konnte am 25. Juli 2011 mit dem Spatenstich begonnen sowie mit dem Richtfest am 9. Dezember 2011 weiter entwickelt werden. Am 8. Oktober 2012 konnte im Beisein von Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch die Baufertigstellung gefeiert werden, nur wenige Tage später am 12. Oktober 2012 fand die feierliche Einweihung des LIMESEUM statt. Bundesbauminister Dr. Peter Ramsauer hatte hier seine Teilnahme zugesagt.

Die Unterstützung hält weiter an. So engagiert sich derzeit das Amt für Ländliche Entwicklung mit seinem Leiter Friedrich-Wilhelm Brumberg für Planung und Finanzierung des Parkplatzes für das LIMESEUM, der bisher nur in einer einfachen Version errichtet wurde und nun dem Besucherzuspruch angepasst und erweitert wird.

Überblickt man die Entwicklung in Ruffenhofen in den vergangenen Jahren, so wird deutlich, dass auch drei kleine Gemeinden mit intensiver Unterstützung durch Politik und Archäologie gemeinsam viel bewegen können, wenn sie bereit sind, ein gewisses Risiko einzugehen und in Präsentation und Vermittlung neue Wege zu beschreiten. Die Entwicklungen in Ruffenhofen, wo in den vergangenen 10 Jahren mit Personalkosten, Flächenerwerb und Investitionen weit über 7 Millionen Euro in ein archäologisches Projekt investiert worden sind, mögen wie im Märchen klingen, sind jedoch beispielgebend für andere Einrichtungen und Orte. Es war immer eine Gratwanderung zwischen den Wünschen und Erwartungen der Besucher und dem Erhalt des Bodendenkmals. In Ruffenhofen ist es gelungen, nicht nur auf neue Art und Weise das Denkmal zu sichern und für Besucher zu erschließen, sondern auch eine neue touristische Einrichtung mit dem LIMESEUM zu bieten. Der etwa 1100 Quadratmeter große Museumsneubau ist neben den reinen Ausstellungsflächen dauerhafter Ort für die wissenschaftliche Arbeit in Ruffenhofen mit einer Fachbibliothek und einem Funddepot. Bei den Betriebskosten wurde mit 10.000 Besuchern pro Jahr gerechnet. Tatsächlich wurden diese im den ersten Betriebsjahr bis zum 11. Oktober 2013 mit über 33.000 Besuchern weit übertroffen. Diese Entwicklung schlägt sich auch bei Übernachtungsbetrieben und insbesondere in der örtlichen Gastronomie deutlich nieder. Ruffenhofen ist ein sehr positives Beispiel, wie lohnenswert – insbesondere als weicher Standortfaktor – es für alle Seiten sein kann, wenn Archäologie und Politik Hand in Hand zusammenarbeiten.

Autor:

Dr. Matthias Pausch

Leitung LIMESEUM und Römerpark Ruffenhofen, Wittelshofen (Deutschland)

Literatur

- Pausch Matthias (2003), In den Startlöchern: Der Römerpark Ruffenhofen. Denkmalpflege-Informationen Ausgabe B. 5 ff.
- Pausch Mathias, Weinlich Edgar (2005), Die neue Abteilung „Römerpark Ruffenhofen“ im Heimat- und Trachtenmuseum Weiltingen, Lkr. Ansbach, in Museum Heute 29. 35 – 37.
- Pausch Matthias (2008), Visualisierungen und Bepflanzungen am Limes: Erste Erfahrungen und Überlegungen aus Ruffenhofen, in: Denkmalpflege-Informationen Nr. 139. 42 – 44.
- Pausch Matthias (Hrsg.) (2009), Römisches Ruffenhofen. Entdeckungen am Welterbe Limes, Augsburg.
- Pausch Matthias (2009), Römerpark Ruffenhofen. Neues Projekt mit nachhaltigen Visualisierungen, in: Der Limes 1. 12 ff.
- Pausch Matthias (2011), LIMESEUM am Römerpark Ruffenhofen: Ganzheitliche Erschließung eines Bodendenkmals, in: Denkmalpflege-Informationen Nr. 148. 52 ff.
- Pausch Matthias (2013), An den Grenzen des Römischen Reiches. Das LIMESEUM Ruffenhofen, Museum heute 43. 5 - 11.
- Pausch Matthias (2013), Erzählte Geschichte. LIMESEUM Ruffenhofen - vermittelt lebendige Einblicke in die Limeszeit, in: Der Limes 1. 22 – 27.
- Pausch Matthias (2013), Römerpark und LIMESEUM Ruffenhofen – Im Zusammenspiel wird die Limeszeit lebendig, in: Schönere Heimat 102/2. 109 - 116.
- Pausch Matthias (Hrsg.) (2013), LIMESEUM Ruffenhofen. An den Grenzen des Römischen Reiches. Ein Museumsführer, Rednitzhembach.

Archäologie und Politik in Niederösterreich

Ernst Lauerermann

Der Ist – Zustand

Niederösterreich gilt als das fundreichste Bundesland der Republik Österreich. Demzufolge kommen auch immer mehr archäologische Artefakte ins Eigentum des Landes und müssen dem entsprechend wissenschaftlich, restauratorisch und konservatorisch betreut und gelagert werden.

Die Ur- und frühgeschichtliche, provinzialrömische, bzw. mittelalterliche Sammlung des Landes Niederösterreich gehören zu den ältesten Sammlungsbereichen des Landes und haben schon durch die Auffindung in Niederösterreich selbst, einen sehr starken Landesbezug.

Die Basis bilden Funde aus Privatsammlungen. Später wurde die Sammlung vor allem durch eigene oder vom Land Niederösterreich geförderte Ausgrabungen erweitert. Die Sammlung soll primär einen Überblick über die gesamte prähistorische und provinzialrömische Archäologie bieten. Schwerpunkte ergeben sich aus der Forschungssituation und den daran beteiligten Institutionen. So sind für die Urgeschichte sicher die Paläolithfundstellen vom Grubgraben bei Kammern, sowie von Krems/Wachtberg, die frühneolithische Siedlung von Schletz, das frühbronzezeitliche Gräberfeld von Unterhautzentel und das mittelbronzezeitliche Hügelgräberfeld von Pitten am bedeutendsten. Die provinzialrömische Archäologie sieht ihren Schwerpunkt in der Erforschung von Carnuntum.

Die Frühgeschichtssammlung besticht durch ihre Geschlossenheit und die Abdeckung des gesamten ersten nachchristlichen Jahrtausends, wie es das derzeit in keiner anderen Landessammlung und auch in keiner Bundessammlung Österreichs gibt.

Als neuer Bereich ist die „Neuzeitarchäologie“, zu nennen, die in vielen Nachbarstaaten schon selbstverständlich ist.

Seitens des Landes hat es immer einen Verantwortlichen im Beamtenstatut für die Archäologie gegeben, dazu kamen Restauratoren und andere Hilfskräfte. Nach der Trennung der Sammlungen in Ur- und Frühgeschichte und römische Archäologie wurde eine Stelle für einen klassischen Archäologen geschaffen. Bis 2005 gab es je zwei beamtete Prähistoriker und zwei beamtete klassische Archäologen. Die nächsten Jahre waren geprägt von Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung. Das hatte zur Folge, dass ein frei werdender Beamtenposten in der prähistorischen Archäologie eingespart wurde. Projektbezogene Verträge werden an junge Wissenschaftler vergeben. Das Land selbst fördert Grabungs- und Forschungsprojekte mit klarem Niederösterreichschwerpunkt. Seit 2012 wird seitens der Abteilungsleitung intensiv an einer Sammlungsstrategie gearbeitet, das die Generalinventarisierung aller Objekte der Landessammlung zum Ziel hat.

Niederösterreichisches Museum für Urgeschichte in Asparn/Zaya (seit 1970)

Das Niederösterreichische Museum für Urgeschichte in Asparn/Zaya, im Schloss Asparn eingerichtet, gehört seit seiner Eröffnung am 5. Juni 1970 durch den Landeshauptmann von Niederösterreich Andreas Maurer wohl zu den bedeutendsten Museen seiner Art in Europa. Der einstige Begründer Franz Hampl bewies einen ausgesprochenen Weitblick. Auf der einen Seite präsentiert das Museum die Urgeschichte Niederösterreichs anhand von archäologischem Fundmaterial, begleitet von moderner Grafik und Gestaltung. Hampl gelang es weiter im angeschlossenen Schlosspark ein archäologisches Freigelände mit Nachbauten von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden vom Paläolithikum bis zu den Kelten zu errichten, ein Rundgang der besonderen Art, wo dem Besucher ein visueller Einblick in die einzelnen Zeitepochen gegeben wird. Die Erfolge ließen auch nicht auf sich warten, zahlreiche Besucher, vor allem Schulklassen nutzten diese Möglichkeit des modernen Museumsbesuches.

Nach der Pensionierung von Franz Hampl übernahm Helmut Windl 1976 die Leitung des Museums. Windl's Schwerpunkt war die Experimentelle Archäologie, ein moderner Forschungszweig, der die wissenschaftliche Methode des Experiments in den Vordergrund stellt. Durch regelmäßige Lehrveranstaltungen seit 1992 an der Universität Wien wurde dem wissenschaftlichen Anspruch mehr als gerecht. Asparn wurde zum Zentrum der experimentellen Forschung. Windl's Philosophie bestand darin, den Denkmodellcharakter der Gebäude herauszustreichen. Es wurde auf die verschiedenen Möglichkeiten der Bauweise, der Dachdeckung ect. großen Wert gelegt. In den Jahren 2000/2001 kam es zum wissenschaftlichen Umbau der Dauerausstellung. Dieser wurde 2005 mit der Einrichtung von Raum 1 endgültig abgeschlossen. Ende 2005, ging die Kompetenz an Ernst Lauerermann über. In den Jahren 2005 bis 2007 wurden durch neue Marketingstrategien, wie die Findung eines neuen Logos oder neue Werbemaßnahmen moderne Wege beschritten. 2006 gelang die Aufnahme in die Gruppe „Top – Ausflugsziele“. Die Strategie beinhaltete ein Viersäulenmodell - ein Modell für die Zukunft.

Die neu gestaltete Dauerausstellung der Urgeschichte Niederösterreichs, bildete einfach die Basis des Museums, sie war die wichtigste Säule. Die prähistorische Archäologie liefert uns jenes Material, das erste Einblicke in das Leben und Sterben der Menschen im Laufe seiner Entwicklung gibt. Funde von besonderer Bedeutung, wie z.B. die paläolithische Knochenflöte aus Grubgraben, oder die spektakulären Funde aus dem mittelbronzezeitlichen Gräberfeld in Pitten, wurden im Original gezeigt. Hoch moderne Vitrinen und Modelle von übersichtlichen Wandtafeln ergänzt, gaben dem Besucher einen Einblick in die faszinierendsten Epochen der Menschheit. Dabei wurden auch einige „Relikte“, wie z. B. die „Höhle für Höhlenmalerei“ aus dem ehemaligen Museum übernommen und gut eingegliedert. Der archäologische Fund und Befund ist und bleibt die Basis auf dem alles aufbaut.

Im alten Schlosspark befindet sich das archäologische Freigelände. Hier werden Denkmodelle von Siedlungsobjekten, die so weit wie möglich auf archäologischen Befunden beruhen, im Maßstab 1:1 wiedererrichtet. Von den neu errichteten Grashütten von Mammutjägern, über ein neolithisches Langhaus mit dazugehörigen Holzbrunnen, über einen Brandbestattungsplatz der ausgehenden Bronzezeit bis zu den Werkstätten der Kelten, wird ein Überblick über Leben und Wohnen in der Urgeschichte geboten. 2008 wurde ein idealisiertes Heiligtum nach den Befunden von Roseldorf errichtet. Zahlreiche Vergleichsbefunde aus Frankreich und Süddeutschland wurden in die Recherche miteinbezogen. 2010 wurde auf dem Befund von Micheltetten basierend, ein keltisches Versammlungshaus erbaut..

Für die Experimentelle Archäologie, ist das Museum in Asparn seit Jahrzehnten Vorreiter in Europa. Asparn war und ist Vorreiter in Europa.

Lange schon war es Tradition durch jährlich wechselnde Sonderausstellungen neue Ergebnisse der Forschung zu präsentieren. Dies bildet die dritte Säule. In den letzten Jahren, ab 2003, sollte verstärkt das Fenster nach Europa weit aufstoßen werden. Dem interessierten Besucher sollten auch „nicht alltäglich greifbare Archäologie“ näher gebracht werden. 2003 waren es „Die Kelten in Mähren“, eine Ausstellung vom Mährischen Landesmuseum in Brno, 2004 wurden die „Die Illyrer“, eine archäologische Ausstellung aus Albanien präsentiert. Im Jahr 2005 waren es „Die Pfahlbauer“, eine Ausstellung über Unterwasserarchäologie aus der Schweiz. 2006 wird in einer Kooperation mit dem Museum Quintana, dem Heuneburgmuseum, und dem

Naturhistorischen Museum in Wien die Ausstellung „Donaufürsten und Druiden – die Kelten entlang der Donau“ präsentiert. 2007 hatten wir sogar zwei Sonderausstellungen „Heldengrab im Niemandsland „ über den ungarischen Reiter in Gnadendorf und „ 100.000 Jahre SEX“ eine Ausstellung aus den Niederlanden.

Seit 1997 wird verstärkt versucht nicht nur die Fachwelt nach Asparn zu locken, sondern qualitätsvolle „Events“ wie Kelten- oder Steinzeit oder Hunnenfest , Wochenendseminare für Besucher, bilden die vierte Säule der Museumsstrategie. Durch themenbezogene, museumspädagogische Führungen für Schulklassen, „Kindergeburtstage in der Steinzeit“ und Übernachtungsmöglichkeiten im neolithischen Langhaus für Familien, werden versucht neue Besucher aus den Großstädten Wien und Brno anzulocken. Dem neu errichteten Weinviertler Filmhof, in unmittelbarer Nachbarschaft des Museums, gelingt es völlig neue Besucherschichten nach Asparn zu bringen, so entsteht in enger Zusammenarbeit ein Kulturzentrum ersten Ranges. Die Errichtung des Filmhofes wurde seitens der Landespolitik stark gefördert.

Ab 2008 kam es zur Übernahme durch die NÖ Kulturbetriebsgesellschaft. Asparn und Carnuntum wurden in der NÖ Archäologiepark Ges. m. H. zusammengefasst. Die Betriebsführung wurde von der wissenschaftlichen Leitung getrennt. 2010 konnte von der NÖ Landesregierung das Schloss Asparn vom Eigentümer Philipp Metternich zu erworben werden. Damit gelang der wirklich großer Wurf, der Museumsstandort Asparn ist für die Zukunft gesichert. Im selben Jahr wurde auch die Landesausstellung 2013 gemeinsam mit Poysdorf unter dem Titel „Brot und Wein“ dem Standort Asparn zugeschlagen. 2011 wurde die Geschäftsführung von Carnuntum gelöst und auf eigene Beine gestellt, gemeinsam mit dem MZM in Mistelbach sollen neue Wege beschritten werden. Im Zuge der Landesausstellung kommt es zur völligen Neugestaltung des archäologischen Freigeländes.

Nach der Landesausstellung soll es 2014 zu völligen Neuaufstellung der Dauerausstellung kommen. Ein Kompetenzzentrum für die Ur- und Frühgeschichte Niederösterreichs soll entstehen, das weit über die Grenzen Niederösterreichs hinaus seinem erworbenen guten Ruf in der Fachwelt und bei den Besuchern gerecht wird.

Museum für Frühgeschichte in Traismauer (1989 bis 2006)

Seit den Jahren in der Wiener Herrengasse, führte die frühgeschichtliche Sammlung des Landes, trotz ihrer Bedeutung ein stiefmütterliches Dasein. Nur in Sonderausstellungen wie z.B. „Hunnen, Awaren, Slawen“, konnten Teile der umfangreichen Sammlung der Öffentlichkeit gezeigt werden.

Dieser Tatsache Folge leistend, war Landesarchäologe Helmut Windl bestrebt, ein eigenes Frühgeschichtemuseum einzurichten. Im Schloss Traismauer, welche bis ins erste Stockwerk ein noch erhaltenes spätantikes Kleinkastell ist, bot sich die Gelegenheit.

Das den Hauptplatz beherrschende Gebäude wurde in seinem Erscheinungsbild von seiner Geschichte geprägt. Es war nie Prunkschloss, sondern vielmehr Festung oder Verwaltungsbau und war zu einem Teil ein Museum, das exakt zu seiner Geschichte passt.

Die römische Weiheinschrift über den Eingang ist der älteste Hinweis auf die Geschichte von Traismauer und ist von der Reitergruppe Ala I Augusta Thracum dem Kaiser Antonius Pius (138 - 61) gewidmet.

Der Schlosshof zeigt die Geschichte Traismauers wie ein Bilderbuch. Es sind noch die Mauern aus dem 4./5. Jhdt. des römischen Kleinkastells erhalten. Traismauer und das Schloss treten wieder zur Zeit Karls des Großen ans Licht der Geschichte. Dieser überließ das Gebiet um Traismauer dem Salzburger Erzbischof. In dieser fast tausendjährigen Geschichte als Amtssitz (bis 1803) erlebte das Schloss als Amtssitz viele Um- und Zubauten.

Durch die ausdrückliche Erwähnung im Nibelungenlied als Raststätte Krimhilds auf ihrer Reise zu König Etzel hielt das Schloss auch Einzug in die Weltliteratur.

Nach den Ankauf durch die Stadtgemeinde Traismauer im Jahre 1964 wurde das Schloss als Wohnhaus, Arztpraxis und von Handwerksbetrieben genutzt. Es ist das einzige Schloss in Österreich, das durchgehend bewohnt war und seine Nutzung lückenlos nachweisen kann.

Nach der gründlichen Sanierung und archäologischen Untersuchung wurde das Schloss Traismauer zum „Museum für Frühgeschichte“ des Landes Niederösterreich und war seit der Eröffnung 1989 das einzige Museum, das sich in einem spätantiken Bau befindet.

In 12 Räumen wurden wesentliche Epochen der Frühgeschichte Niederösterreichs höchst qualitativ und wissenschaftlich fundiert präsentiert. Nach einer Einführung über den Begriff „Frühgeschichte“, wurde in Raum 2 Kelten Quaden, Markomannen, das 1. Jahrhundert behandelt. In Ermangelung eines archäologischen Freigeländes wurde versucht lebensnahe Situationen im Museum nachzustellen. So wurde in Raum 3 ein Teil einer germanischen Sechspfostenhütte nach einem Befund aus der germanischen Siedlungsgrabung in Bernhardsthal als Modell errichtet. Der überdachte und verglaste Wehrgang des Schlosses beherbergte Bilder der Markussäule in Rom, welche ja Szenen aus den Markomannenkriegen darstellt. In Raum 5 stellte ein Modell reiche germanische Brandgräber aus Laa/Thaya dar. Wobei das Modell durch die Originalfunde in den Virtinen ergänzt wurde.

Die Spätantike – Völkerwanderungszeit des 5. Jhs. n. Chr. und die teilweise noch vorhandene römische Militärpräsenz beispielsweise in Stillfried bildeten die Schwerpunkte in Raum 6. Jeder Raum war neben den Originalfunden in Vitrinen mit antiken Schriftquellen zu den jeweiligen Epochen und Ereignissen ausgestattet.

Raum 7 zeigte die östliche Komponente die am Beginn des 5. Jhs. fassbar war. Ostgermanen und Hunnen wurden als Förderaten angesiedelt, sie sind zum Teil in reichen Gräbern fassbar. Langobardische und awarische Hinterlassenschaften, ausschließlich aus Grabfunden waren in den Vitrinen von Raum 8 ausgestellt. Auch Raum 9 war Awaren, Slawen und Baiern gewidmet. Slawische Zuwanderung in war also sicherlich nur in Einverständnis mit den Awaren möglich und wird sich daher in engeren Grenzen gehalten haben. Im Laufe des 7. Jhs. wurden diese Gebiete durch Völkerschaften besiedelt, die unter awarischer Herrschaft standen. Die katastrophale Niederlage der Awaren vor Konstantinopel im Jahre 626 führte zu einer gewaltigen Schwächung ihrer Herrschaft. Viele Hilfsvölker, darunter auch slawische Stämme nutzten die Gunst der Stunde und schüttelten die awarische Herrschaft ab. Archäologisch werden die Slawen erst wieder zu Beginn des 8. Jhs. fassbar. Erst etwa um die Mitte des 8. Jhs. erhöht sich die Anzahl der Gräberfelder und Siedlungen. Den Slawen und Baiern waren in der Folge die Räume 9 bis 11 gewidmet, wobei Raum 10 auch ein Modell eines slawischen Hügelgrabes errichtet wurde, welche immer wieder ausgegraben werden konnten, wie etwas in Gars/Thunau oder in Wimm. Die Funde aus Köttlach bildeten einen würdigen Abschluss dieser Epoche. Ein Foto der Babenbergerburg von Gars bildete den Abschluss der Präsentation in Raum 12.

Das Museum, nach höchsten wissenschaftlichen Ansprüchen eingerichtet, war jahrelang ein wesentlicher Bestandteil der niederösterreichischen Museumslandschaft.

Durch die Großinvestitionen des Landes in Carnuntum, wurde das Interesse geringer, die Schulen blieben aus, sodass die Gemeinde als Träger des Museums, mit großen finanziellen Problemen zu kämpfen hatte. 2006 musste das Museum zugesperrt werden.

Museum Carnuntinum und Archäologischer Park Carnuntum (seit 1904)

Das Archäologische Museum Carnuntinum - das Schatzhaus Carnuntums und Kernprojekt des Archäologischen Parks Carnuntum - blickt auf eine über hundertjährige, bewegte Geschichte zurück. Am Beginn des 20. Jahrhunderts errichtet, überstand es die von Kriegen geschüttelten Jahrzehnte und

erstrahlt heute in neuem Glanz. Die architektonische Besonderheit dieses größten Römermuseums Österreichs, liegt in seinem Grundriss, der einer römischen Villa entspricht und in der Farbgebung der Innenräume. Erfahren Sie hier mehr zu seiner Geschichte sowie den laufenden Sonderausstellungen.

Die Anfänge des heutigen Archäologischen Parks Carnuntum liegen in der Planung und Durchführung des im Jahre 1988 im Rahmen eines internationalen Symposiums präsentierten Vorhabens – dem Regionalisierungsprojektes „Archäologischer Park Carnuntum“ – begründet. Das Konzept sah mehrere Teilprojekte vor, von denen ein zentrales die Restaurierung, Sanierung und Neugestaltung des Museums Carnuntum, also des Gebäudes selbst, der Außenanlagen und der Sammlung, war.

Die Zeit hatte ihre Spuren hinterlassen, das Museum befand sich in einem desolaten Erhaltungszustand. Ein umfangreiches Maßnahmenpaket war erforderlich. Nach der Demontage der Sammlung, konnte mit grundlegenden Arbeiten – der Reinigung, Festigung sowie der Trockenlegung des Mauerwerks – begonnen werden. Bauliche und technische Eingriffe brachten deutliche Verbesserungen.

In der neuen Ausstellung konnten rund 3.300 Objekte gezeigt werden, um rund ein Drittel mehr als zuvor. Das Thema der Eingangshalle war aufgrund der nachempfundenen Mithrasgrotte gewissermaßen vorgegeben. Die Orientalischen Religionen des Römischen Reiches standen im Mittelpunkt. Am 15. Mai 1992 wurde das Museum nach einer mehrjährigen Schließzeit durch Landeshauptmann Siegfried Ludwig wiedereröffnet.

Ausbau des Archäologischen Parks (ab 1992)

Weltweit einmalig wurden in Carnuntum die wesentlichen Architekturtypen eines römischen Stadtviertels im historischen Kontext rekonstruiert: Die Rekonstruktionen sind keine fiktiven Kulissen oder museale Objekte, sondern bewohnbare Häuser. Bewohnbar heißt, dass sämtliche Gebäude mit römischen Fußbodenheizungen und die Küchen mit funktionstüchtigen Herden ausgestattet sind, sowie sämtliche Räume voll möbliert sind. Alle Grundrisse und Ausstattungsdetails sowie die Straßenniveaus des Stadtviertels sind einer einzigen Zeitepoche zuzuordnen. Dadurch wird ein einmaliges Zeitfenster in die ersten 5 Jahrzehnte des 4. Jh. n. Chr. eröffnet.

Grundlage für den Wiederaufbau waren umfassende archäologische Untersuchungen. Architektur, Heizungstechnik, Funktion, Raumnutzung und Innenausstattung konnten durch die gewonnenen Erkenntnisse rekonstruiert werden. Für die Präsentation der Einrichtungsgegenstände und Accessoires waren fächerübergreifende Forschungen erforderlich, um ein authentisches, detailgetreues Bild des römischen Lebens zeichnen zu können. Der Wiederaufbau selbst wurde zum Großteil in antiker Handwerkstechnik und in Handarbeit ausgeführt. Sämtliche Baumaßnahmen und Ausstattungsdetails basieren auf archäologischen Befunden und sind keine Spekulation.

Das Ergebnis ist ein fantastischer und berauschender Blick in eine Zeit, als Carnuntum im Brennpunkt der Weltpolitik stand und ein Zentrum römischer Zivilisation an der nördlichen Grenze des Imperium Romanum war.

Die villa urbana, war ein prächtiges Stadtpalais und zeigt in eindrucksvoller Weise den Lebensstil der Carnuntiner Oberschicht. Wer es sich leisten konnte, versuchte, den Lebensstandard von Rom auch in die entferntesten Provinzen zu exportieren.

Die rekonstruierte Fläche beträgt rund 600 m², wobei lediglich die öffentlichen Repräsentationsbereiche rekonstruiert wurden. Der gesamte Villenkomplex erstreckte sich vermutlich bis zur Stützmauer der Straße im Süden der Anlage. Genauere archäologische Untersuchungen in diesem Bereich sind allerdings noch ausständig.

Bemerkenswert war der Fund von rund 30 m² aufwändiger Wandmalerei, die in einer späteren Bauphase abgeschlagen und gemeinsam mit dem Bauschutt planiert wurde. Entsprechend aufwändig gestaltete sich die Rekonstruktion der Bruchstücke zu einer aussagekräftigen Vorlage. Nach jahrelanger akribischer Kleinarbeit gelang es schließlich, das ursprüngliche Aussehen der Wandmalerei zu rekonstruieren. Das prunkvolle Ergebnis ist im Hauptsaal der villa urbana gemeinsam mit der wiederhergestellten steinernen Halbkuppel zu bestaunen.

Der Besuch der thermae war ein fester Bestandteil der römischen Lebenskultur. Die größten und prächtigsten waren die Forumsthermen, die fälschlicherweise als Palastruine Einzug in die Literatur gefunden haben. Die hier rekonstruierte Therme war eine von mehreren Thermen in Carnuntum.

Die Therme bedeckt eine Fläche von rund 1.500 m², für den Bau wurden rund 1.200 m³ Steinmauerwerk verbaut. Sämtliche Arbeitsschritte wurden in reiner Handarbeit hergestellt. Die größte Herausforderung war dabei die Rekonstruktion des römischen Heizsystems und die Versorgung der Becken mit Wasser. Heizversuche brachten praktische Erfahrungswerte über die Funktion der römischen Hypokaustheizung. Allerdings gab es keinerlei Erfahrungswerte von Bauvorhaben dieser Dimension.

Noch aufwändiger war die Rekonstruktion der Wasserversorgung. Zwar gibt es zahlreiche zeitgenössische Beschreibungen der Funktion, aber kaum Originalfunde aus der Antike. Bei der Ausführung betrat man daher völliges Neuland. Das Ergebnis ist die bislang weltweit einzige römische Therme, die voll funktionsfähig am Originalstandort in antiker Bautechnik errichtet wurde.

Das so genannte Haus des Lucius war das erste Objekt, das in Carnuntum mit den Mitteln der experimentellen Archäologie funktionstüchtig am Originalstandort wiedererrichtet wurde.

Das Haus zeigt sehr gut den Lebensstandard der Carnuntiner Mittelschicht. Der großzügige Schnitt des Hauses und die solide Ausstattung sind ein Indiz für den beträchtlichen Wohlstand, zu dem es manche Bürger der Stadt gebracht hatten.

Ursprünglich waren sicher beide Geschoße des Hauses bewohnt. Die Untersuchungen lieferten aber keinerlei Hinweise auf die Nutzung oder gar die Ausstattung des oberen Geschoßes, weshalb nur das Erdgeschoß zur Gänze rekonstruiert und ausgestattet wurde. Erstmals wurde hier auch das System der römischen Fußbodenheizung in der Praxis untersucht. Die ersten Geländesondierungen auf dem Areal des so genannten „Spaziergartens“ im Freilichtmuseum bei Schloss Petronell erfolgten im Jahre 1938 unter der Leitung von Erich Swoboda. Aufgrund der Kriegereignisse mussten die Arbeiten niedergelegt werden und fanden zehn Jahre später ihre Fortsetzung. Die damals entdeckten Bauwerke wurden in Form von Mauergrundrissen rekonstruiert. Nach dem Tod Swobodas 1964 wurden die Ausgrabungen und die damit verbundenen Forschungsarbeiten im Spaziergarten eingestellt. Im Laufe der Jahrzehnte hat die Witterung beträchtlichen Schaden an den Rekonstruktionen sowie an der Originalsubstanz verursacht und es bestand dringender Handlungsbedarf. Ab Ende der 80iger Jahre gab es Bemühungen zu einer Lösung zu kommen und erste Nachgrabungen waren die Folge. Dabei zeigte sich, dass die ursprünglichen Untersuchungen nicht immer bis auf den gewachsenen Boden durchgeführt wurden. Darüber hinaus war oftmals die historische Authentizität der Rekonstruktion zweifelhaft und ihre Zuweisung zu den bekannten Bau- und Besiedlungsphasen der Zivilstadt von Carnuntum fraglich.

Konzentrierten sich die Forschungsarbeiten zunächst auf die Nordostecke der Insula VI sowie die vorgelagerte Nordstraße, wurden die Untersuchungen im Rahmen des „Projektes 2011“ auf die gesamte Fläche des bislang rekonstruierten Bauwerkes ausgedehnt. Ziel dieses Projektes war es, die gezeigten Ruinen durch planmäßige Grabungen neu zu bewerten, diese in einem nächsten Schritt zu restaurieren und den Besuchern zu präsentieren.

Krems/Wachtberg

Dass das Gebiet der heutigen Stadt Krems schon seit jeher ein begehrter Platz zum Leben und Wohnen ist, wurde spätestens seit den sensationellen Ausgrabungsergebnissen der Prähistorischen Kommission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften klar: der meterhohe Löß am Südhang über dem Pulverturm, dem so genannten Wachtberg, barg nicht nur reichliche Besiedlungsspuren aus der letzten Eiszeit, sondern gab zum besonderen Erstaunen aller die ältesten Gräber, die je in Österreich gefunden wurden, frei. Als „Zwillinge von Krems“ kamen die um die Geburt verstorbenen und liebevoll unter dem Schulterblatt eines Mammuts begrabenen Babys weltweit in die Presse. Durch die neuesten Forschungen zeigen sich auch Anzeichen dafür, dass es sich nicht nur um ein saisonal aufgesuchtes Lager handelt, sondern dass hier Menschen - zum ersten Mal in der Geschichte von Krems - auch längere Zeit verweilten, somit die ersten Ansätze einer Sesshaftigkeit zeigten. Zu den reichen Funden zählen die verschiedensten Werkzeuge aus Stein und Knochen, Geschosspitzen, Schmuckstücke aus gelochten Zähnen von Wölfen oder Eisfüchsen, Elfenbeinnadeln und auch das Bruchstück einer kleinen tönernen Tierfigur. Dieses ist zusammen mit den seinerzeit von Josef Bayer 1930 ausgegrabenen aber nicht erkannten Stücken der älteste Nachweis von Tierplastiken in Österreich. Bereits seit mehr als einem Jahrzehnt forscht die Prähistorische Kommission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften im Raum Krems. Im Zentrum der Arbeiten steht seit 2005 die altsteinzeitliche Fundstelle Krems-Wachtberg. Eine aktuelle Sonderausstellung im Weinstadtmuseum Krems zeigt Sensationsfunde der letzten Grabungsjahre. International bekannt wurde die Fundstelle durch die Säuglingsdoppelbestattung, die unter dem Namen „die Zwillinge von Krems“ bekannt wurden. Erstmals präsentiert wird ein bedeutender Neufund, der bisher in Mitteleuropa seines Gleichen sucht. Dabei handelt es sich um ein mit mehreren parallelen Farbstreifen bemaltes Stück aus Mammutelfenbein. Das Projekt war in der Folge akut gefährdet. Das Archäologenteam der Österreichischen Akademie der Wissenschaften um Christine Neugebauer-Maresch hatte als letztmöglichen Schritt einen Hilferuf an die Öffentlichkeit gerichtet, da die Fundstelle durch Hausbauten zwar nicht zerstört, aber weiteren Grabungen völlig entzogen worden wäre. Seitens des Denkmalschutzes besteht keine Möglichkeit eines Eingreifens, die Fundstelle wäre für immer versiegelt und für die Wissenschaft unzugänglich gemacht worden. Dank der spontanen Zusage des NÖ-Landeshauptmannes Erwin Pröll am 8. August 2008 beim „Venusfest“ in Willendorf können die Grabungen am Wachtberg von Krems fortgesetzt werden. Ein über die Presse kommunizierter „Offener Brief“ begleitet durch eine Liste namhafter Proponenten wurde an den Bundespräsidenten Heinz Fischer, an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur Claudia Schmied, den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Johannes Hahn und an den Landeshauptmann Erwin Pröll gerichtet. Von allen Angeschriebenen kamen kurz danach positive Stellungnahmen. Durch die unmittelbare Zusage von Erwin Pröll konnten die Verhandlungen wieder aufgenommen und zu einem positiven Abschluss gebracht werden. Die vielversprechende Fundzone wird durch eine durch das Land NÖ finanzierte Unterkellerung von 8x10 m gesichert, sodass sowohl darüber der Hausbau durch die Grundeigentümer erfolgen kann als auch in diesem Keller befristet auf sieben Jahre weitere Ausgrabungen durchführbar sind. Das Land NÖ wird Eigentümer der Funde.

Wahrnehmung der Archäologie durch die Politik

Da der Landeshauptmann von Niederösterreich gleichzeitig Kulturreferent ist, ist man bestrebt meist hochrangige Politiker zu den diversen Ausstellungseröffnungen zu schicken. Der Landeshauptmann eröffnet vorrangig die Großausstellungen selbst, wie die Ausstellungen auf der Schallaburg oder die Landesausstellungen, die selbst immer wieder auch archäologische Themen zum Inhalt haben. Dadurch werden Anliegen der archäologischen Forschung oft direkt an die höchsten Amtsträger herangetragen. Die „Nebenschauplätze“ wie Asparn, oder früher Traismauer werden meist von den örtlichen Regionalpolitikern, wie Landtagsabgeordnete, oder Landesräte betreut.

Der derzeitige Landeshauptmann besuchte das erste Mal bei der Landesausstellung 2013 das Schloss Asparn. Seine Vorgänger hingegen waren bei vielen Eröffnungen anwesend.

Bei offiziellen archäologischen Pressekonferenzen ist auch, je nach Wichtigkeit, die Anwesenheit des Landeshauptmannes gegeben wie bei der Wachtberggrabung oder beim Archäologischen Park Carnuntum. Die „Events“ werden sehr gerne auch von Politikern besucht. Es kam auch vor, dass Landeshauptmannstellvertreter Wolfgang Sobotka privat mit seiner Familie das Keltenfest besuchte.

Archäologisches Zentraldepot Hainburg

Von der bestehenden archäologischen Sammlung des Landes Niederösterreich in Carnuntum kann derzeit lediglich ein Bruchteil gezeigt werden (etwa 4000 Stück). Der Rest - großteils wissenschaftlich noch unbearbeitetes Material - muss in Depots gelagert werden. Dazu kommt, dass die archäologischen Funde durch die jährlich laufenden neuen Ausgrabungen im Bereich des Archäologischen Parks Carnuntum ständig vergrößert werden.

Mangels ausreichender Lagerflächen im bestehenden Depot waren wertvolle Fundobjekte viele Jahre in provisorischen Hallen, Plastik-Folientunnels oder überhaupt ohne Überdachung gelagert und daher jeder Witterung ausgesetzt. Auch feste Restaurierungswerkstätten waren bis zum gegenwärtigen Stand nicht vorhanden.

Im Hinblick auf eine mittel- und langfristige Planung zur Lagerung und Bearbeitung der „Archäologischen Sammlungen Niederösterreich“ sowie zur Einrichtung von Restaurierungswerkstätten für die einzelnen Fundgruppen (Buntmetall-, Eisen-, Glas-, Keramik-, Holz- und Steinrestaurierung) wurden daher in diesem Gebäude drei Ebenen zur Schaffung eines zukunftsweisenden archäologischen Depots für Niederösterreich eingerichtet. Damit ist für die weitere Zukunft gewährleistet, dass archäologische Funde in Niederösterreich gemäß internationalem Standard restauriert, bearbeitet und letztendlich in einer musealen Präsentation gezeigt werden können.

Und schließlich werden damit auch die Ausrichtung und der Zweck einer solchen Einrichtung den heutigen Bedürfnissen angepasst: denn die zukünftige Rolle Carnuntums reicht vom Sammeln und Bewahren bis hin zur weiteren Erforschung und zu der unbedingt notwendigen Vermittlung der Ergebnisse an die Öffentlichkeit.

Im Erdgeschoß sind zur Zeit etwa 1800 Steindenkmäler bzw. Fragmente von Monumenten der römischen Epoche aus Carnuntum und Niederösterreich sowie aus der mittelalterlichen Vergangenheit der Stadt Hainburg gelagert. Es befinden sich darunter Statuen, Reliefs, Altäre, Inschriften, Grabstelen und Architekturdenkmäler.

Im ersten Obergeschoß sind nicht nur hunderttausende Objekte sämtlicher anderer Materialgruppen der römischen Vergangenheit Niederösterreichs (Keramik, Metall, Glas, Edelmetall etc.) archiviert. Es sind auch zeitgemäße Arbeitsplätze zur wissenschaftlichen Aufarbeitung dieses reichen kulturellen Erbes vorhanden. Die wissenschaftliche Untersuchung der Denkmäler geht Hand in Hand mit der Neuordnung der Bestände in Carnuntum. Derzeit wird eine elektronische Datenbank aufgebaut, mit deren Hilfe die Objekte neu inventarisiert, verwaltet und präsentiert werden können. Denn als Mosaikstein für ein möglichst umfassendes Gesamtbild der jeweiligen Kulturlandschaft ist jedes einzelne Denkmal wichtig, und sei es noch so einfach ausgeführt oder schlecht erhalten.

Im dritten Obergeschoß ist das Fundmaterial aus vor- und frühgeschichtlichen Grabungen in Niederösterreich untergebracht. Das Alter dieses Materials reicht von neolithischen und bronzezeitlichen Objekten über Gegenstände der Eisenzeit bis hin zu frühmittelalterlichen Funden. Auch hier wird neben der reinen Lagerung eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Materials durchgeführt.

Archäologie in der Landeshauptstadt St. Pölten

Seit Sommer 2010 beschäftigt die Stadt St. Pölten den Archäologen Ronald Risy als „Stadtarchäologen“. Er gräbt schon seit vielen Jahren in der Stadt und hat nun auch die Leitung über die Grabung auf dem Domplatz übernommen.

Anfang August 2010 wurde mit den archäologischen Grabungen am St. Pöltner Domplatz begonnen. Die genaue archäologische Begutachtung und die Konservierung der Bodenfunde ist die gesetzlich zwingend vorgeschriebene Voraussetzung für die Neugestaltung des Domplatzes. Erst wenn diese Arbeiten abgeschlossen sind kann daran gegangen werden, die Oberfläche des Domplatzes und die Einbauten zu erneuern.

In der Osthälfte der Grabungsfläche kamen Reste des spätmittelalterlichen Klosters zu Tage. Inzwischen lassen sich Aussagen zur Funktion von Teilbereichen dieses Traktes treffen. An den im Süden liegenden großen Saal schlossen offene Höfe an, wie aus der unterschiedlichen Fundamenttiefe der Mauern geschlossen werden darf. Diese Interpretation bestätigt die Entdeckung einer Latrine. Diese besteht aus einem ca. 1,70 x 1,50 m großen gemauerten Schacht, der bisher auf 4 m Tiefe ausgehoben wurde. Obwohl man in wahrstem Sinne des Wortes „im Dreck anderer wühlt“, stellen derartige Befunde eine Fundgrube für Archäologen dar. In der Verfüllung finden sich normalerweise Speisereste aller Art, zudem hat man Latrinen und Sickergruben auch für die Entsorgung von diversem Müll verwendet, sodass viele tolle Einzelfunde daraus stammen. Um aber die darin enthaltenen Artefakte, deren Größe sich oft im Millimeterbereich bewegt, zu bergen, ist es notwendig das Aushubmaterial zu flotieren, wodurch auch noch die kleinsten Artefakte geborgen werden können und sich dadurch ein lebendiges Bild von den Essgewohnheiten im Kloster zeichnen lässt: So wurden am Domplatz z. B. Unterkieferfragmente von Hechten geborgen. Mit Sicherheit als Highlight ist eine ebenfalls aus der Latrine geborgene Figur aus Ton zu bezeichnen, die eine dämonenhafte Gestalt wiedergibt. Solche Darstellungen waren im Mittelalter sehr beliebt. Ein weiteres wichtiges Ergebnis bezieht sich auf die Nachnutzung des ehemaligen Klosterbereiches. Nach Abriss der Mauern wurde hier im 17. oder 18. Jahrhundert im Zuge des barocken Neubaus des Klosters der Baustellenbetrieb eingerichtet. Erkennlich an Pfostenstellungen, die auf Baugerüste hindeuten oder diversen Wannen, die der Verarbeitung von Kalk dienten.

Anthropologische Untersuchungen begleiten die Grabungen. Neben dem Sterbealter der Individuen können, Knochenbrüche, Schädeltraumata, Arthrosen, Geschlechtskrankheiten diagnostiziert werden.

2011 fand die zweite Grabungskampagne im Zuge der geplanten Neugestaltung des Domplatzes von St. Pölten statt. Bemerkenswert war die Auffindung eines unter der mittelalterlichen Pfarrkirche liegenden Kernbaus, der sich hauptsächlich aus Rund- bzw. Apsidenräumen, die wie ein Blütenkelch angeordnet sind, zusammensetzt. Ähnliche Raumkompositionen finden sich vor allem in der spätantiken Villen- und Palastarchitektur. Dieses Gebäude besaß mit Sicherheit eine öffentliche Funktion, am ehesten ist an ein Badehaus oder ein Verwaltungsgebäude zu denken.

Von der, der hl. Maria geweihten Kirche am Domplatz wurden zahlreiche Spuren entdeckt. Reste der Langhausmauern und des eingezogenen Chorquadrats mit Apsis sowie Teile des zugehörigen Fußbodens ließen sich eindeutig feststellen, sodass sich ihr Grundriss im Wesentlichen fassen lässt. Spätestens im Laufe des 15. Jahrhunderts wurde ein großer dreischiffiger Neubau errichtet, dessen Maueroberkanten sich bereits teilweise unmittelbar nach Abtrag der Asphaltoberfläche im Planum abzeichneten. Der Grundriss ist in vielen Teilen ident mit dem der heutigen Domkirche, die im Wesentlichen der Klosterkirche des 13. Jahrhunderts entspricht.

Da die romanische Kirche teilweise den Friedhof überbaut, muss mit einem weiteren älteren Sakralbau gerechnet werden, von dem aber noch keine Spuren entdeckt wurden. Möglicherweise hat man Teile des im frühen Mittelalter noch sichtbaren römischen Gebäudes im 9. Jahrhundert als christlichen Sakralbau adaptiert.

Im Jahre 2011 wurden an die 2000 Individuen, davon 40% Kinder freigelegt, dokumentiert und anthropologisch bestimmt.

Zusammenfassung

Wenn man nun die oben angeführten Großprojekte des Landes betrachtet, so muss man klar feststellen, dass die „Archäologie“ und deren Umsetzung in Niederösterreich von Seiten der Politik seit den 60er Jahren des 20. Jhs. maßgeblich unterstützt und getragen wird, wie in keinem anderen Bundesland Österreichs. Die Landeshauptleute Andreas Maurer, Mag. Siegfried Ludwig und Dr. Erwin Pröll haben die Wichtigkeit des archäologischen Erbes Niederösterreichs erkannt und unterstützen nach Möglichkeit die anstehenden Projekte. Auch der Bürgermeister der Landeshauptstadt Mag. Matthias Stadler setzte ein bedeutendes Zeichen, indem er einen Archäologen anstellte. Niederösterreich kann daher als Vorzeigebundesland Österreichs was „Archäologie“ betrifft angesprochen werden. Als wirklich große Würfe der letzten Jahre müssen der Ausbau des Archäologischen Parks Carnuntums, der Ankauf und Ausbau des Museums in Asparn an der Zaya, die Errichtung eines archäologischen Zentraldepots in Hainburg und die Fortführung der Grabungen am Wachtberg in Krems angesehen werden. Im fundreichsten Bundesland Österreichs hat Dank des Weitblicks der Politik die Archäologie auch in Zukunft noch eine berechtigte Chance den wachsenden Aufgaben der modernen Gesellschaft gerecht zu werden.

Autor:
Dr. Ernst Lauerermann,
Landesarchäologe und Sammlungsleiter für Ur- und Frühgeschichte und Mittelalterarchäologie von Niederösterreich, Asparn/Zaya (Österreich)

Literatur

- Humer Franz (2005), Restaurierung und Präsentation von archäologischen Denkmälern im Archäologischen Park Carnuntum, in Bettina Baatz-Fischer, Christa Hofmann, Anke Schänig, Mehr Schein als Sein? Retusche. Ergänzung. Rekonstruktion. Illusion. Beiträge zur 19. Tagung des Österreichischen Restauratorenverbandes 11. – 13. November 2004 in St. Pölten. Mitteilungen des Österreichischen Restauratorenverbandes, Band 10/2005. 13 – 21.
- Humer Franz (2007), Die Wiederherstellung einer römischen villa urbana im Archäologischen Park Carnuntum, in Nachrichtenblatt der Gesellschaft der Freunde Carnuntums 2/2007. 6 – 11.
- Humer Franz (2011), Antike Metropole am Donaulimes. Der Archäologische Park Carnuntum, in Ernst Bruckmüller – Franz Humer (Hrsg.) Er-

ubern, Entdecken, Erleben im Römerland Carnuntum. Katalog zur Niederösterreichischen Landesausstellung 2011. 24 – 33.

- Lauer mann Ernst (2013), Das Museum für Urgeschichte und seine Entwicklung im Laufe der Jahre, in Ernst Lauer mann (Hrsg.) Das „jungsteinzeitliche“ Langhaus in Asparn an der Zaya, Archäologische Forschungen in Niederösterreich, Band 11 (im Druck).
- Risy Ronald (Hrsg.) (2010), Da steh i drauf! St. Pölten Domplatzgrabung 2010, St. Pölten kompakt Band 1.

This publication is also
available open-access on

